

Preußische Allgemeine



Nr. 40 · 7. Oktober 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Welt am Abgrund

Russlands Annexionen, die Sabotage der Nord Stream-Leitungen, ein bedrohliches atomares Säbelrasseln – und die Erkenntnis, dass der eigentliche Konflikt zwischen Washington und Moskau ausgetragen wird
Seiten 2–3, 4, 8 und 24



Unter Druck Wirtschaftsminister Habeck zeigt zunehmend Nerven **Seite 7**



Pfefferkuchen Ein neues Buch erinnert an Rezepte aus dem Osten **Seite 18**

AUFGEFALLEN

Wo Preußens Recht noch gilt

Mehr als 75 Jahre nach Auflösung Preußens durch die alliierten Sieger des Zweiten Weltkriegs beruft sich eine Landesregierung in einem Konflikt auf preußisches Recht. Auslöser ist ein Streit zwischen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und dem Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki. Diesem werfen Kritiker vor, mit dem geplanten Ausbau der vom Erzbistum Köln finanzierten Kölner Hochschule für Katholische Theologie eine konservative Konkurrenz zur traditionsreichen Theologischen Fakultät der Universität Bonn errichten zu wollen.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes (CDU) verwies nun auf das 1929 abgeschlossene Preußenkonkordat, in dem unter anderem festgelegt worden sei, dass die Ausbildung von Priestern im Erzbistum Köln ausschließlich an der Universität Bonn erfolgen solle. Da Nordrhein-Westfalen einer der Rechtsnachfolger Preußens ist, sei der Staatskirchenvertrag weiterhin in Kraft – und somit die Neueinschreibung von Priesteramtskandidaten an der Kölner Hochschule durch das Konkordat nicht gedeckt, so Brandes. „Die Kölner Hochschule für Katholische Theologie wurde daher aufgefordert, den neu Eingeschriebenen nahezu legen, zur Fortsetzung ihres Studiums an die Universität Bonn zu wechseln. Zudem wurde bei einer weiteren und fortgesetzten Einschreibung von Priesteramtskandidaten wegen des Verstoßes gegen Artikel 12 des Preußenkonkordats die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens beim Heiligen Stuhl in Aussicht gestellt.“ *neh*

PARTEIENLANDSCHAFT

Niedersachsen offenbart ein Grundsatzproblem der Union

Während Rot-Grün bei der Landtagswahl am Wochenende mit einer Mehrheit rechnen kann, droht der CDU der Verlust der Regierungsbeteiligung

VON WERNER J. PATZELT

Mancher CDUler versteht die Welt nicht mehr. Nicht, weil die Unionsführung – wie zu Merkels Zeiten – sozialdemokratisch-grüne Politik macht. An solches Treiben lassen medial gepushter Entwicklungen hat man sich auch unter dem neuen CDU-Vorsitzenden Merz gewöhnt. Sondern viele wundern sich, dass Niedersachsens CDU – anders als die Bundes-CDU – vom bundesweiten Sinkflug der Sozialdemokraten seit dem Frühjahr und dem der Grünen seit Anfang Herbst nicht profitiert. Ist es denn nicht ein politisches Naturgesetz, dass miese Zeiten für die Bundesregierung den Oppositionsparteien nützen?

Eigentlich könnten die Umfrageergebnisse der AfD lehren, warum es für die CDU schlecht läuft. Denn bundesweit hat die AfD seit dem Frühsommer von zwölf auf 14 Prozent zugelegt, in Niedersachsen von gut fünf auf über zehn Prozent. Diese – wie man vielfach vermittelt bekommt – von „dunkeldeutschen“ Osis gemästete Anti-Verfassungs-Partei verhungert anscheinend auch im politisch vorbildlichen Niedersachsen nicht. Vielmehr grast sie gut auf einstigen CDU-Wiesen. Doch statt über derlei Zusammenhänge nachzudenken, schließt der politisch korrekte Beobachter messerscharf: Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Und es darf nun einmal nicht sein, dass der sozialdemokratisch-grüne Merkel-Kurs viele einstige CDU-Anhänger zur AfD vertrieben hat. Dann freilich bleibt rätselhaft, warum das jetzt offenkundige Scheitern von Merkels sozialdemokratisch-grün eingeforderter Energiepolitik solche Wähler nicht der CDU zuführt, die nun von der Ampel enttäuscht sind. Doch wohin wandern die wohl ab, wenn in Niedersachsen gut sechs Prozent weniger als 2017 diesmal ihr Wahlkreuz bei der CDU setzen wollen, knapp fünf Prozent jedoch mehr bei der AfD?

Dilemmata der Union

Klar, die Grünen legen zu, nämlich um sieben Prozent, wohl zu Lasten von SPD und CDU. Es zahlt sich eben aus, wenn man den meisten Journalisten sympathisch ist. Mangelndes Medienwohlwollen als Dauerproblem der CDU wurde aber nicht dadurch gelöst, dass man so gut wie alle grünen Positionen übernahm. Im Zweifel wird ja doch das Original gewählt. Stimmen gewann Angela Merkel auf diese Weise ohnehin nur für sich selbst, da viele ihre Partei nur als in Kauf zu nehmenden Kanzlerwahlverein ankreuzten – und noch viele mehr mit zusammengebissenen Zähnen bloß als das kleinere Übel.

Zum Dauerproblem der CDU wird nun die AfD. Zwar ist es immer noch politisch unkorrekt, die Stimmenanteile von Union und „Alternative“ zusammenzu-

zählen, um so einen groben Eindruck über die Stärke von Deutschlands nicht-linkem Lager zu gewinnen. Unternimmt man das heimlich dennoch, so käme man derzeit auf etwa 38 Prozent nichtlinke Wähler in Niedersachsen und auf 42 Prozent bundesweit. Zählte man noch die Stimmenanteile der FDP hinzu, die von ihren jetzigen Bündnispartnern arg in Mitleidenschaft gezogen wird, dann käme man gar auf über 42 Prozent Nichtlinke in Niedersachsen, auf 49 Prozent bundesweit.

Natürlich sind solche Rechnungen müßig. Womöglich zieht die FDP gar nicht mehr in den niedersächsischen Landtag ein. Auch ereilt jeden CDU-Politiker der mediale Todeskuss, wenn er beim Flirten mit AfDlern ertappt wird. Und in den Reihen der AfD hat nichts mehr Sex-Appeal als hämisches Reden über die Union.

Also befindet sich die CDU lieber im machtpolitischen Abseits als in einer politischen Zweckgemeinschaft mit der AfD. Spiegelbildlich sieht das nicht anders aus. Doch weil Regierungsmehrheiten der CDU unter derlei Umständen nur noch mit den Grünen möglich sind, wird jede Stimme für die CDU zu einer für die Grünen. Wer das nicht will, wählt AfD, denn einflussloser als das Wahlkreuz für die CDU macht ihn das auch nicht. Eigentlich wären solche Zusammenhänge leicht zu verstehen. Doch die CDU-Führung will wohl weiterhin nur durch neuen Schaden klüger werden, als sie es derzeit ist.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Berlins Landesverfassungsgericht zerpfückt die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 **Seite 5**

Kultur

Die Wartburg erinnert an Luthers Übersetzung des Neuen Testaments **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Das Museum Friedländer Tor in Königsberg wurde erweitert – mit EU-Mitteln **Seite 13**

Lebensstil

Der Dresdner „Gänsediebrunnen“ – ein Stück Raubkunst der anderen Art **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



Würde den Charakter des Krieges grundlegend verändern: Der Einsatz von taktischen Atomraketen. Im Bild ein russisches „Iskander“-System

Foto: pa

„Das Risiko, dass der Krieg auf Deutschland übergreift, ist sehr real“

Über Russlands Annexionen im Süden der Ukraine, die Explosionen an den Nord-Stream-Gasleitungen, die Gefahr eines nuklearen Infernos sowie die fehlende Strategie der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

IM GESPRÄCH MIT HARALD KUJAT

Rund sieben Monate nach Beginn des Ukrainekriegs scheint kein Ende in Sicht. Während Russland seine Reservisten mobilisiert und die Konfliktparteien fast täglich mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen, beschädigt ein Sabotageakt die Pipelines Nord Stream 1 und 2. Steht die Welt am Abgrund – oder gibt es in all dem Irrsinn doch Zeichen der Hoffnung? Fragen an einen überzeugten Transatlantiker, der trotz seiner prowestlichen Grundorientierung seit Jahrzehnten für einen fairen Austausch mit Russland plädiert.

Herr Kujat, vor wenigen Tagen verkündete Russland eine Teilmobilisierung seiner Streitkräfte, zudem sind fast täglich Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen zu hören, und zuletzt wurden in einem großangelegten Sabotageakt die Nord-Stream-Leitungen massiv beschädigt. An welchem Punkt stehen wir Ihrer Meinung nach in diesem Krieg?

Obwohl diese drei Ereignisse zum gleichen Konflikt gehören, ist es am besten, sie nacheinander abzuarbeiten. Der erste Punkt ist die Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Viele im Westen sehen dies als Beleg dafür, dass Russland im Ukrainekrieg militärisch am Ende ist und dies den letzten Versuch darstellt, militärisch zu retten, was noch zu retten ist. Das hält uns jedoch davon ab, die Lage unvoreingenommen zu bewerten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Viel wahrscheinlicher als das Aufstellen eines „letzten Aufgebots“ ist, dass Russland versuchen wird, mit den zusätzlichen Truppen seine Eroberungen zu konsolidieren – also den Donbass

mit den Verwaltungsbezirken Donezk und Luhansk sowie die Gebiete Cherson, von wo die Wasserversorgung der Krim erfolgt, die 2015 von der Ukraine unterbrochen wurde, und Saporischschja. Am vergangenen Freitag hat Präsident Putin diese vier Gebiete mit einem großen Staatsakt annektiert. Mit den zusätzlichen Truppen will er offenbar diese Eroberungen nun als russisches Territorium verteidigen und jedweden Angriff abwehren.

Die im Rahmen der Annexionszeremonie gehaltene Rede Putins enthielt scharfe Vorwürfe gegen den Westen und wurde vielfach als neue Eskalationsstufe betrachtet. Teilen Sie diese Bewertung?

Natürlich war die Rhetorik Putins scharf. Andererseits wäre es illusorisch zu erwarten, dass der Präsident mitten in einem Krieg weiche Töne anschlägt. Wir, der Westen, sollten uns jedoch sowohl von der Rhetorik Putins als auch von der Rhetorik mancher Kommentatoren nicht beeindruckt lassen, sondern sachlich überlegen, welche weiteren Schritte aus der Lage entstehen könnten. So könnte Putin, der bislang keines seiner Kriegsziele erreicht hat, einen gesichtswahrenden Ausweg finden und erklären, dass er mit der Eingliederung dieser vier Gebiete die Ziele seiner „begrenzten militärischen Spezialoperation“ erreicht hat und deshalb die Kampfhandlungen einstellt.

Wie realistisch ist ein solches Szenario? Bislang hat Russland ja auch keinen Frieden angeboten.

Zumindest in der Öffentlichkeit. Allerdings hat der russische Präsident in seiner Rede zur Teilmobilisierung auf einen sehr wichtigen Punkt hingewiesen, der in den Übersetzungen deutscher Medien nicht vorkommt. Und

zwar hat Putin – er betonte, dass er dies zum ersten Mal in der Öffentlichkeit bekannt macht – gesagt, dass es bereits Anfang April eine Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland über ein Ende der Kampfhandlungen und eine Friedenslösung gegeben habe. Diese Vereinbarung beinhaltete, dass sich Russland aus allen seit dem 24. Februar 2022 eroberten Gebieten zurückzieht, im Gegenzug die Ukraine auf einen NATO-Beitritt verzichtet und dafür Sicherheitsgarantien von verschiedenen Staaten erhält.

Damit hätte der Krieg bereits im Frühjahr beendet werden können! Doch er ist nicht beendet worden, weil zu diesem Zeitpunkt, präzise am 9. April, der damalige britische Premierminister Johnson nach Kiew reiste und veranlasste, dass der ukrainische Präsident Selenskyj dieses Abkommen nicht unterzeichnete und die Gespräche mit Russland abbrach.

Aber wie glaubwürdig ist diese Behauptung Putins? In seiner Rede zur Mobilisierung hat er wieder alte Propaganda-Lügen wie die vom Kampf gegen die „Neonazis“ in der Ukraine herausgeholt. Und warum sollten die Briten eine Verlängerung des Krieges veranlassen haben?

Putins Aussagen werden unter anderem gestützt durch Artikel der US-amerikanischen Zeitschriften „Foreign Affairs“ und „Responsible Statecraft“ (hier am 2. September 2022), in denen die Vereinbarung zwischen Ukrainern und Russen ebenfalls erwähnt wird.

Das von Johnson überbrachte Nein des Westens hatte laut „Responsible Statecraft“ zwei Gründe. Erstens: Mit Putin kann man nicht verhandeln, weil er ein Kriegsverbrecher ist. Und – das ist wesentlich spannender – zweitens: Der Westen ist nicht bereit für das Kriegsende! In diesem Zusammenhang ist ein

„Seit Ausbruch des Krieges wird viel von ‚Zeitenwenden‘ gesprochen – dieser 9. April 2022 war tatsächlich ein Wendepunkt, weil der Krieg hätte beendet werden können. Doch haben Erwägungen, den geopolitischen Rivalen Russland unerwartet schwächen zu können, dies verhindert“

Artikel aus der „Ukrainska Prawda“ vom 5. Mai interessant, in dem es heißt, dass der „kollektive Westen, der Selenskyj im Februar vorgeschlagen hatte, sich zu ergeben und zu fliehen, nun das Gefühl habe, dass Putin nicht wirklich so mächtig sei, wie man es sich zuvor vorgestellt hatte, und dass dies eine Chance sei, ihn unter Druck zu setzen“.

Seit Ausbruch des Krieges wird viel von „Zeitenwenden“ gesprochen – dieser 9. April 2022 war tatsächlich ein Wendepunkt, weil der Krieg hätte beendet werden können. Doch haben Erwägungen, den geopolitischen Rivalen Russland unerwartet schwächen zu können, dies verhindert. Ein nächster Wendepunkt könnte nun wieder anstehen, falls Putin seine „militärische Spezialoperation“ für beendet erklären sollte. Dann stellt sich wieder die Frage, wie der Westen handelt.

Die gegenwärtige Rhetorik der Kriegsparteien hört sich allerdings nicht nach Waffenstillstandsgesprächen an. Im Gegenteil gibt es fast täglich Drohungen von Nukleareinsätzen.

In der Tat. Wobei hier zur Wahrheit gehört, dass die Drohungen von beiden Seiten kommen. So forderte ein enger Berater des ukrainischen Präsidenten unlängst in einem Interview mit der britischen Zeitung „The Guardian“: „Die anderen Nuklearstaaten müssen mit aller Entschiedenheit sagen, dass es, sobald Russland auch nur daran denkt, Atomwaffen auf fremdem Territorium – in diesem Fall auf dem Territorium der Ukraine – einzusetzen, zu schnellen nuklearen Vergeltungsschlägen kommen wird, um die nuklearen Abschussrampen in Russland zu zerstören.“ Die Ukraine fordert also den Einsatz von Atomwaffen gegen Russland noch bevor die Russen selbst welche eingesetzt haben.

Außerdem verlangen sowohl Selenskyj als auch sein Generalstabschef Walerij Saluschnyi vom Westen ATACMS-Waffen (Army Tactical Missile System) mit einer Reichweite bis zu 300 Kilometern. Die politische und militärische Führung der Ukraine glaubt jetzt also, stark genug zu sein, um in die Offensive gehen zu können und Russland direkt angreifen zu können. Wobei aus Moskauer Sicht auch die Krim als russisches Territorium gilt sowie nun auch die vier neuen Verwaltungsbezirke, weshalb ein ukrainischer Versuch, diese Gebiete zurückzuerobern, als Angriff auf Russland gewertet würde.

In seiner Rede zur Annexion der vier von Russland beanspruchten Gebiete am vergangenen Freitag hat Putin noch einmal Verhandlungen angeboten. Selenskyj hat das sofort abgelehnt. Zugleich hat er auf die russische Teilmobilmachung mit einem Antrag auf eine schnelle Aufnahme in die NATO reagiert. Er begründete dies damit, dass die Zusammenarbeit mit der NATO funktioniere: „Wir vertrauen einander, wir helfen einander, wir verteidigen einander ... Faktisch haben wir den Weg in die NATO schon beschritten.“ Im Grunde eine Bestätigung der russischen Vorwürfe.

Wie gefährlich ist die Lage?

Fakt ist: Die Eskalationsschraube hat sich in den letzten Tagen sehr stark weitergedreht. Ich kann nicht erkennen, dass irgendjemand versucht, diese Eskalation zu durchbrechen. In deutschen Medien hören wir viel darüber, welche Einsatzarten Russland wählen könnte. Wie wenig Sachverstand dabei im Spiel ist, sieht man, wenn von „lediglich taktischen Nuklearwaffen“ oder „Gefechtsfeldwaffen“ gesprochen wird, ganz so, als sei dies ein beherrschbares Risiko. Die Reichweite der Trägersysteme, wodurch taktische Nuklearwaffen definiert werden, sagt nichts über die Sprengkraft der Gefechtsköpfe aus, die bis zu 100 Kilotonnen, also das Zehnfache einer Hiroshima-Bombe, erreichen können. Die entscheidende Frage ist, ob die russische Führung der Überzeugung ist, dass ein Nuklearkrieg auf Europa begrenzt werden kann. Der Einsatz auch nur einer einzigen Nuklearwaffe würde aber auf jeden Fall die Natur des Krieges völlig verändern.

Der Westen hat der Ukraine bislang lediglich Defensivwaffen geliefert. Ist das Vertrauen in die Ukrainer jenseits aller verbalen Unterstützung begrenzt?

Das ist denkbar. Die Ukrainer haben ja gezeigt, dass sie – nachdem sie sich anfangs tapfer verteidigten und gegen die Erwartung fast aller Beobachter ihr Land halten konnten – nur sehr schwer in ihren Handlungen eingrenzbar sind. Und so gibt es in den Vereinigten Staaten durchaus erhebliche Bedenken dagegen, den Ukrainern Waffensysteme wie weitreichende Marschflugkörper oder den amerikanischen Abrams-Panzer zu liefern. Präsident Biden hat mehrfach erklärt, dass es keine Lieferung von Waffen an die Ukraine geben werde, durch die der Krieg nuklear werden könnte. Und er hat früh, am 31. Mai, in einem Artikel in der „New York Times“ zu recht gesagt: „Dieser Krieg kann nur durch Diplomatie beendet werden.“

Aber die amerikanische Politik ist in dieser Hinsicht widersprüchlich. So haben Vertreter der USA nicht nur, wie wir jetzt wissen, Anfang April mit den Briten verhindert, dass es zu einer friedlichen Lösung des Konflikts kommt, sondern auch wiederholt gesagt, dass wir es den Ukrainern überlassen müssen, wie sie diesen Krieg zu Ende bringen, denn schließlich sind sie ja die Leidtragenden.

Was mir fehlt ist eine klare westliche Strategie, die das Ziel hat, erstens eine geographische Ausweitung dieses Krieges auf NATO-Territorium zu verhindern, zweitens eine nukleare Eskalation zu verhindern und drittens zu einer Friedenslösung beizutragen, die sowohl die Sicherheit der Ukraine gewährleistet als auch die Voraussetzung schafft für eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung, in der alle europäischen Staaten – einschließlich der Ukraine und Russlands – ihren Platz haben. Stattdessen hören wir immer nur Forderungen nach „härteren Maßnahmen“, selbst wenn diese, wie die Wirtschaftssanktionen, uns mehr treffen als Russland.

Aber wer könnte eine solche Strategie entwerfen?

Hier sehe ich insbesondere die europäische und konkret die deutsche Politik in der Pflicht. Dieser Krieg findet ja nicht in Kalifornien statt oder in Texas, sondern in Europa. Und das Risiko, dass er auch auf Deutschland oder Polen oder die baltischen Staaten übergreift, ist sehr real. Die Sabotageakte gegen Nord Stream belegen dies mehr als deutlich. Also ist es doch in unserem Interesse, diesen Krieg zu einem vernünftigen Ende zu bringen. Vernunft ist hier das entscheidende Stichwort.

Deutschland kann wahrscheinlich nicht direkt vermitteln, weil es durch seine Unterstützung der Ukraine bereits zu sehr in den Krieg involviert ist. Aber Deutschland kann konstruktiv an einer Strategie der NATO und auch der EU mitwirken. Als in den 1970er und frühen 1980er Jahren die USA und die UdSSR über die Abrüstung strategischer Nuklearwaffen verhandelt haben, blieben die für Europa bedrohlichen Mittelstreckenwaffen zunächst außen vor, was die Sowjetunion für eine gewaltige Aufrüstung nutzte. Helmut Schmidt hat damals mit dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und dem britischen Premierminister James Callaghan ein gemeinsames Handeln der Europäer verabredet und so den US-Präsidenten Jimmy Carter dazu bewogen, diese Gefahr für Europa nicht unberücksichtigt zu lassen.

So etwas würde ich auch von dem derzeitigen Bundeskanzler erwarten, dass er sich zumindest mit Präsident Macron abstimmt, der ja in vielerlei Hinsicht ebenso zurückhaltend wie Deutschland zu diesem Krieg agiert. Zusammen könnten sie eine gemeinsame Strategie entwickeln und so den US-Präsidenten dazu bewegen, auch die Interessen der Europäer stärker zu berücksichtigen.

Letztendlich ist für die Gesamtstrategie des Westens der Wille Washingtons maßgeblich. Russland und die Ukraine könnten zwar durchaus einen Waffenstillstand verhandeln, eine langfristige Friedensvereinbarung auf der Grundlage eines Interessenausgleichs wird es jedoch nur zwischen den beiden Hauptakteuren in diesem Krieg geben – zwischen Russland und den USA. Es ist doch ganz offensichtlich, dass es um geostrategische Ziele geht, um die Rivalität der großen Machtblöcke aus China und Russland auf der einen Seite sowie den Vereinigten Staaten und Europa auf der anderen.

Die von Ihnen geforderte deutsche Außenpolitik hat sich bislang jedoch wenig konstruktiv hervorgetan. Die zuständige Ministerin Baerbock zum Beispiel hat mehrfach die russische Führung scharf angegriffen und sich dann beschwert, wenn ihr Kollege Lawrow nicht mit ihr sprechen wollte. Konkrete Friedensinitiativen von ihr gab es keine.

Richtig. Zwei Dinge sind an der deutschen Außenpolitik vor allem zu kritisieren. Das eine ist die Antriebslosigkeit zur Überwindung dieses Krieges und das andere die wiederholten Drohungen gegen Russland, und zwar nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die russische Bevölkerung. Wenn Baerbock sagt, auch die Bevölkerung treffen zu wollen, dann wird eine Hürde aufgebaut für viele Jahre, die wir kaum überwinden können. Egon Bahr hat einmal gesagt: „Für die Sicherheit Europas sind die Vereinigten Staaten unverzichtbar. Aber die Sowjetunion“, an deren Stelle jetzt Russland steht, „ist unverrückbar“. Unabhängig vom militärischen Ausgang des Krieges wird Russland auch in Zukunft unser Nachbar bleiben. Und wir müssen versuchen, zu einem Modus Vivendi zu kommen – ganz egal, wie stark man jetzt auch auf eine Dämonisierung Putins setzt.

Dämonisierung ist ein wichtiges Stichwort. Was an der Haltung des Westens zum Ukrainekrieg auffällt ist eine starke Moralisation. Ist – bei allem Verständnis für das Entsetzen über den russischen Angriffskrieg und das Sterben tausender ukrainischer Zivilisten – diese Moralisation ein Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden? Durchaus. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir es in diesem Konflikt mit drei parallelen Ereignissen zu tun haben. Da ist erstens



Verhinderte dieses Gespräch einen Waffenstillstand zwischen Ukrainern und Russen? Besuch des damaligen britischen Premierministers Boris Johnson am 9. April 2022 bei Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kiew

Foto: ddp images

der heiße konventionelle Krieg, ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln und auch nichts zu verteidigen. Das zweite Ereignis ist der Wirtschaftskrieg, der vom Westen unter dem Begriff „Sanktionen“ als Reaktion auf den ersten Konflikt gegen Russland begonnen wurde.

Und der dritte „Layer“ ist der Informationskrieg, der wie bei jedem Krieg auch diesmal geführt wird. Russland versucht, seinen Angriff auf die Ukraine zu rechtfertigen – mit Verweis auf die historische Einheit von Russen und Ukrainern sowie mit Verweis auf die Entwicklungen, die aus seiner Sicht zu diesem Krieg geführt haben. Auf der anderen Seite stehen die Vereinigten Staaten, die nicht nur versuchen, die Russen in der Ukraine zurückzudrängen, sondern auch die Europäer zur Geschlossenheit zu bringen gegenüber Russland. Diese Geschlossenheit ist größer, wenn der Gegner so dämonisiert wird, dass sich jegliche abweichende Meinung von selbst verbietet.

Was in diesem Informationskrieg zu kurz kommt ist das Bewusstsein, dass er von allen Beteiligten geführt wird. Da fast alle Berichte über die Ukraine immer auch von Moral in getränkt sind, sind wir kaum noch in der Lage, die wirkliche Entwicklung nüchtern zu beurteilen. Moral ist jedoch in der Außen- und Sicherheitspolitik kein guter Ratgeber. Wenn wir nur noch mit moralisch sauberen Akteuren sprechen wollten, dürften wir nicht mehr mit Aserbaidschan reden, das gerade Armenien angegriffen und dabei schreckliche Kriegsverbrechen begangen hat. Dann dürften wir auch nicht mit Saudi-Arabien reden, das seit Jahren am Krieg im Jemen beteiligt ist, in dem viele Hunderttausend Menschen getötet wurden, darunter – wie ich gerade gelesen habe – rund 80.000 Kinder! Ich kann bei allem Erschrecken über den Krieg nur zu größerem Realismus raten und grundsätzlich zu mehr Rationalität in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Worauf wir noch nicht zu sprechen gekommen sind, ist die Sabotage gegen Nord Stream. Die Sprengung der Gasleitungen ist nicht nur der erste Kriegsakt außerhalb der Ukraine, sondern auch der erste, von dem Deutschland als Miteigentümer unmittelbar betroffen ist. Was bedeutet das für den weiteren Verlauf dieses Krieges?

Das hängt wesentlich davon ab, wer den Sabotageakt verübt hat. Auch wenn die Frage, wem der Vorfall am meisten nützt, in der Regel ein guter Indikator ist, können wir die Verantwortlichen bisher nicht mit letzter Bestimmtheit benennen. Und deshalb möchte ich hier auch nicht spekulieren. Doch grundsätzlich bedeutet ein solcher Vorfall natürlich eine Ausweitung des Ukrainekrieges.

Ihre in diesem Gespräch geäußerten Gedanken schwanken zwischen einer großen Skepsis – etwa mit Blick auf eine ato-

„Was in diesem Informationskrieg zu kurz kommt ist das Bewusstsein, dass er von allen Beteiligten geführt wird. Da fast alle Berichte über die Ukraine immer auch von Moral in getränkt sind, sind wir kaum noch in der Lage, die wirkliche Entwicklung nüchtern zu beurteilen. Moral ist jedoch in der Außen- und Sicherheitspolitik kein guter Ratgeber“

mare Eskalation – und einer gewissen Zuversicht, falls Putin die Annexion von vier ukrainischen Verwaltungsgebieten dazu nutzen sollte zu sagen, dass er seine Kriegsziele erreicht hat und seine „militärische Spezialoperation“ für beendet erklärt. Was halten Sie für das wahrscheinlichere Szenario in den nächsten Wochen? Das ist schwer zu beantworten. Allein schon, weil alle Kriegsparteien seit dem 24. Februar ihre Auffassungen zum Krieg und zu den Zielen, die sie erreichen wollen, mehrfach geändert haben.

Allein die Frage, ob die Ukraine den Krieg gewinnen muss, erfordert eine starke Differenzierung. Einen Krieg gewinnt man, wenn man die politischen Ziele erreicht, deretwegen man diesen Krieg geführt hat. Dieses Ziel wird jedoch von keinem der Beteiligten erreicht werden: weder von Russland, das im Gegensatz zu den Geländegewinnen im Süden hinnehmen musste, dass Finnland und Schweden Mitglieder der NATO geworden sind, noch die Vereinigten Staaten, denen es bei aller Schwächung Russlands nicht gelingen wird, Moskau als geostrategischen Rivalen so weit zu schwächen, dass es künftig keine Rolle mehr in der Weltpolitik spielt. Russland ist, wenn Sie sich die G20 und die Gruppe der BRICS-Staaten (mit Brasilien, Indien, China und Südafrika) ansehen, bei Weitem nicht so isoliert, wie dies im Westen dargestellt wird. Auch die Ukraine wird ihre Ziele, vor allem die NATO-Mitgliedschaft und das Verhindern einer größeren Autonomie für den Donbass, nicht erreichen.

Es muss also darauf hinauslaufen, einen klugen Kompromiss zu finden, mit dem alle Seiten einigermaßen leben können. Es gibt Beispiele, die zeigen, dass eine Kompromisslösung durchaus Bestand haben kann. Im Koreakrieg hat auch keine Seite ihre politischen Ziele erreicht. Militärisch gab es ein Patt am 38. Breitengrad. Ein anderes Beispiel ist Zypern. Der Nordteil der Insel ist seit 1974 von der Türkei militärisch besetzt. Die „Türkische Republik Nordzypern“ wird nur von der Türkei anerkannt. Die beide Seiten trennende Pufferzone wird von einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen überwacht. In beiden Fällen weiß man, dass es irgendwann eine politische Lösung geben muss, aber solange wie es sie nicht gibt, sorgt die Waffenruhe dafür, dass es dort keine Kampfhandlungen mehr gibt.

Die Ukraine braucht die russische Annexion von Teilen ihres Staatsgebietes nicht anzuerkennen; der Westen wird es auch nicht tun. Wie die Lage in zehn oder 20 Jahren aussieht, weiß niemand. Erst einmal sollte es das vorrangige Ziel aller Beteiligten sein, das unsinnige Sterben unschuldiger Menschen zu beenden.

Das Interview führte René Nehring.

● **General a.D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Mehrheit gegen
Aktivismus

Leipzig – Viele Deutsche haben kein Verständnis für das Treiben selbster-nannter Klimaschützer. Das ergab eine Umfrage des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) unter 27.300 Teilnehmern. Mehr als zwei Drittel der Befragten bezeichneten die Aktionen von Fridays for Future, Aufstand der Letzten Generation oder ähnlichen Gruppierungen als „unangemessen“ und „unnötig“. Jeder Zweite lehnte es zudem explizit ab, den Forderungen der Klimabewegung zuzustimmen – mit drei Ausnahmen: Einen besseren Nah- und Fernverkehr befürworteten 93 Prozent der Teilnehmer, für den Ausbau Erneuerbarer Energien votierten 69 Prozent und ein Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde fanden immerhin noch 62 Prozent begrüßenswert. Allerdings wurde die Umfrage lediglich in den neuen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durchgeführt, was die Frage aufwirft, ob sich das Ergebnis Eins zu Eins auf ganz Deutschland übertragen lässt. W.K.

„Überhastet
und fehlerhaft“

Berlin – Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) kritisiert die Gesetzgebung hierzulande als „überhastet und fehlerhaft“. Das Gremium war im August 2006 gegründet worden, um als unabhängiger Berater der Bundesregierung im Hinblick auf die Folgekosten von Gesetzgebungs- und Verordnungsentwürfen zu fungieren. Das Ziel seiner Tätigkeit besteht darin, den Ministerien sowie dem Parlament eine realistische Einschätzung zu präsentieren, welchen organisatorischen Aufwand die Rechtsnormen bei den Betroffenen beziehungsweise in der Gesellschaft verursachen. Nach Ansicht des Normenkontrollrates ließe sich dieser Aufwand deutlich senken, wenn Regierung und Bundestag mehr auf Experten hören – das gelte vor allem für jene, die Erfahrungen mit der praktischen Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen haben. Der jetzige Zustand sei unbefriedigend und führe bei vielen Bürgern zu Verdross. W.K.

Unerlaubte
Einreisen

Berlin – Im vergangenen Jahr sind nach Angaben der Bundesregierung 15.254 unerlaubt eingereiste oder unerlaubt aufhältige Drittstaatsangehörige nach einer Einreise über die deutsch-polnische Staatsgrenze festgestellt worden. Wie aus der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei weiter hervorgeht, wurden im Zeitraum von Januar bis Juli dieses Jahres 6104 solcher unerlaubter Einreisen über die östliche Grenze der Bundesrepublik festgestellt. Aus der Antwort des Bundesministeriums für Inneres und Heimat geht auch hervor, dass im vergangenen Jahr 22 und in der ersten Hälfte dieses Jahres 46 Personen an der östlichen Bundesgrenze zurückgewiesen worden sind. Nach einer unerlaubten Einreise über Oder und Neiße wurden vergangenes Jahr 9378 Personen an eine Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet, nachdem sie gegenüber der Bundespolizei ein Asylgesuch gestellt hatten. N.H.

NORD STREAM 1 + 2

Wer hat die Nordsee-Pipelines sabotiert?

Westliche Medien gaben sofort Russland die Schuld, jedoch kommen auch andere als Täter in Frage

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Unterwasser-Pipelines Nord Stream 1 und 2 wurden gebaut, um Erdgas aus Russland über den Grund der Ostsee nach Deutschland zu leiten. Allerdings unterblieb die bevorstehende Inbetriebnahme von Nord Stream 2 nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Und auch durch Nord Stream 1 strömte in Reaktion auf die vom Westen verhängten Sanktionen zuletzt kein Gas mehr. Doch damit nicht genug: Am 26. September um 2.03 Uhr fiel der aus technischen Gründen aufrechterhaltene Druck in einem der beiden Stränge von Nord Stream 2 schlagartig von 105 Bar auf fast Null. Das gleiche Szenario ereignete sich am Abend desselben Tages um 19.04 Uhr in der parallel verlaufenden, ebenfalls noch mit Gas gefüllten Nord Stream 1, wobei hier beide Stränge der in 88 Metern Tiefe liegenden Pipeline betroffen waren. Zu den jeweiligen Zeitpunkten der Druckabfälle

registrierte das Schwedische Seismologische Netzwerk (SNSN) in Uppsala Erschütterungen mit der Magnitude 2,2, welche zweifelsfrei aus Sprengungen resultierten.

Blasenteppiche deuten auf
Sprengungen

Dass diese Detonationen nordöstlich und südöstlich der dänischen Insel Bornholm drei Stränge der Erdgasleitungen an insgesamt vier Stellen beschädigt hatten, beweisen die Luftaufnahmen von ausgedehnten Blasenteppichen, die der Leiter der dänischen Energiebehörde DEA, Kristoffer Böttzauw, mit den Worten kommentierte, da ströme „richtig, richtig viel Gas“ aus. Vermutlich sind die Rohre auf einem längeren Abschnitt zerfetzt, was schnelle Reparaturen ausschließen dürfte.

Natürlich wurde angesichts dieser Sachlage sofort von Sabotage gesprochen. Dergestalt äußerten sich beispielsweise der polnische Ministerpräsident

Mateusz Morawiecki und dessen dänische Amtskollegin Mette Frederiksen anlässlich der Einweihung der Gasleitung Baltic Pipe, welche jetzt Polen und Dänemark verbindet. Ebenso geht auch die Bundesregierung von einer gezielten Attacke aus, während einige Medien hierzulande ohne nähere Quellenangabe berichteten, Berlin sei bereits vor einigen Wochen vom US-Auslandsgeheimdienst CIA vor Anschlägen auf Gaspipelines in der Ostsee gewarnt worden.

Moskau hätte keinen Vorteil

Und tatsächlich sind gezielt herbeigeführte Explosionen die plausibelste Ursache für die schweren Schäden an den drei Nord-Stream-Röhren: Die Wahrscheinlichkeit, dass Schiffsanker die Pipelines fast zeitgleich an vier Stellen zerreißen, liegt bei Eins zu 100 Millionen. Dazu kommen die unmissverständlichen Daten des SNSN.

Sehr viel weniger klar ist hingegen die Täterschaft. Dennoch wurde sofort Russ-

land verdächtigt. Solche Stimmen kamen vor allem aus Polen und der Ukraine – aber auch deutsche Zeitungen wie die „Welt“ oder der „Tagesspiegel“ spekulierten über eine Aktion der Russen. Allerdings hätte Moskau keinen nennenswerten Vorteil von der Sprengung, denn durch den möglicherweise dauerhaften oder sehr lang anhaltenden Wegfall von Nord Stream 1 und dem Zweitstrang der im Prinzip betriebsbereit gewesenen Nord-Stream-2-Pipeline verfügt es nun über ein höchst wirksames Druckmittel gegenüber Deutschland weniger.

Dahingegen könnte die Ukraine sehr stark von dem Anschlag profitieren. Immerhin hat die Bundesrepublik nun noch weniger zu verlieren, wenn sie Putin durch die Lieferung weiterer schwerer Waffen an Kiew herausfordert. Deshalb appellierte Mychajlo Podoljak, ein Berater des ukrainischen Präsidenten Selenskyj, auch unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Explosionen bei Bornholm mit Blick in Richtung Berlin, „die beste Antwort“ auf den „von Russland geplanten Terroranschlag“ seien „Panzer für die Ukraine“.

USA sabotierten schon einmal eine
sowjetische Gaspipeline

Ebenso kommt der Vorfall aber auch den Vereinigten Staaten sehr gelegen. Immerhin gehören diese zu den schärfsten Kritikern des Nord-Stream-Projekts. Am 7. Februar dieses Jahres hatte der US-Präsident Joe Biden im Beisein von Bundeskanzler Olaf Scholz vor Pressevertretern gedroht, sollte Russland erneut in die Ukraine einfallen, dann werde es Nord Stream 2 nicht mehr länger geben: „Wir machen Schluss damit ... Ich verspreche Ihnen, dass wir das schaffen werden.“ Und die Militärs beziehungsweise die Geheimdienste der Vereinigten Staaten verfügen zweifellos auch über die technischen Möglichkeiten hierzu. Das demonstrieren sie schon mehr als einmal bei früheren „Spezialoperationen“ unter Wasser sowie dem Anschlag auf eine sowjetische Gaspipeline im Sommer 1982 durch Eingriffe in die Steuerung der Pumpen und Ventile. Vor diesem Hintergrund erscheint die Anwesenheit zahlreicher US-amerikanischer Marineeinheiten in den Gewässern um Bornholm während der Tage vor den Explosionen ausgesprochen verdächtig.



Explosionen: Sie ereigneten sich in dem Moment, als die „Baltic Pipe“, die Dänemark und Polen verbindet, eingeweiht wurde

PETER FELDMANN

Selbst die eigene Partei wirbt für seine Abwahl

In fünf Wochen entscheidet sich das weitere politische Schicksal des Frankfurter Oberbürgermeisters

Seit vorletztem Mittwoch können die Frankfurter über Abwahl oder Verbleib ihres Oberbürgermeisters Peter Feldmann per Brief abstimmen. Der SPD-Politiker hatte kürzlich angekündigt, entgegen vorheriger Aussagen doch bis zum Ende seiner Amtszeit im Amt bleiben zu wollen und damit selbst die eigenen Parteifreunde vor dem Kopf gestoßen. Der 63-Jährige ist seit Monaten heftig umstritten, er darf von sich behaupten, das wohl unbeliebteste Oberhaupt einer deutschen Großstadt zu sein.

Ausgangspunkt waren die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Korruptionsvorwürfen. Feldmann soll seiner Ehefrau einen lukrativen Job bei der SPD-nahen Arbeiterwohlfahrt besorgt haben. Es folgten Vorwürfe wegen sexistischer Äußerungen gegenüber einer Stewardess

bei einem Flug zum Finale des Fußballbundesligisten Eintracht Frankfurt in der Europa League sowie wegen seines als anmaßend empfundenen Verhaltens bei der anschließenden Siegesfeier der Eintracht.

Im Juli hatten fast 70 Prozent des Frankfurter Rates, darunter auch zahlreiche Sozialdemokraten, dem Oberbürgermeister das Vertrauen entzogen. Feldmann hatte daraufhin angekündigt, sein Amt im Januar 2023 geordnet zu übergeben, doch davon will er nun nichts mehr wissen. Frankfurts SPD-Chef Mike Josef sagte anschließend, das Amt des Oberbürgermeisters sei mit einer Anklage in einem Strafverfahren unvereinbar. Es ist ein wohl einmaliger Vorgang in der bundesdeutschen Politikgeschichte, dass auch die eigene Partei einem Bürgermeister derart öffentlich das Vertrauen ent-

zieht. „Wir brauchen einen neuen Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin, der oder die sich ausschließlich um das Wohl Frankfurts kümmert, keinen Oberbürgermeister, der sich als Angeklagter in einem Strafprozess verteidigen muss“, so die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt in einer einhelligen Erklärung.

2012 hatte Feldmann in einer Stichwahl gegen den heutigen hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU) gewonnen. Damals galt der SPD-Linksaußen, der sich im Wahlkampf besonders an die Wähler mit Immigrationshintergrund wandte, als Hoffnungsträger der kriselnden Landespartei. Zehn Jahre und zahlreiche Affären später ist er selbst den eigenen Genossen nur noch peinlich. „Grüne, CDU, SPD, FDP und Volt wollen für den Bürgerentscheid die Stadt zu plakativ-

ren. Ich finde: Es braucht keine Entscheidungshilfen. Daher rufe ich meine Unterstützer auf: Sammelt lieber für die Tafeln. Von Plakaten werden die Menschen nicht satt“, twitterte Feldmann in der vergangenen Woche und erntete damit abermals einen Sturm der Entrüstung. „Eine Schande für Frankfurt“ sei Feldmann, teilten die Grünen aus.

Wie das Abwahlverfahren ausgehen wird, ist allerdings ungewiss. Die Mobilisierung bei Kommunalwahlen gilt in der Mainmetropole traditionell als schwierig. Am 6. November reicht eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht aus. Vielmehr muss diese Mehrheit – so sie denn zustande kommt – auch mindestens ein Drittel der Frankfurter Wahlberechtigten ausmachen.

Peter Entinger

RICHTERSPRUCH

Wahl 2021 muss wohl wiederholt werden

Landesverfassungsgericht stellt Berliner Wahlmanagement ein verheerendes Zeugnis aus

VON FRANK BÜCKER

Das Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofes zum Chaos bei der Abgeordnetenhauswahl im September 2021 könnte auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages haben. Am 28. September 2022 kündigte die Gerichtspräsidentin Ludgera Selting an, die gesamten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus für ungültig erklären zu wollen. Der Urnengang sei nicht nur in Teilbereichen fehlerhaft und zu wiederholen, sondern dies treffe auf die gesamte Wahl zu. Schon die Vorbereitung der Wahl war unzureichend.

Die Aufstellung von nur zwei Wahlkabinen in den Wahllokalen bei 800 bis 1500 Wahlberechtigten je Stimmbezirk hätte es vielen Wahlberechtigten unmöglich gemacht, ihr Wahlrecht auszuüben. Dass die Lokale zudem mit einer erkennbar zu geringen Anzahl an Stimmzetteln auszustatten gewesen seien, sei ein zweiter irreparabler Fehler gewesen. In anderen Wahllokalen seien falsche Stimmzettel ausgegeben worden. In Friedrichshain-Kreuzberg seien mehr als tausend Wahlzettel einfach kopiert und an Wahlberechtigte ausgeteilt worden. In zahlreichen Wahllokalen konnten die Berliner gar noch nach 18 Uhr – nachdem die ersten Hochrechnungen über den Bildschirm geflimmert waren – ihre Stimme abgeben.

Wahlleiterin wehrt sich

Aus all diesen Gründen könne nur durch eine komplette Wahlwiederholung ein verfassungskonformer Zustand herbeigeführt werden. Die Kläger wie die AfD, die Satirepartei „Die Partei“ und Marcel Luthke (früher FDP, jetzt Freie Wähler) zeigten sich mit den Äußerungen der Gerichtspräsidentin zufrieden.

Die amtierende Landeswahlleiterin Ulrike Rockmann dagegen hatte zwar selbst die Wahlen angefochten, meinte aber, nach ihren Einschätzungen seien die Beanstandungen nicht mandatsrelevant. Eine Wahlwiederholung käme nur bei den Erststimmen in zwei Wahlkreisen in Frage: „Wir kennen den Eisberg – es ist alles so weit aufgeklärt worden, wie es geht“, hielt sie der Gerichtspräsidentin entgegen, nachdem diese bei den bisher nachgewiesenen Wahlfehlern von einer „Spitze



„Flächendeckendes Versagen“: Lange Schlange vor einem Berliner Wahllokal am 26. September 2021

Foto: action press

ze des Eisbergs“ gesprochen hatte. Rockmann weiter: „Es hat eben kein flächendeckendes Versagen der Wahlorganisation gegeben.“

Innenstaatssekretär (in Vertretung des Innensenators) Torsten Akmann gab immerhin zu, dass es auch im Bereich der (wichtigeren) Zweitstimmen zu mandatsrelevanten Fehlern gekommen sei. Aber eine Wahlwiederholung sollte es nach seinem Ermessen nur in etwa 200 Stimmbezirken geben. In den übrigen der etwas mehr als 2700 Stimmbezirken sei der Wahlvorgang beanstandungslos verlaufen. Der Senatsverwaltung ging es maximal um einen erneuten Urnengang in 14 Wahllokalen in drei von 78 Wahlkreisen.

Der Rechtsvertreter der Senatsinnenverwaltung forderte, die Klage dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorzulegen, was eine weitere Verzögerung einer Wiederholungswahl nach sich zöge. Er sorge sich um das Ansehen der Demo-

kratie, da eine Wiederholung auch die Stimmen all jener, die vor einem Jahr problemlos wählen konnten, was in 90 Prozent der Wahllokale so gewesen sei, entwertete: „Ich fürchte, dass Sie das Kind mit dem Bade ausschütten.“

Drei Monate bis zum Urteil

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dennis Buchner, und sein Rechtsvertreter beklagten sich darüber, dass ein Gericht und nicht das Parlament über die Wahlanfechtung entscheide. Dem Senat nahestehende Juristen kritisierten ebenfalls die zu erwartende Gerichtsentscheidung. Der Verwaltungsrechtler Christian Pestalozza: „Der Umfang einer Wahlwiederholung muss im Verhältnis zu den Wahlfehlern stehen. Man kann nicht flächendeckend neu wählen, wenn die Wahl zu großen Teilen fehlerfrei war.“ Von der Senatsinnenverwaltung hieß es inzwischen, man wolle das Urteil zur Wahl akzeptieren.

Die mitregierenden Grünen und Linken schlossen sich der von den drei Oppositionsparteien geübten Kritik am jetzigen Bausenator und damaligen Innensenator Andreas Geisel (SPD) an.

Nach der Verhandlung haben die Richter laut Gesetz drei Monate Zeit für ein Urteil. Sollte das Urteil wie erwartet ausfallen, müssten innerhalb von 90 Tagen Neuwahlen erfolgen – voraussichtlich also im Februar oder März.

Immerhin vertrat Gerichtspräsidentin Selting die Auffassung, dass das fehlerhaft gewählte Parlament weiter tagen und auch Beschlüsse fassen könne. Die stellvertretende Regierungschefin Bettina Jarasch (Grüne) fürchtet indes: „Wir stehen vor einem heftigen Krisenwinter und tragen als Senat die Verantwortung dafür, dass wir jetzt nicht in einen Stillstand geraten ... Das letzte, was die Berlinerinnen und Berlin jetzt brauchen, ist gegenseitige Wahlkampfblockade.“

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Berliner Feuerwehr gehen die Leute aus

Immer weniger Rettungssanitäter – Auch massiver Impfdruck könnte eine Rolle spielen

Die Feuerwehr in der Hauptstadt hat im September rund 500 neue Einsatzkräfte vereidigt. Nach Angaben der Behörde, deren Geschichte bis in das Jahr 1851 zurückreicht, war dies bislang die größte Vereidigung von Nachwuchskräften überhaupt. Doch obwohl solch eine hohe Zahl von Nachwuchskräften nun den Dienst geleistet hat, bleibt die Personallage bei der Hauptstadt-Feuerwehr schwierig. Seit Jahren leidet insbesondere der Rettungsdienst unter einer chronischen Überlastung.

Eine Ausbildungsoffensive für den Rettungsdienst war nicht besonders erfolgreich. Von 1212 Bewerbern für eine Ausbildung zum Notfallsanitäter haben in diesem Jahr lediglich 90 eine Ausbildung begonnen. Schon die Anfangshürde, der Aufnahmetest, war für einen Großteil der Interessenten zu hoch. Auch in der Ver-

gangenheit fiel mehr als die Hälfte aller Bewerber bei dem anspruchsvollen Testprogramm durch. Bereits beim ersten Prüfungspunkt, der Atemschutzübungsstrecke, werden viele Bewerber ausgesiebt, weil sie unter den Atemschutzmasken nicht mehr genug Luft bekommen. Der Sporttest, der unter anderem auch einen 3000-Meter-Lauf beinhaltet, verringert das Kandidatenfeld weiter. Die Prüfer sehen sich bei der Aufnahmeprüfung auch an, ob die Interessenten handwerkliches Geschick haben und wie es um die soziale Kompetenz sowie die Mathematik- und Deutschkenntnisse steht. „Wir wollen künftige Feuerwehrleute, die körperlich fit sind und auch etwas im Kopf haben“, so ein langjähriges Mitglied der Prüfungskommission.

Der Umstand, dass immer weniger Jugendliche für den Feuerwehrdienst geeig-

net sind, kollidiert immer stärker mit der angespannten Lage in der Millionenstadt Berlin. Insbesondere der Rettungsdienst ist regelmäßig überlastet und unterbesetzt. Im Sommer wies Lars Wieg, der Vorsitzende der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft Berlin-Brandenburg, darauf hin, dass Berlin laut Schätzungen eigentlich 160 Rettungswagen benötigte, allerdings nur 140 im Einsatz seien.

Protestvideo schlägt Wellen

Aktuell hat sich die Personallage durch coronabedingte Krankheitsfälle und die Impfproblematik noch verschärft. Für viele Feuerwehrleute stehen im Oktober Corona-Auffrischimpfung an. Ein Teil der Mitarbeiter, aber auch der Auszubildenden, die diese Impfung ablehnen, berichtet von starkem Druck durch die Führung der Behörde. Im August hatten zwei mut-

maßliche Feuerwehrmänner in einem 13-minütigen Video mit dem Titel „Warum schweigt die Feuerwehr“ vor Impfschäden gewarnt und zum Widerstand gegen Corona-Impfungen aufgerufen. Aufgenommen worden war das Video offensichtlich auf dem Gelände einer Feuerwache. Auch die beiden Protagonisten des Videos trugen augenscheinlich Dienstkleidung der Berliner Feuerwehr. Deren Führung distanzierte sich von dem Video und leitete interne Ermittlungen ein.

Genährt wird die Skepsis unter den Feuerwehrleuten auch von den Beobachtungen, welche Rettungssanitäter selbst seit einiger Zeit verstärkt bei ihren Einsätzen machen. Im Vergleich zur Vergangenheit soll die Zunahme von Fällen von Gürtelrose extrem auffällig sein, ebenso die gestiegene Zahl von Personen mit Erschöpfungszuständen. Hermann Müller

KOLUMNE

Zweifel

VON THEO MAASS

Kaum zeichnet sich ab, dass das Berliner Abgeordnetenhaus neu gewählt werden muss, beginnt die CDU mit ihrem Wahlkampf. Der Generalsekretär der Bundespartei, der aus Berlin stammende Mario Czaja: „Die Chancen stehen gut, dass die Christdemokraten ganz Berlin erobern – zumal die Parteien der rot-grün-roten Koalition für das Wahlchaos 2021 verantwortlich sind.“

Aber wäre mit einem Wahlsieg der Union eine politische Wende verbunden? Die beiden jüngsten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen brachten schwarz-grüne Regierungen an die Macht.

Für Schwarz-Grün oder Grün-Schwarz könnte es an der Spree indes knapp werden. Laut der jüngsten Umfrage kämen CDU und Grüne zusammen auf 43 Prozent. SPD, Linkspartei, AfD und FDP auf zusammen 45. Wenn die Grünen es schaffen (obwohl sie ja mitregierten) sich in der öffentlichen Wahrnehmung vom Wahldesaster abzusetzen und sie mit der CDU im Schlepptau die erste Geige im Rathaus spielen – wäre Berlin damit gedient, wenn Bettina Jarasch von den Grünen statt der SPD-Amtsleiterin Franziska Giffey Regierende Bürgermeisterin würde?

Gewiss hat es die SPD nach dem nun absehbaren Urteil des Landesverfassungsgerichts schwer, sich bei den Wählern beliebt zu machen. Die AfD indes profitiert schon jetzt von der grünen Misswirtschaft (Habeck und Baerbock) auf Bundesebene. Der Berliner Wahlkandal könnte ihr weiteren Rückenwind geben.

Aber ein Ruck in Berlin gäbe es nur mit einem Bürgerbündnis nach Hamburger Vorbild (von Beust-Schill-Bündnis 2001), wie es ja jüngst auch in Schweden und Italien Erfolg hatte. Ansonsten könnte es gut sein, dass eine Stimme für die CDU die Grüne Bürgermeisterin verhilft.

MELDUNG

Herkunft wird verschwiegen

Berlin – Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hat verfügt, dass die Speicherung eines „Migrationshintergrundes“ bei Tatverdächtigen bis zum Alter von 21 Jahren mit deutschem Pass nicht mehr vorgenommen wird: Bereits Ende Juli hatte die Senatsinnenverwaltung verfügt, „dass die Erfassung des Migrationshintergrundes zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen ist“, wie die Polizeiführung jetzt alle Mitarbeiter informierte. Die Funktion wurde bereits am 3. August deaktiviert. Die Erhebung dieser Daten war seit 2011 vorgenommen worden. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert die Maßnahme. Deren Sprecher Benjamin Jendro: „Eine derart falsch verstandene Toleranz ist Wind auf die Mühlen von Rechtsextremen und Verschwörungstheoretikern.“ Nur ein Viertel der tatverdächtigen deutschen Staatsbürger in dieser Altersgruppe hatte auch tatsächlich deutsche Eltern. F.B.

● MELDUNGEN

Holz laut EU unnachhaltig

Brüssel – Das EU-Parlament hat der überarbeiteten Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED) III zugestimmt, die verschärfte Nachhaltigkeitsbestimmungen für die energetische Verwertung von Biomasse-Festbrennstoffen enthält. So gilt Holz zukünftig nicht mehr als erneuerbarer und somit nachhaltiger Energieträger, obwohl Holz fast die Hälfte der derzeit für die Energieerzeugung verwendeten Biomasse ausmacht und mit Holz betriebene Pelletheizungen jahrelang gefördert wurden. Als Vorwand dient die Forstschonung, welche angeblich erforderlich ist, die Entnahme von Holz aus den Wäldern bis 2030 zu verringern, wobei die EU-Kommission das konkrete Ausmaß dieser Reduzierung festlegen soll. Damit droht der absurde Zustand, dass Schadholz, wie es durch das Fällen von Bäumen aufgrund von Borkenkäferbefall entsteht, nicht mehr verbrannt werden darf, sobald die von der EU vorgegebenen Quoten erreicht sind. W.K.

Polen droht mit Klage

Warschau – Polens stellvertretender Außenminister Marcin Przydacz (PiS) kündigte an, Polen werde vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen die EU-Kommission einreichen, wenn diese die für Polen bestimmten Mittel aus dem sogenannten Corona-Wiederaufbaufonds weiterhin blockiert. Im Radiosender RMF FM sagte Przydacz, Polen werde die Investitionen, die im Konjunkturprogramm des Landes vorgesehen sind, unabhängig davon umsetzen, ob die EU-Kommission die erste Tranche aus dem Fonds ausgezahlt hat. Der stellvertretende Außenminister äußerte sich zudem zuversichtlich, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen werde „das Interesse verlieren, sich in die polnische Politik einzumischen“, sollte die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) nach den Parlamentswahlen im kommenden Jahr eine dritte Amtszeit in Folge antreten. N.H.

Kohlemangel in Polen

Warschau – Bereits am 13. April hat Polen als eines der ersten EU-Länder ein Embargo gegen Kohle aus Russland verhängt. Zu Beginn der Heizsaison zeigt sich nun allerdings, dass der Plan der polnischen Regierung, Ersatz für die bislang aus Russland importierten acht Millionen Tonnen Kohle zu finden, nicht vollständig aufgeht. Laut Schätzungen werden von den insgesamt 13,6 Millionen polnischen Haushalten noch immer zwei Millionen mit Kohlelefe beheizt. Davon wird laut dem MDR eine Million Haushalte ohne Kohlereserven in den Winter gehen. Als Problem hat sich herausgestellt, dass Häfen wie Danzig auf den Import der großen Kohlemengen gar nicht vorbereitet sind. Getrieben von einer steigenden globalen Nachfrage hat sich der Kohlepreis auf dem Weltmarkt zudem seit Jahresbeginn verdreifacht. Von den ungefähr 50 Millionen Tonnen an Kohle, die Polen selbst fördert, sind nur etwa sieben Millionen Tonnen für die Beheizung in den Haushalten geeignet. N.H.

ÖSTERREICH

Sechs gegen Van der Bellen

Sonntag wählt Österreich den Bundespräsidenten – Der Alte dürfte wohl auch wieder der Neue werden

VON GERNOT DANOWSKI

Wenn die Österreicher den Bundespräsidenten wählen dürfen, kommt es auf einige Faktoren an. Gute Argumente, Amtswürde, den Wahlkampf mit den obligatorischen Diskussionsrunden. Und nicht zuletzt die Kandidaten selbst.

Immerhin treten gleich derer sechs sehr unterschiedliche Kandidaten gegen den Amtsinhaber Alexander Van der Bellen an. Da wäre Heinrich „Heini“ Staudinger. Der oberösterreichische Unternehmer hat sich über Österreichs Grenzen hinaus einen Namen mit der Produktion von Schuhen gemacht. Er gilt als kämpferischer Charakter. 2012 hatte er den Unmut der Finanzmarktaufsicht auf sich gezogen, weil er über Crowdfunding die Kredite von privaten Investoren gesammelt hatte. Eine Strafe von 2000 Euro

weigerte er sich zu zahlen, da lasse er sich lieber einsperren. Im Wahlkampf um die Hofburg setzt der 69-Jährige auf die Themen Gerechtigkeit und Frieden. Trotz Bekanntheit werden ihm mit zwei Prozent in Umfragen keine großen Chancen eingeräumt.

Chancen auf Platz zwei rechnet sich hingegen Tassilo Wallentin aus. Er liegt in den Umfragen bei sieben Prozent. Der Wiener Jurist schreibt regelmäßig Kolumnen in Österreichs größter Zeitung, der „Krone“. Dort kritisiert er die EU als intransparent und mahnt eine konsequente Migrations- und Asylpolitik an. Im Falle einer Wahl will er den Schwerpunkt auf Österreichs Neutralität und die fachliche Fähigkeit der Regierung legen. In den vergangenen Tagen erregte Wallentin nochmals Aufsehen, als er in Wien Brennholz verteilte.

Etwas flippiger kommt der ehemalige FPÖ- und BZÖ- (Bündnis Zukunft Öster-

reich) Politiker Gerald Grosz daher. Er diskutiert regelmäßig auf dem Boulevardsender OE24 kontrovers mit anderen Talkgästen. Dabei bewegt er sich oft am Rande zur Satire, tauchte er zur Kritik der Corona-Maßnahmen in einer Talkrunde doch tatsächlich mit Zollstock auf, um demonstrativ 1,5 Meter Abstand einhalten zu können. Inhaltlich steht er der EU und den Russlandsanktionen kritisch gegenüber. Für Sonntag erwartet man für ihn laut Umfragen vier Prozent.

Die zehnpromtente Bierpartei

Ebenso viel wie für den 61-jährigen Rechtsanwalt Michael Brunner. Er ist Parteiboss der MFG-Partei (Menschen Freiheit Grundrechte), die sich gegen Impfpflicht und übergriffige Corona-Maßnahmen eingesetzt hatte. Sollte er in die Wiener Hofburg einziehen, hat für ihn die Aufhebung aller Corona-Einschränkungen Priorität. Auch eine Entlassung der

Regierung wäre unter seiner Präsidentschaft nicht ausgeschlossen.

Mit 35 Jahren ist Dominik Wlazny der jüngste Kandidat. Der Satiriker und Chef der Bierpartei (Künstlername: Marco Pogo) verfügt über große Reichweite in den sozialen Medien. Mit 63.000 auf Instagram punktet er so gerade beim jüngeren Publikum. Als Satirekandidat versteht sich der Musiker und ausgebildete Mediziner jedoch nicht. Mit seinen Schwerpunkten Gesundheit und gesellschaftlichem Dialog kommt er laut Umfragen auf bis zu zehn Prozent.

Knapp vor Wlazny sehen die Meinungsforscher den FPÖ-Kandidaten Walter Rosenkranz (elf Prozent der Stimmen). Er will sich für eine freiheitlichere Corona-Politik einsetzen und den Grenzschutz stärken. Genau wie Brunner kündigte er an, er würde in einem mehrstufigen Verfahren die Regierung entlassen, falls diese keine Verbesserungsvorschläge unabhängiger Experten annehme. Eine Aussage, vor der einige in der Regierung tatsächlich zittern dürften, ist es doch in Österreich gute Sitte der Regierung, einem neuen Bundespräsidenten ihren Rücktritt anzubieten.

Van der Bellen sieht gelassen zu

Ob es dazu allerdings kommt, ist mehr als fraglich. Der amtierende Präsident Van der Bellen hielt sich komplett aus den Fernsehdebatten heraus und war somit kaum angreifbar. Noch dazu scheint es so, als könnte der Ex-Grüne durch öffentliche Auftritte auf internationalem Parkett und vor allem durch seine Fähigkeit der Mobilisierung des eigenen Lagers die Wahl nach Hause bringen.

Damit es spannend wird, käme es also auf zweierlei an: Van der Bellen müsste unter 50 Prozent bleiben und einer der vier bürgerlichen Kandidaten (Grosz, Brunner, Wallentin, Rosenkranz) muss Platz zwei erreichen. Dann könnten die Karten aber tatsächlich neu gemischt werden, denn Stichwahlen finden unter anderen Voraussetzungen statt, zumal das Wählerklientel der Mitte/Rechts-Kandidaten sich auf einen Herausforderer konzentrieren könnte. So oder so: Van der Bellen und die aktuelle Regierung dürften dem Sonntag gelassen entgegensehen.



ORF-Elefantenrunde ohne Van der Bellen: Die Präsidentschaftskandidaten (v. l.) Gerald Grosz, Dominik Wlazny, Walter Rosenkranz, Tassilo Wallentin, Michael Brunner sowie „Heini“ Staudinger mit „Im Zentrum Spezial“-Moderatorin Claudia Reiterer Foto: pa

GROSSBRITANNIEN

Ende eines friedlichen Zusammenlebens

Ein Kricketpiel löst in England eine Spirale der Gewalt zwischen dort lebenden Hindus und Muslimen aus

Im britischen Leicester lebten indische Hindus und Muslime seit Jahrzehnten bislang friedlich zusammen. Und das, obwohl sich in Indien derzeit die Beziehungen zwischen den beiden Religionen verschlechtert haben. Doch nach dem Sieg Indiens gegen den Erzrivalen Pakistan bei einem Asien-Cup-Spiel der Cricketmannschaften in Dubai am 28. August kam es in Leicester zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Hindu- und der muslimischen Gemeinschaft.

Nach dem Spiel feierte eine große Menschenmenge den Sieg Indiens über seinen Erzfeind Pakistan, wobei einige von ihnen indische Flaggen schwenkten. An jenem Abend marschierte eine Gruppe von etwa 200 Hindu-Männern durch die Stadt, wobei einige von ihnen „Jai Shri Ram“ (Heil dem Herrn Ram) riefen – ein Schlachtruf der Hindus in Indien. Bald kamen auch Muslime auf die Straße, was zu

Handgreiflichkeiten führte. In den lokalen Medien wurden Videos veröffentlicht, die große Gruppen von Jugendlichen mit Masken und Sturmhauben zeigten, die sich auf der Straße prügeln. Ein Hindu-Tempel wurde verwüstet, als eine Gruppe muslimischer Männer gegen den spontanen Marsch protestierte. Die Unruhen hängen mit der zunehmenden Radikalisierung der Muslime und dem neuen Hindu-Nationalismus in Indien unter Premierminister Narendra Modi zusammen.

Pradip Gajjar, der Vorsitzende des Hindutempels Iskcon Leicester, verlas eine gemeinsame Erklärung, in der es hieß, man sei „traurig und untröstlich über den Ausbruch von Spannungen und Gewalt“. „Körperliche Angriffe auf unschuldige Menschen und ungerechtfertigte Sachbeschädigung gehören nicht zu einer anständigen Gesellschaft und auch nicht zu unserem Glauben“, fügte er laut

einem von der Lokalzeitung „Leicester Mercury“ veröffentlichten Video hinzu. Jonathan Ashworth, ein oppositioneller Labour-Abgeordneter in Leicester, verteilte in einem Interview mit Times Radio „schockierende Szenen von inakzeptablen Gewalttaten“. Die Ausschreitungen fanden in der multikulturellsten Stadt Englands statt und sorgten sogar in Indien und Pakistan für Schlagzeilen.

„Inakzeptable“ Tempel-Entweihung

Die Polizei in Leicester teilte mit, dass mindestens 47 Personen festgenommen worden seien. „Die Auswirkungen dieser Unruhen auf unsere lokalen Gemeinschaften sind nicht akzeptabel“, erklärte die Polizei von Leicestershire. Die Beamten hatten zusätzliche Befugnisse erhalten, um in bestimmten Gebieten Personen anzuhalten und zu durchsuchen und Minderjährige in ihre Häuser zurückzu-

bringen. Der Bürgermeister der Stadt hat auch Desinformationen in den sozialen Medien für die Eskalation der Gewalt verantwortlich gemacht.

Führende Persönlichkeiten der beiden Gemeinschaften zeigten sich schockiert über die Gewalt in einer Stadt. „Was wir auf den Straßen gesehen haben, ist sehr alarmierend“, wurde Suleman Nagdi von der Föderation der muslimischen Organisationen von der BBC zitiert. Dharmesh Lakhani, ein Führer der Hindu-Gemeinschaft, sagte, die Entweihung des Tempels sei „inakzeptabel“. Das indische Hochkommissariat verurteilte die „Vandalisierung von Gebäuden und Symbolen der hinduistischen Religion“.

Der Muslim Council of Britain, der größte britische Dachverband muslimischer geführter Organisationen, beschuldigte das indische Hochkommissariat selektiver Verurteilung. Bodo Bost

VON HERMANN MÜLLER

Auf die Frage, welchen Politiker sie bei einer Direktwahl zum Bundeskanzler wählen würden, nannten noch im August 26 Prozent der vom RTL/ntv-Trendbarometer Befragten den Namen von Robert Habeck. Der Grüne landete damit vier Prozentpunkte vor dem amtierenden Kanzler Olaf Scholz. Wenige Wochen später hat das Bild des Vizekanzlers und Wirtschaftsministers starken Schaden genommen. Es mehren sich die Zeichen, dass der 52-jährige Schriftsteller im Amt überfordert ist und grobe handwerkliche Fehler macht.

Stark zu diesem Bild beigetragen hat das Scheitern von Habecks Plan einer Gasumlage, welche die Gasimporteure in die Lage versetzen sollte, die stark gestiegenen Einkaufskosten an Haushalte und Unternehmen weiterzureichen. Nach Kritik, dass auch Firmen von der Umlage profitieren könnten, denen es wirtschaftlich gut geht, hatte der Wirtschaftsminister bereits im August Nachbesserungen ankündigen müssen, um „Trittbrettfahrer vom Trittbrett“ zu schubsen. Im September entbrannte in der Ampelkoalition weiterer Streit über Fragen wie die, ob die Gasumlage von der Mehrwertsteuer befreit werden kann oder ob die Gasumlage auch nach der Verstaatlichung des größten Profiteurs der Umlage, des Unternehmens Uniper, erhoben werden soll. Habeck sorgte bei der Diskussion immer wieder für Irritationen, indem er an der Gasumlage zwar festhielt, sie gleichzeitig aber immer wieder selbst hinterfragte. Gestoppt hat die Ampelkoalition die Gasumlage nur wenige Tage, bevor sie zum 1. Oktober eingeführt werden sollte, quasi als Notbremse.

Zweifel an Kompetenz

Aus Sicht von Teilen der Grünen hat Habeck sich auch in der Frage der letzten noch im Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke als Umfaller entpuppt. Lange bestritt er mit dem Argument, Deutschland habe keine Stromprobleme, die Notwendigkeit eines sogenannten Streckbetriebs, um letztendlich doch dem zeitweiligen Weiterbetrieb von zwei Kernkraftwerken zuzustimmen.

Zweifel an der Wirtschaftskompetenz des promovierten Philosophen weckte auch sein Auftritt in der Diskussionssendung „Maischberger“ am 6. September, als er darauf beharrte, es werde durch die hohen Energiepreise in Deutschland nicht zwangsläufig zu einer Insolvenzelle kommen. Ebenfalls bei Sandra Maischberger sagte Habeck, er habe momentan gar keine Zeit, Brötchen zu kaufen und in Ruhe zu frühstücken.

Dieser larmoyante Ton ist für Habeck nicht neu. Schon als vergangenes Jahr der



Glänzt durch Wehleidigkeit statt Leistung: Wirtschaftsminister Robert Habeck

Bild: imago/Jens Schicke

ROBERT HABECK

Der grüne Wirtschaftsminister zeigt zunehmend Nerven

Nicht nur Pleiten, Pech und Pannen sprechen für eine Überforderung des einstigen Publikums Lieblings

Journalist Markus Weldenkirchen während des Bundestagswahlkampfes ihn begleitete, hatte der Grünen-Politiker geklagt, dass er stark unter Kritik stehen werde, sollte er Minister einer Bundesregierung werden.

Zweifel an Charakterstärke

Nebenbei lieferte er einen Einblick ins häusliche Privatleben. Die Beschreibung des grünen Spitzenkandidaten ging über ungewaschenes Geschirr bis hin zur Klage, er hätte am Morgen sein Müsli nur mit Wasser essen können, weil nicht einmal Milch im Haushalt vorhanden gewesen sei. Der Journalist Béla Anda kommentierte das Lamentieren des Grünen im Videoformat der „Bild“-Zeitung damals als „Mimimi“ und verwies auf die extrem hohe Arbeitsbelastung, die auf Habeck als Bundesminister erst noch zukomme.

Aufschlussreich ist auch der Blick in sein Studentenleben, den er gewährt hat. In einem Interview mit der „Zeit“ verriet er, dass er sich in der Studienzeit zeitweise komplett in der Bibliothek vergraben habe. Nach seiner Selbsteinschätzung habe dieses Leben als „radikaler Philosoph“ seinem Sozialleben nicht gut getan. Erst mit einem Umbruch habe er sein Leben wieder auf die Spur gebracht, so Habeck: „Ich floh mit einem Erasmus-Stipendium von Freiburg nach Dänemark.“

Zum Bild des überlasteten Politikers passt eine Rede, die der Wirtschaftsminister am 22. September auf einer Veranstaltung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) gehalten hat. Mit Bezug auf die Mitarbeiter seines Ministeriums sagte er: „Die Leute, irgendwann müssen die auch schlafen und essen ... Es ist jetzt kein Scheiß, den ich erzähle: Die Leute

werden krank. Die haben Burnout, die kriegen Tinnitus. Die können nicht mehr.“

Zweifel an Personalpolitik

Ein Bericht des „Handelsblatts“ hat inzwischen noch ein weiteres Detail der Arbeitsatmosphäre in dem von Habeck geführten Ministerium gezeigt. Unter Berufung auf ein internes Protokoll berichtete das „Handelsblatt“ von „Angst, Frust und Verunsicherung innerhalb der Leitungsspitze“. Vertraute des Wirtschaftsministers sollen den Verfassungsschutz auf zwei altgediente, ranghohe Mitarbeiter angesetzt haben. Beschrieben werden auch „enge familiäre Bande“ auf der Ebene der Staatssekretäre sowie eine „Grüne Clanstruktur“, die man, laut den Vorwürfen aus dem internen Protokoll, „nicht anders denn als ‚Vetternwirtschaft‘ beschreiben kann“.

HDI-UMFRAGE

Deutsche wollen weniger arbeiten

Die Abkehr vom Fördern und Fordern der Agenda 2010 fördert den Trend zum Müßiggang

Es ist einige Jahre her, da bemühte sich die damals oppositionelle FDP mit dem Slogan „Arbeit muss sich wieder lohnen“ um Wählerstimmen. Mittlerweile sitzen die Liberalen wieder in der Regierung und das Ergebnis einer neuen Umfrage muss ihnen in den Ohren klingeln. Mit 48 Prozent würde demnach knapp die Hälfte der Arbeitnehmer in Teilzeit wechseln, wenn der Arbeitgeber zustimmte. Und 56 Prozent erklärten, dass sie schnellstmöglich die Arbeit an den Nagel hängen würden, wenn sie finanziell nicht auf den Lohn angewiesen wären. „Besonders junge Berufstätige in Deutschland streben den Ergebnissen unserer Studie zufolge vehement nach mehr Freiräumen im Beruf“, berichtete Christopher Lohmann, Vorstand des Versicherungsunternehmens HDI, das die Umfrage in Auftrag gegeben hatte.

Über die Ursachen dieser Entwicklung wird gerätselt. Ein Thema ist seit Jahren das sogenannte Ehegattensplitting. Vor allem verheiratete Frauen arbeiten in Teilzeit, das bestehende Modell bevorzugt sie finanziell. Von der OECD und der EU-Kommission wurde Deutschland wiederholt für das Ehegattensplitting gerügt. Das Argument lautet, dass es Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalte. Doch keine Regierung hat sich bisher an eine Reform getraut, würde es doch die Steuerlast der Familien erhöhen, sollte die Ehefrau gehaltsmäßig zu ihrem Gatten aufschließen.

Doch es geht nicht nur um das Thema Ehegattensplitting. Einhergehend mit der mangelnden Lust zu arbeiten in der jüngeren Generation wächst die Zahl der offenen Lehrstellen. Das gilt primär für

die Niedriglohnbereiche. Einhellig klagen Handwerker, Friseure oder Pflegeunternehmen über einen Nachwuchsmangel. Viele Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluss starten gleich eine „Karriere“ als Transferleistungsbezieher.

Angetrieben von explodierenden Energiepreisen hat sich die Ampelkoalition dazu entschlossen, ein sogenanntes Bürgergeld einzuführen. Doch das sorgt für Widerspruch. Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Hans Peter Wollseifer, schlug die Hände über dem Kopf zusammen. Es werde dazu führen, „dass sich für mehr Menschen als bisher das Nichtarbeiten mehr lohnt als das Arbeiten“, sagte er der „Rheinischen Post“ und fügte hinzu: „Es sorgt für Demotivation bei denjenigen, die mit einem geringen Gehalt regulär arbeiten. Am

unteren Ende verschwimmen immer mehr die Grenzen zwischen regulärer Arbeit und dem Bürgergeld.“

Doch nicht nur im Niedriglohn-Sektor mangelt es zunehmend an der Bereitschaft zu arbeiten. Viele Abiturienten oder Hochschulabsolventen begeben sich nach dem Abschluss erst einmal auf längere Auslandsreisen. Das Motto „Leben um zu arbeiten“, hat offenbar ausgedient.

Mittlerweile wird die Viertagewoche immer beliebter. Mit 76 Prozent wünschen sich mehr als drei Viertel aller Beschäftigten laut der HDI-Umfrage einen Tag weniger Arbeit pro Woche. Das gilt für Menschen, die in sogenannten körperlichen Berufen arbeiten, aber auch für Führungskräfte, die sich mehr Freiräume und eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung wünschen.

Peter Entinger

● MELDUNGEN

Polen fordert mehr

Warschau/Potsdam – Bei den Verhandlungen zur Versorgung der PCK-Raffinerie Schwedt mit Öllieferungen über den Danziger Hafen zeichnet sich noch keine Lösung ab. Wie der rbb berichtet, hat das polnische Klimaministerium auf Anfrage mitgeteilt, die Treuhandverwaltung über die Raffinerie reiche nicht aus. Indirekt läuft dies auf eine Forderung Polens an Deutschland hinaus, dass russische Unternehmen Rosneft, das derzeit noch Mehrheitseigentümer der Raffinerie in der Uckermark ist, zu enteignen und zu verstaatlichen. Die Bundesregierung hat Rosneft-Deutschland im September unter Treuhand-Verwaltung gestellt. Nach dem Willen der Bundesregierung soll in Schwedt ab Jahresende kein russisches Öl mehr verarbeitet werden. Zwar besteht eine Pipeline vom Hafen Rostock, über die Öl aus anderen Herkunftsländern nach Schwedt transportiert werden kann, allerdings reicht die Kapazität dieser Leitung nicht aus, um PCK Schwedt rentabel betreiben zu können. N.H.

Probleme beim Block Isar 2

Landshut – In dem seit 1988 in Betrieb befindlichen Block 2 des Kernkraftwerkes Isar unweit von Landshut gibt es technische Probleme. Wie der Betreiber PreussenElectra mitteilte, muss er den Atommeiler wegen des Austauschs eines undichten Druckventils im Reaktorbereich noch in diesem Monat für mehrere Tage stilllegen, denn kommenden Monat wären die Brennelemente bereits so weit verbraucht, dass es schwierig sein würde, die Anlage aus dem Stillstand heraus wieder hochzufahren. Experten wie der Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), Uwe Stoll, halten das Vorhaben für riskant: „Eine solche Art des Hochfahrens hatten wir schlichtweg noch nicht ... Wir wissen nicht, wie sich der Reaktor bei diesem Prozess verhält.“

W.K.

USA sabotieren Chinas Mühen

Peking/Washington/Den Haag – Die Mikrochipindustrie der Volksrepublik China (VRC) hinkt trotz umfangreicher staatlicher Fördermaßnahmen technologisch etwa fünf Jahre hinter dem Branchenprimus Taiwan hinterher. Das macht umfangreiche Importe der VRC aus dem Ausland nötig. Die USA unternehmen erhebliche Anstrengungen, damit der Rückstand der Volksrepublik bestehen bleibt. So hat US-Präsident Joe Biden ein Gesetz zur Unterstützung der US-Chip-Industrie mit 52 Milliarden US-Dollar unterzeichnet, gemäß dem die Nutznießer keine Anlagen in die Volksrepublik exportieren dürfen. Auch haben die USA erfolgreich gegen den Verkauf der modernsten Baureihe von EUV-Lithographie-Systemen des niederländischen Konzerns ASML an das Reich der Mitte interveniert. ASML ist der weltweit größte und renommierteste Hersteller solcher hochkomplexen Apparaturen, ohne die es nicht möglich ist, Mikrochips der allerneuesten Generation zu fertigen.

W.K.

KOMMENTAR

Veränderte Lage

RENÉ NEHRING

Mehr als sieben Monate nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine ist ein Ende des Kriegs kaum in Sicht. Im Gegenteil: Fast zeitgleich zu einem russischen Scheinreferendum über den Beitritt von vier ukrainischen Verwaltungsbezirken sorgt eine ganze Reihe von Sprengungen an den Nord-Stream-Pipelines dafür, dass in den kommenden Monaten kein russisches Gas nach Mitteleuropa fließt. Man muss es genauso, von der Konsequenz her, formulieren. Denn die Mehrheit der deutschen Medien zeigte nach Sichtbarwerden der aufsteigenden Gasblasen in der Ostsee reflexhaft mit dem Finger nach Russland – freilich ohne einen Beleg.

Angriff auf Deutschland und Europa

Stellt man die alte Frage „Cui bono?“ (Wem nützt es?), wird man eher in eine andere Richtung schauen müssen. Der ehemalige polnische Außenminister Radosław Sikorski zumindest setzte auf Twitter unter ein Bild von dem Sabotage-Akt die Worte „Thank you, USA“. Schnell kursierten im Netz Video-Schnipsel einer Rede von US-Präsident Joe Biden vom 7. Februar 2022, in dem er ankündigte, dass im Falle eines russischen Angriffs gegen die Ukraine die USA das Nord-Stream-Projekt beenden werde.

Ein Beweis dafür, dass die US-Amerikaner den Sabotage-Akt auch tatsächlich verübt haben, ist das freilich nicht, ebenso wenig wie der Umstand, dass der Nachrichtendienst Bloomberg vor Wochen berichtete, dass sich die US-Gasexporte nach Europa seit Ausbruch des Krieges verdreifacht haben. Und doch kann niemand von denen, die Russland für den Anschlag verantwortlich machen, erklären, welchen Sinn es für die Russen haben soll, Gasleitungen, für deren Bau sie etliche Milliarden Euro investiert haben, in die Luft zu jagen. Wenn sie dem Westen schaden wollen, brauchen sie nur den Gashahn zuzudrehen.

Was im Rahmen der Nord-Stream-Sabotage auffällt ist die Sprachlosigkeit der deutschen und europäischen Politik. Denn die Gasleitungen waren nie ein deutsch-russisches Sonderwegs-, sondern ein europäisch-russisches Gemeinschaftsprojekt. An Nord Stream 1 sind nicht nur Gazprom, Wintershall und E.ON beteiligt, sondern auch der niederländische Staatsbetrieb Gasunie

und der französische Energieversorger Engie. Nord Stream 2 wurde von mehreren westlichen Partnern finanziert.

Dies gilt es zu berücksichtigen bei der Bewertung der möglichen Folgen des Sabotage-Akts. Dieser war nicht nur ein Angriff gegen die Infrastruktur Russlands oder Deutschlands, sondern gegen mehrere Staaten der Europäischen Union und damit gegen die EU insgesamt. Dieses Faktum spricht – bei allen Argumenten, die für eine US-Verantwortung sprechen – gegen eine Täterschaft der USA. Denn eine vorsätzliche Zerstörung ihrer Energieversorgung können die Europäer niemandem durchgehen lassen. Käme heraus, dass Washington hinter den Anschlägen steckt, wäre die NATO in einer kaum zu reparierenden Weise beschädigt.

Letztlich mag man nicht glauben, dass einer der Kriegsparteien, so – pardon – blöd ist, einen solchen Akt zu begehen. Und doch hat es jemand getan.

Nochmal zur Sprachlosigkeit der hiesigen politischen Akteure: Wie in jeder Situation sollte man sich auch jetzt davor hüten, Akteure vergangener Zeiten zu glorifizieren. Auch sie waren in ihren aktiven Tagen keineswegs unumstritten. Und doch fällt es schwer zu glauben, dass Männer wie Konrad Adenauer, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl oder – weiter zurückliegend – Gustav Stresemann und Otto v. Bismarck ähnlich teilnahmslos geblieben wären wie die heutigen Verantwortlichen.

Putins runder Geburtstag

Apropos Verantwortliche: Der wichtigste Akteur in dem Geschehen ist noch immer der russische Präsident. Wladimir Putin wird am Freitag dieser Woche 70 Jahre alt. Was an diesem Tag in seinem Inneren vorgeht, weiß außer ihm niemand. Seit seinem Betreten der Weltbühne hat er zumindest immer wieder davon geträumt, die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verloren gegangene Größe Russlands wiederherzustellen. Damit ist er gescheitert.

Scheitern werden freilich auch diejenigen, die glauben, Russland besiegen zu können. Mögen die Ukrainer derzeit auch in zahlreichen Operationen die russischen Eindringlinge zurückdrängen, so bleibt Russland doch auch künftig ein Faktor der europäischen Politik, an dem auf Dauer niemand vorbei kann.



Hierauf fordert die Deutsche Umwelthilfe von Staat und Gesellschaft Verzicht: Weihnachtsbeleuchtung

KOLUMNE

Deutschlands Zustand

FLORIAN STUMFALL

Deutschland ist in einem schlechten Zustand. In einem der einst führenden Industrieländer der Welt ist es möglich geworden, dass die rote Bürgermeisterin der Hauptstadt eine stundenweise Abschaltung des Stroms für „vertretbar“ hält. Und es ist möglich geworden, ohne dass ein großer Aufschrei erfolgt wäre. Das zeigt, was noch wirksam ist in diesem Land: die stete Indoktrination, welche die Menschen gefügig hält.

Zu dem Scheitern der Energiewende als einer Todesgefahr für die ganze Wirtschaft kommt die finanzielle Lage. Deutschland ist – wie der EU-Raum insgesamt – horrend überschuldet, und diese Schulden steigen jeden Tag. Einst wurde den gläubigen Menschen der Maastricht-Vertrag vorgezeigt, gemäß dem die Verschuldung 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nicht überschreiten darf. Der Durchschnitt der Euro-Zone beträgt rund 95 Prozent, derjenige Deutschlands liegt zumindest bei 65, und Griechenland bringt es auf 190 Prozent des BIP.

Immer mehr deutsche Betriebe gehen ins Ausland. Dabei sind die vaterlandslosen großen multinationalen Kapitalgesellschaften gar nicht das ärgste Problem, wenn man vom drohenden Ruin der deutschen Automobilindustrie einmal absieht. Noch mehr muss der Umstand Sorge bereiten, dass auch der Mittelstand abwandert, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, bestehend aus Betrieben, die hier im Land sogar Steuern zahlen. Viele von denen, die nicht weg können, sind von Insolvenz bedroht.

Scheitern der Energiewende

So auch in der Bauindustrie. Dort ist die Lage gekennzeichnet von einem seit Jahren anhaltenden Mangel an Wohnraum. Gleichzeitig aber kommen seit 2015 jährlich Zigarettausende von Zuwanderern ins Land – seit dem Beginn des Ukrainekriegs sind es allein eine Million –, und niemand der politisch Verantwortlichen sieht sich genötigt einzuschreiten. Der Bedarf an Wohnraum wächst jährlich um den Umfang einer Großstadt. Insolvenzen in der Bauindustrie bei gleichzeitigem Wohnraumangel – das ist ein rot-grünes Novum in der Geschichte der deutschen Wirtschaft.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs ist nicht

mehr gewährleistet. Die Preise steigen fast täglich, bei Energie-intensiven Produkten summiert sich das teils auf mehrere hundert Prozent. Es droht eine ernsthafte Inflation. Mit Einbruch des Winters steht Deutschland zudem vor dem Beginn einer Rezession.

Zwar geht es den anderen EU-Ländern nicht viel besser, doch hat man nicht stets die ständige Ausweitung und gleichzeitige Vertiefung, sprich Zentralisierung, der EU mit der Notwendigkeit begründet, Gefahren wie die beschriebenen künftig gemeinsam abzuwenden?

Die Schere zwischen den politischen Obsessionen und der Wirklichkeit geht täglich weiter auseinander

Doch das Versagen der Brüsseler Bürokraten ist durchgehend. Um diesen Gegenstand nicht ausufern zu lassen, nur zwei Beispiele, allerdings ganz zentrale:

Nichts ist, erstens, so konsequent und vollständig unter EU-Kommando wie die Landwirtschaft. Das hat eine bedenkliche Folge nach sich gezogen. Über 10.000 Jahre war die Landwirtschaft die Grundlage für den Reichtum der Staaten und die Wohlfahrt der Menschen. Heute ist sie zum Kostenfaktor geworden, der jährlich 60 Milliarden Euro verschlingt.

Zum zweiten: Seit es Geldwirtschaft gibt, das heißt seit rund 3000 Jahren, haben die Währungen die Leistungsfähigkeit der Staaten widerspiegelt, denen sie zugeordnet waren. Der Euro heute aber ist die erste Währung der Weltgeschichte, die Geld kostet – what ever it takes – und keines darstellt. Jeder Rettungsschirm sowie das Tun und Treiben der EZB sind eine öffentliche Klage gegen dieses Übel.

Welches politische Personal hat der Wähler mit der Aufgabe betraut, die Dinge zum Besseren zu wenden? Die Antwort ist ernüchternd. Obenan steht ein Kanzler, der in einen handfesten Korruptionsskandal verwickelt ist und dazu an einer bedauerlichen Vergesslichkeit lei-

det. Sein Vize und Wirtschaftsminister weiß nicht, was eine Insolvenz ist. Die Verteidigungsministerin befindet sich im mentalen Krieg gegen die Bundeswehr. Der Gesundheitsminister ist verhaltensauffällig. Die Außenministerin versetzt ihre Leute in Qualen und fremde in Erstaunen, sobald sie sich ohne Manuskript äußert. Der Finanzminister gießt mit 200 Milliarden Sonderzuweisungen strategisch wirksam Öl in den Brand der Geldentwertung. Die Innenministerin kokettiert mit Linksextremen und Islamisten. Der Justizminister schafft Einrichtungen zur Erleichterung von Denunziationen und so fort.

Deutschlands politisches Personal

Welche Gegenstände werden von den politisch Verantwortlichen und deren propagandistischem Umfeld einschließlich aller möglichen Interessensgruppen und Sektierern als wichtig erachtet? Ganz oben steht natürlich das Klima, obwohl man wissen sollte, dass die Wissenschaft nicht fähig ist, darauf einen zielgerichteten und gefahrlosen Einfluss zu nehmen. Dicht darauf folgt die politische Korrektheit von Cancel Culture bis zur kulturellen Aneignung. Nicht minder wichtig ist das Gender-Unwesen, in dessen Rahmen bereits Siebenjährigen erlaubt sein soll, ihr physisches Geschlecht medizinisch zu tilgen, so jedenfalls ein SPD-Unterbezirk. Der Mitteldeutsche Rundfunk sucht in Filmklassikern nach „rassistischen Stereotypen“ und „Diskriminierung“. Der Verein Deutscher Ingenieure will angesichts der Vielzahl der Geschlechter Unisex-Toiletten. Die grüne Familienministerin von NRW fordert das verbriefte Recht, in der Öffentlichkeit zu stillen. Die Tierschutzorganisation PETA will über Männer, die Fleisch essen, ein Verbot von Sex und Fortpflanzung verhängen. Die Deutsche Umwelthilfe will keine Weihnachtsbeleuchtung, auch nicht in privaten Wohnungen. Berlin richtet die erste schwul-lesbische Kita ein und so fort.

Die Schere zwischen den politischen Obsessionen und der Wirklichkeit geht täglich weiter auseinander. Deutschland ist nicht in einem schlechten Zustand. Es befindet sich im schlechtesten Zustand seit der Währungsreform 1948.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 25. August des Jahres 822 weihte der Paderborner Bischof Badurad am Ufer der Weser das für den Bau des Benediktinerklosters Corvey ausersehene Gelände. Nachdem die ersten Bauten errichtet waren, ließen sich die Mönche am 26. September in dem zwei Kilometer von Höxter entfernt gelegenen Corvey nieder. Die katholische Gemeinde Corveys ist mit 144 Mitgliedern eine der kleinsten in Deutschland. Aber das Klosterjubiläum wird von ihr bis weit ins nächste Jahr hinein groß gefeiert.

Von der alten Klosterstadt, die Kaiser Ludwig der Fromme zur Reichsabtei erhob und mit zahlreichen Privilegien ausstattete, steht noch das anno 885 geweihte Westwerk. Das aus rotem Sandstein errichtete Bauwerk ist eines der wenigen erhaltenen aus karolingischer Zeit. Zusammen mit den im Erdreich unter den barocken Neubauten verborgenen Überresten der im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Klosterstadt gehört es seit 2014 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Ursprünglich bestand das Westwerk aus zwei Treppentürmen und einem Zwischenbau, den ein weiterer Turm bekrönte. Den ließ der von 1146 bis 1158 amtierende Abt Wibald von Stablo zugunsten eines zweigeschossigen Glockenhauses abbrechen. Um 1600 erhielten die Treppentürme ihre langen spitzen Helme, die sich zu Corveys Wahrzeichen entwickelt haben.

Am erkerartigen Vorbau der Westfassade befand sich die heute durch eine Kopie vertretene Tafel mit der lateinischen Inschrift: „Beschirme diese Stadt, o Herr, und lasse Deine Engel Wächter ihrer Mauern sein.“ Die Schrifttafel „ist quasi der Grundstein der Klosterstadt“, wie Christoph Stiegemann urteilt. Der ehemalige Direktor des Paderborner Diözesanmuseums hat bedeutende kulturhistorische Ausstellungen kuratiert.

Inzwischen leitet er ein wissenschaftliches Team, das uns unter dem vielversprechenden Titel „Von Engeln bewacht – die Himmelsstadt“ die Geschichte des Klosters Corvey multimedial vermitteln



Die Himmelsstadt an der Weser

Das UNESCO-Weltkulturerbe Corvey feiert sein 1200. Klosterjubiläum

Neue Dauerausstellung will „die Steine zum Sprechen bringen“

wird. Im Westwerk lässt sich laut Stiegemann die „Verlebendigung des Vergangenen“ erleben. Der Einsatz moderner Medien macht das möglich.

Im Westwerk kann man das Erdgeschoss und die darüber gelegene Johannis Kapelle besichtigen. Stiegemann macht uns auf allerfeinste Bautechnik und kunstvoll nach antiken römischen Vorbildern ausgeführte Blattkapitelle aufmerksam. An vielen Stellen sind kleine Reste von weit über 1000 Jahre alten Wandmalereien erhalten. Bislang aber ist die sich an das Westwerk anschließende, ab 1667 erbaute Abteikirche der größte Publikumsmagnet. Sie leuchtet wie Corveys Wappen in Rot und Gold. Die den Heiligen Stephanus und Vitus geweihte Barockkirche gehört zu den bedeutendsten in Westfalen.

Künftig gibt es gläserne Schiebetüren zwischen Westwerk und Barockkirche. Sie lassen sich blickdicht schalten, um bei Führungen als Projektionsfläche für Filmeinspielungen zu dienen. In acht Minuten

vermitteln sie uns, was man über Corveys Vergangenheit und Gegenwart unbedingt wissen muss. Die frühen Jahrhunderte der Reichsabtei waren ihre Glanzzeit. Sie war ein Zentrum der Bildung, des Glaubens und der Missionierung. Bis heute erinnert die alljährliche Vitus-Prozession an die feierliche Überführung des Leibes des heiligen Märtyrers Vitus von dem bei Paris gelegenen Kloster St. Denis nach Corvey, die im Jahre 836 stattfand.

Preußenkönig ernannte Fürsten

Der barocke Neubau des im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Klosters war 1740 vollendet. Gestalterische Höhepunkte sind der mit roten und blauen Farbschleiern überzogene Kreuzgang sowie der zwei Geschosse beanspruchende Kaisersaal mit den Darstellungen Karls des Großen, Ludwigs des Frommen und 18 weiterer Herrscher. Papst Pius VI. wandelte das Kloster und seinen Landbesitz 1792 in ein Fürstbistum um. Es wurde 1803 säkularisiert. Landgraf Viktor Amadeus von Hes-

sen-Rotenburg vererbte 1834 seine außerhessischen Besitzungen Ratibor und Corvey an seinen Patensohn Viktor zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Den erhob König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen anlässlich seiner Erbhuldigung am 15. Oktober 1840 zum Herzog von Ratibor und Fürst zu Corvey. Das in weiten Teilen zum Schloss umgebaute Kloster und seine Besitzungen sind bis heute Eigentum der herzoglichen Familie, während die Abteikirche und das Westwerk der Kirchengemeinde gehören.

Zum neuen Publikumsmagneten soll der Johannischor des Westwerks werden. Hier plant Stiegemann ein Farbfeuerwerk, obwohl von den auf die Wände gemalten Ornamentbändern, Akanthusranken, geometrischen Mustern und illusionistischen Architekturelementen nur kleine Reste erhalten sind. Die erstaunlichsten sind die für das christliche Mittelalter einzigartigen Darstellungen aus der antiken Mythologie: Odysseus besiegt das Meeresungeheuer Skylla. Über sechs Pfeilern ist der

Putz abgeschlagen. Hier lassen sich bei genauem Hinsehen rote Vorzeichnungen lebensgroßer Figuren entdecken. Die waren als Stuckreliefs ausgeführt, wie die unter dem heutigen Fußboden zu Tage gekommenen Fragmente verraten.

Erstaunlicherweise reichen diese spärlichen Relikte von Malerei und Stuck aus, um mit Hilfe digitaler Technik das ursprüngliche Erscheinungsbild des Johannischores auferstehen zu lassen. Zu diesem Zweck können sich die Besucher Tablets ausleihen. Auf eine bestimmte Stelle im Raum gerichtet, erscheint auf dem Display das ursprüngliche Aussehen wie zum Beispiel Stuckfiguren von zwei Frauen und vier Männern in kräftig roter und grüner Kleidung. Für das kommende Jahr kündigt Stiegemann die grundlegende Neukonzeption der Dauerausstellung in Corveys Schlossmuseum an, bei der er die „Steine zum Sprechen bringen“ will.

● www.welterbe-corvey.de; www.welterbewestwerkcorvey.de

500 JAHRE LUTHER-BIBEL

Ehre, dem Ehre gebührt

Luthers geniale Übersetzung – Sonderausstellung zu 500 Jahre Neues Testament auf der Wartburg

Dank einer Scheinentführung, die sein Landesherr Friedrich der Weise veranlasste, verbarg sich der von der Reichsacht bedrohte Martin Luther von Mai 1521 bis März des folgenden Jahres auf der Wartburg. Dort übersetzte er binnen elf Wochen das Neue Testament ins Deutsche. Aber damit war es nicht getan, wie die auf der Wartburg gezeigte Sonderschau „Luther übersetzt. Von der Macht der Worte“ darlegt. Sie stellt überdies die Geschichte der Wartburg als Lutherstätte vor.

Zurück in Wittenberg, überarbeitete Luther gemeinsam mit Philipp Melancthon seine Übersetzung. Das Ergebnis ist das ohne Nennung des Verfassers herausgegebene „Newe Testament Deutzsch“, dessen Druck Melchior Lotter der Jüngere am 21. September 1522 in seiner Offizin abschloss. Es wird daher „Septembertestament“ genannt. Wegen der großen Nachfrage kam bereits drei Monate später die als „Dezembertestament“ bekannte, an 574 Stellen überarbeitete zweite Auflage heraus.

Die erste vollständige Bibel legten Luther und sein aus Wittenberger Reformatoren bestehendes Übersetzerteam 1534 vor. Freilich gab es bereits zuvor deutsche

Bibeln. Aber das Neue an der von Luther angeführten Übersetzertätigkeit war der Rückgriff auf den griechischen Urtext für das Neue Testament und den hebräischen für das Alte Testament, während sonst die Übertragung der Texte aus dem Lateinischen üblich war. Im Dienste bestmöglicher Verständlichkeit zog Luther häufig die sinngemäße der wörtlichen Übertra-

gung vor. Um die zu erreichen, schaute er dem einfachen Volk „auf das Maul“.

Luther gab sich mit dem erreichten Stand der Übersetzung nie zufrieden. Davon zeugen Georg Rörers handschriftliches „Protokoll der Bibelrevision von 1539 bis 1541“ und Luthers Handexemplar der Vollbibel von 1538/39, in die er und weitere Reformatoren Anmerkungen und Än-

derungsbeschlüsse eingetragen haben. Mit seinen Übersetzungen leistete Luther einen grundlegenden Beitrag zur Vereinheitlichung der deutschen Schriftsprache. Viele seiner Wortschöpfungen und Redewendungen sind noch heute gebräuchlich. Etwa „Geben ist seliger denn Nehmen“, „Ehre, dem Ehre gebührt“ oder „Nächstenliebe“ und „Gewissensbisse“.

Die Lutherstube der Wartburg ist zwar der authentische Ort des Beginns seiner Übersetzertätigkeit. Aber original ist in dem mit Tisch, Stuhl und Kachelofen eingerichteten Raum gerade einmal dessen Verkleidung mit Bohlen. Gleichwohl war man in der Vergangenheit bestrebt, mittels Einrichtungsgegenständen für eine authentisch wirkende Atmosphäre zu sorgen. Etwa mit Cranachs um 1527 gemalten Porträts der Eltern des Reformators. Sie und viele andere Objekte wurden in den 1970er Jahren entfernt. Wir finden die wertvollsten mit dem Hinweis, dass sie früher in der Lutherstube präsentiert wurden, in der Dauerschau des Wartburgmuseums wieder. *V.-M. Thiede*



Handschriftliche Änderungswünsche: Luthers Handexemplar der Bibel Foto: Thiede

● Bis 6. November auf der Wartburg. Täglich 9 bis 17 Uhr. www.wartburg.de

● MELDUNGEN

Kleist, der Romantiker

Frankfurt an der Oder – Vom 8. Oktober bis zum 15. Januar geht das Kleist-Museum in der neuen Sonderausstellung „Kleist romantisch“ der Frage auf den Grund, ob der Dichter Heinrich von Kleist ein Romantiker war. Die Schau legt Parallelen sowie Unterschiede dar zu romantischen Zeitgenossen wie Eichendorff oder E.T.A. Hoffmann. Mit „Feuergeist“ ist daneben ein von Kunststudenten entwickelter Graphic Novel über das Leben Kleists erschienen, den es auch in Ausgaben mit englischen und polnischen Untertiteln gibt (14,95 Euro). *tws*

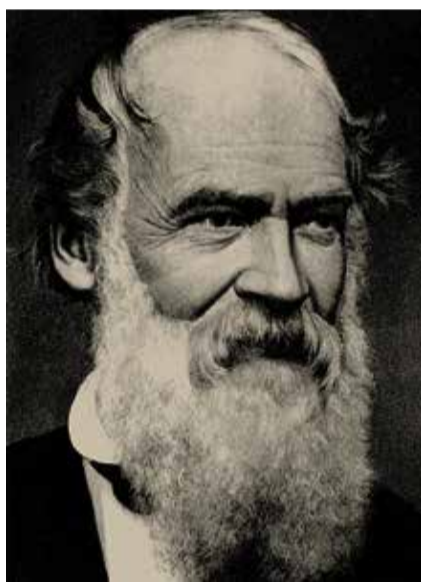
Grass in Indien

Lübeck – Am 7. Oktober eröffnet im Günter-Grass-Haus die neue Sonderausstellung „Indienbilder – von Mutter Teresa bis Günter Grass“. Die bis 15. Februar laufende Schau thematisiert unterschiedliche Sichtweisen deutscher Reisender auf Indien in verschiedenen Jahrhunderten. Internet: www.grass-haus.de *tws*

PHILIPPE SUCHARD

Schokolade für Friedrich Wilhelm IV.

Nicht nur Naschkatzen dürfte „Suchard“ ein Begriff sein. Das Wort weckt Assoziationen an hochwertige Schokolade. Heutzutage ist „Suchard“ nur noch eine Marke des in Deerfield, Illinois, sitzenden börsennotierten Lebensmittelkonzerns Mondelez International. Einst indes war Suchard selbst ein Lebensmittelhersteller, der seinerseits über namhafte Marken verfügte. Ende des 19. Jahrhunderts war Suchard der größte Schokoladenproduzent der Welt. 1901 wurde seine vielleicht bekannteste Marke registriert: „Milka“,



Vor 225 Jahren geboren: Philippe Suchard Foto: pa

zusammengesetzt aus den Anfängen von „Milch“ und Kakao“.

Die Geschichte der heutigen Marke und des einstigen Unternehmens „Suchard“ geht auf einen Mann dieses Nachnamens zurück, der vor 225 Jahren, am 9. Oktober 1797, in Boudry am zu Welt kam: Philippe Suchard. Sein Geburtsort lag geographisch im Land der Milch- und Schokoladespezialisten Schweiz und politisch im von den Preußenkönigen in Personalunion regierten Fürstentum Neuenburg.

Der Gastwirtssohn begann eine Zuckerbäckerlehre in der Berner Confiterie seines Bruders Frédéric, deren Teilhaber er schließlich wurde. Doch dann wollte der unternehmungslustige Schweizer sein Glück in der Neuen Welt versuchen. 1824 ging es los. Kurze Zeit später war er zwar wieder zurück, der Aufstieg zum Millionär war ihm dort verwehrt geblieben, aber er war deshalb nicht etwa desillusioniert und niedergeschlagen, sondern vielmehr trotz seines Misserfolgs beeindruckt vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten und inspiriert.

1825 eröffnete er in Neuenburg eine eigene Confiterie mit von Hand hergestellter „feiner hausgemachter Schokolade“. Bereits im darauffolgenden Jahr wurde die Produktion der Schokolade in eine leerstehende Mühle im Neuenburger Vorort Serrières ausgelagert. Die dortigen Maschinen konstruierte das Multitalent selbst, deren Antrieb erfolgte über Wasserkraft.

Suchards Expansionsstreben war unternehmerisch nicht ungefährlich, aber 1842 gelang ihm der Durchbruch dank eines Großauftrags seines Landesherren Friedrich Wilhelm IV. Preise auf den Weltausstellungen 1851 in London und 1855 in Paris folgten. Da Suchard in Tochter und Schwiegersohn würdige Nachfolger fand, erlitt der Aufstieg seines Unternehmens durch seinen Tod am 14. Januar 1884 in Neuenburg keinen Abbruch.

Manuel Ruoff

KONTINENTALSPERRE

Als Frankreich versuchte, England mit Sanktionen in die Knie zu zwingen

Vor etwas mehr als zweihundert Jahren haben sich die Deutschen schon einmal an der Seite einer westlichen Führungsmacht an einem großen Wirtschaftskrieg gegen eine Großmacht beteiligt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit es Konflikte zwischen Staaten gibt, wird auch zu Wirtschaftsanktionen gegriffen, um den Feind in die Knie zu zwingen. Insofern sind die jetzigen Maßnahmen gegen Russland als Reaktion auf den Einmarsch der Truppen Moskaus in die Ukraine kein Novum.

Zu der Strategie, die gegnerische Seite daran zu hindern, Einnahmen durch den Export von Waren oder Rohstoffen zu erzielen und im Gegenzug überlebenswichtige oder strategisch unverzichtbare Güter zu importieren, griff auch Napoleon I., nachdem er am 21. Oktober 1805 die Seeschlacht von Trafalgar verloren und seine Pläne für eine Eroberung der britischen Inseln hatte begraben müssen. Damit knüpfte er an frühere Wirtschaftssanktionen und Embargomaßnahmen Frankreichs gegen England ab 1793 an, die nun noch deutlich verschärft wurden.

Am 21. November 1806 erließ der Kaiser der Franzosen nach dem Sieg über die preußisch-sächsische Armee in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt das von ihm selbst verfasste Berliner Dekret, in dem es unter anderem hieß: „Die britischen Inseln sind in Blockadezustand erklärt ... Der Handel mit englischen Waren ist untersagt ... Kein Fahrzeug, das direkt aus England oder den englischen Kolo-

nien kommt, ... darf in irgendeinem Hafen aufgenommen werden.“

Dieser sogenannten Kontinentalperre mussten sich aufgrund der französischen Übermacht bis Ende 1807 sämtliche europäischen Staaten mit Ausnahme von Schweden anschließen. Napoleon setzte vor allem auf die Unterbrechung der Getreideimporte der britischen Industrienation aus dem Baltikum und der Holzlieferungen für die englischen Marinewerften aus Russland sowie die völlige Unterbindung der Exporte von der Insel auf das europäische Festland. Letzteres sollte, so der Plan, gravierende Einnahmeverluste aufseiten des Vereinigten König-

reiches nach sich ziehen und dessen Wirtschaft ruinieren.

Doch dieser Plan ging nicht auf, obgleich Großbritannien zunächst mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. So kam es tatsächlich zu Engpässen beim Holz, bis Kanada in die Bresche sprang. Auch stiegen die Weizenpreise auf das Dreifache, was zu sozialen Unruhen führte. Allerdings konnte das Empire weiter Handel mit seinen Kolonien treiben und darüber hinaus neue Absatzmärkte in Südamerika und anderswo gewinnen, da die französische Seemacht gebrochen war. Außerdem umging Großbritannien die Blockade durch einen schwunghaften Schmuggel über das Osmanische Reich einschließlich des Balkans sowie die Nordseeinsel Helgoland.

Zum Schaden Deutschlands

Während das geplante Opfer der Kontinentalperre also relativ ungeschoren blieb und seine wirtschaftlichen Positionen außerhalb Europas sogar ausbauen konnte, nahm das Land des Initiators der Sanktionen schweren Schaden. Denn die britische Gegenblockade zur See führte zu einer dramatischen Wirtschaftskrise in Frankreich, weil der Außenhandel über See kollabierte und die Verbindung zu den eigenen Kolonien weitgehend abbrach. Andererseits profitierte die zumindest für Kontinentalverhältnisse vergleichsweise

fortschrittliche französische Industrie von der Ausschaltung der britischen Konkurrenz auf dem Kontinent.

Ganz ähnlich wie heute gehörte Deutschland zu den Leidtragenden des von einem fremden Machthaber angezettelten Wirtschaftskrieges. Damals fehlten insbesondere essentielle Rohstoffe aus Übersee sowie die hochwertigen Industrieprodukte aus England, dem Innovationsmotor schlechthin. Andererseits entstanden dadurch starke Anreize, den eigenen Maschinenbau anzukurbeln und nach einfach herzustellenden Ersatzprodukten für Kaffee, Rohrzucker, Naturfarbstoffe und Ähnlichem zu suchen. Damit wurde letztlich die Grundlage für die deutsche Chemie- und Schwerindustrie geschaffen.

Zu hoffen, dass es heute im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Russland hierzulande zu ähnlich segensreichen Effekten kommen wird, wäre allerdings naiv. Das weitere Beschreiten der Sackgasse „Energiewende“ lässt sich in keiner Weise mit den substantiellen und teilweise bis in die Gegenwart nachwirkenden wirtschaftlichen Fortschritten vergleichen, die aus der Kompensation der negativen Auswirkungen der Kontinentalperre resultierten.

Im Sommer 1810 sah sich Napoleon schließlich wegen der gravierenden Belastungen für die eigene Wirtschaft und Bevölkerung gezwungen, zurückzustecken und die Dekrete von Saint-Cloud und Trianon zu erlassen. Durch diese wurde die Einfuhr von britischen Kolonialwaren nach Frankreich ermöglicht, allerdings wurden diese Einfuhren mit hohen Zöllen und Abgaben an den Staat belegt, welche die Produkte erheblich verteuerten und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit schmälerten. Die Wiederaufnahme von Getreideausfuhren nach England machte die Kontinentalperre praktisch wirkungslos.

Widerstand Russlands

Der endgültige Todesstoß für die Wirtschaftssanktionen gegen Großbritannien kam am 31. Dezember 1810. An dem Tag unterzeichnete Zar Alexander I. einen Ukas, mit dem er alle russischen Häfen für neutrale Schiffe mit englischen Waren an Bord öffnete, weil sein Land diese dringend benötigte. Das war einer der Gründe für Napoleons späteren Einmarsch in Russland, dessen katastrophales Scheitern das Ende der Herrschaft des Kaisers der Franzosen einleitete und die Kontinentalperre obsolet machte.

Wie weiland bei Frankreichs Kontinentalperre gegen Großbritannien leidet heute bei den Russlandsanktionen von USA und EU deren Wirksamkeit darunter, dass sich nicht die gesamte internationale Gemeinschaft geschlossen daran beteiligt. Auch jetzt schließen sich manche Länder den Sanktionen nicht an oder unterlaufen sie gezielt. Heute ist die Zahl und das wirtschaftliche Gewicht dieser Staaten sehr viel größer als damals. Deshalb wäre der Versuch, Abweichter zum Mitmachen zu zwingen, wie ihn Napoleon unternahm, noch aussichtsloser als sein damaliger Russlandfeldzug.

Aber auch ohne ein derart spektakuläres Scheitern könnten die Teilnehmer an den Russlandsanktionen wie jene an der Kontinentalperre letztlich auf der Verlierer- statt auf der Gewinnerseite stehen – mit Ausnahme der Vereinigten Staaten versteht sich, die Europa nun faktisch zum wirtschaftlichen Kanonenfutter degradiert haben.

Der Wirtschaftskrieg Frankreichs und seiner Verbündeten gegen Großbritannien führte schließlich zu deren heißem und blutigem Krieg gegen Russland



Auch schon damals gab es Sachsen, die sich an dem Wirtschaftskrieg nicht beteiligen wollten: Französische Soldaten untersuchen an Leipzigs Stadttor Passanten nach englischer Ware Foto: Wikimedia

SIEMENS & HALSKE

Ein bisschen wie Carl Zeiss und Ernst Abbe

Vor 175 Jahren gründeten ein Meister seines Handwerks und ein innovativer Kopf in Berlin eine „Telegraphen Bau-Anstalt“

VON MANUEL RUOFF

Der deutsche Branchenriese Siemens wird diesen Herbst 175 Jahre alt. Für die heutige Siemens AG wäre diese Aussage im engeren Sinne unzutreffend. Vielmehr gründeten Johann Georg Halske und Werner Siemens 1847 in Berlin die „Werkstatt Halske“, eine „Telegraphen Bau-Anstalt“ mit Sitz in Berlin.

Halske war mit zwei Jahren Abstand der ältere der beiden. 1814 wurde der Sohn eines Zuckermaklers und ehrenamtlichen Stadtrats in Hamburg geboren. Doch schon früh kam er nach Berlin, wo er auch eine gymnasiale Ausbildung genoss. 1828 folgte eine Lehre als Präzisionsmechaniker. 1844 eröffnete er in der Spreemetropole mit dem Mechaniker Friedrich M. Boetticher eine Werkstatt für den Bau chemischer und mechanischer Apparate.

Zu den Kunden gehörten die Institute der Universität und deren Dozenten. So entwickelte und baute Halske beispielsweise elektromedizinische Geräte wie Schlitten-Induktoren für den Begründer der experimentellen Elektrophysiologie und Mitbegründer des Faches Physiologie als naturwissenschaftliche Disziplin Emil du Bois-Reymond.

Halske arbeitete also an der Schnittstelle von Handwerk und Wissenschaft und ist in dieser Hinsicht Carl Zeiss nicht unähnlich. Sein Pendant zu Ernst Abbe, also seinen Erfinder, mit dem er einen Weltkonzern gründete, lernte er nicht über die Universität kennen, aus der seine Kunden stammten, sondern wohl in einer kaum weniger ehrwürdigen wissenschaftlichen Institution: der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin.

Diese Physikalische Gesellschaft zu Berlin, die heute als Deutsche Physikalische Gesellschaft Deutschlands älteste und mit mehr als 55.000 Mitgliedern auch die weltweit größte physikalische Fachgesellschaft der Welt ist, wurde 1845 in Preußens Hauptstadt gegründet. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten neben Wissenschaftlern wie Halskes Kunde du Bois-Reymond, Hermann Helmholtz oder Rudolf Virchow auch Halske selbst und Siemens.

Ein Jahr später wurde Siemens bei Halske und Boetticher vorstellig und präsentierte seinen Zeigertelegraphen. Ähnlich wie Zeiss bei Abbe erkannte Halske bei Siemens dessen Potential. Halske beendete die Zusammenarbeit mit Boetticher und bereitete mit Siemens die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens vor. Im September 1847 wurden in unmittelbarer Nähe des Anhalter Bahnhofs, in der Schöneberger Straße 19, je eine Wohnung für die beiden gemietet sowie eine gemeinsame Werkstatt mit einer Fläche von 3000 Quadratmetern.

Ein Vergleich drängt sich auf

Was anfänglich fehlte, war ausreichendes Kapital. So kam Siemens' elf Jahre älterer Vetter Johann Georg Siemens ins Spiel. Er stellte bis 1854 10.000 Taler gegen eine Gewinnbeteiligung von 20 Prozent zur Verfügung. Nun konnte es losgehen. Am 1. Oktober wurde das neue gemeinsame Unternehmen gegründet, am 7. Oktober erhielt Siemens das seit fünf Monaten sehnsüchtig erwartete Patent „auf eine neue Art elektrischer Zeigertelegraphen und eine damit verbundene Vorrichtung zum Drucken von Depeschen“, am 9. Oktober wurde die mechanische Werkstatt als gewerblicher Betrieb beim Königlichen Gewerbe-Steuernamt angemeldet und am 12. Oktober wurde der Betrieb aufgenommen.

Kurioserweise fehlte anfänglich im Firmennamen jeglicher Hinweis auf Siemens. Letzterer war noch aktiver Offizier und durfte neben dem Dienst nicht unternehmerisch tätig sein. So wurde erst 1851 aus der „Werkstatt Halske“ die „Telegraphen-Bauanstalt Siemens & Halske“.

Die Produkte des Unternehmerspans Halske und Siemens verkauften sich ähnlich gut wie die des Gespanns Abbe und Zeiss. Die fortschrittlichen Ideen des einen, vom anderen handwerklich präzise und hochwertig umgesetzt, führten in beiden Fällen zum Erfolg. Im Falle von Halske und Siemens kam der beginnende Boom der Telegraphie hinzu. Das richtige Produkt zur richtigen Zeit.

Bei Halske und Siemens war es wie bei Zeiss und Abbe jeweils der Erfinder und nicht der Feinmechaniker, der längerfristig die Entwicklung des Unternehmens



Das kleinere „H“ auf dem großen „S“ im Logo (l.u.) erinnerte noch an Halske: Präsentation eines Produkts von Siemens & Halske vor der Hannovermesse des Jahres 1959

bestimmte. Abbe fiel die Führung zu, da Zeiss vor ihm starb. Halske hingegen zog sich schon zu Lebzeiten aus dem Projekt zurück. Der Grund hierfür war im weiteren Sinne der schwindelerregende Erfolg, die enorme Nachfrage und die aus der Abarbeitung der vielen Aufträge resultierende atemberaubende Expansion des Unternehmens. Das dabei vorgelegte Tempo war dem grundsoliden gebürtigen Hanseaten zu schnell, drohte ihn zu übermannen. Auch zwang die Abarbeitung der Massen an Aufträgen zu Serienarbeit, Arbeitsteilung und Akkordlohn. Auch dies war dem grundsoliden Handwerker aus Berufung und Leidenschaft zuwider. 1867 zog er sich aus der Leitung des Unternehmens zurück.

Dass das in Freundschaft geschah, wie immer wieder beteuert wird, darf man wohl glauben. So ließ Halske über zwölf Jahre sein Geld im Unternehmen. Das ist umso rücksichtsvoller, als er zum einen Bedenken gegen den eingeschlagenen Kurs hatte und zum anderen grundsätzlich ein Kapitalabfluss gerade für ein junges expandierendes Unternehmen mit entsprechendem Kapitalbedarf nicht unproblematisch ist. Auch stiftete er 10.000 Taler für die Pensionskasse nach deren Einrichtung im Jahre 1872.

Aber es gibt auch Unterschiede

Auch ansonsten betätigte sich Halske nun vornehmlich gemeinnützig. Noch im Jahre seines Ausstiegs aus der Firmenleitung

wechselte er in den Vorstand des in jenem Jahr eröffneten Deutschen Gewerbe-Museums zu Berlin, des heutigen Kunstgewerbemuseums. 1881 ließ er sich sogar zu dessen stellvertretenden Vorsitzenden wählen. 1880 bis 1886 bekleidete er zudem das Amt eines ehrenamtlichen Stadtrats in Berlin. In der Reichshauptstadt starb er am 18. März 1890.

Im selben Jahr schied nach Halske nun auch der zweite Gründer des Elektrounternehmens aus der Firmenleitung aus, wenn auch nicht aus Unzufriedenheit, sondern aus Altersgründen. Zwei Jahre später, am 6. Dezember 1892, starb Siemens in Charlottenburg. 1897 erfolgte zwar eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, aber im Gegensatz zu der Halskes blieb die Familie von Siemens auch weiterhin im Unternehmen engagiert.

Als Abschluss noch ein Unterschied zwischen den Feinmechaniker-Erfindergespans Zeiss-Abbe und Halske-Siemens. Aufgrund der maßlosen Bescheidenheit des tugendhaften Menschenfreundes Abbe ist sein gemeinsames Projekt mit Zeiss heute mit dem Namen des Letzteren verbunden, also des Feinmechanikers. Beim Gespann Halske-Siemens war das umgekehrt. Zwar blieb der Firmenname „Siemens & Halske“ lange über das Ausscheiden und den Tod Halskes hinaus erhalten, doch kam es im Rahmen des Konzerns zu Neugründungen wie 1903 der „Siemens-Schuckertwerke“ und 1932 der „Siemens-Reiniger-Werke“ nur mit „Siemens“ und ohne „Halske“ im Namen. 1966 gingen dann die drei Aktiengesellschaften in der neugegründeten Siemens AG auf und „Siemens & Halske“ war Geschichte.

Die neuen Verhältnisse wurden beim Logo nachvollzogen. Lange war es ein großes „S“ für Siemens mit einem schräg darauf liegenden kleineren „H“ für Halske. Bereits in der Weimarer Zeit kam darunter der Schriftzug „SIEMENS“ hinzu. Nach dem Aufgehen von Siemens & Halske in Siemens blieb nur der Schriftzug. So verschwindet zunehmend beziehungsweise verschwand bereits mit den Erzeugnissen von Siemens & Halske auch die an beide Unternehmensgründer erinnernde Buchstabenkombination aus dem öffentlichen Raum und damit auch dem kollektiven Gedächtnis.

USA

Luxuriöse Fahrzeuge und ein harter Arbeitskampf

Beides ist mit dem Namen George Mortimer Pullmans verbunden – Vor 175 Jahren starb der Unternehmer

„Pullman“ ist insbesondere im Zusammenhang mit Fahrzeugen ein Synonym für kaum noch zu steigernden Luxus, geradezu ein Gattungsbegriff für besonders luxuriöse Schienen-, aber auch Straßenfahrzeuge. Das geht zurück auf George Mortimer Pullman. Der Legende nach versuchte der US-Amerikaner während einer nächtlichen Eisenbahnfahrt im Bundesstaat New York von Buffalo nach Westfield in seinem Sitz zu schlafen. Nachdem ihm das misslungen sei, habe er beschlossen, Eisenbahnwaggons zu bauen, in denen das möglich ist.

Gute dreieinhalb Jahrzehnte bevor er mit der Pullman Palace Car Company 1867 ein Unternehmen gründete, das entsprechend luxuriöse Eisenbahnwagen herstellte, kam er in Brocton, Chautauqua County, Bundesstaat New York, zur Welt. Das geschah am 3. März 1831. Nach dem Tode seines Vaters verließ er 1855 die Schule und zog in die Großstadt,

die noch heute mit seinem Namen verbunden ist: Chicago.

Im darauffolgenden Jahr begann in der Stadt am Südwestufer des Michigansees ein ungefähr zwei Jahrzehnte dauerndes Großprojekt: die sogenannte Anhebung von Chicago. Zur Trockenlegung wurde die Bodenfläche des Stadtzentrums um bis zu zweieinhalb Meter angehoben. Hier konnte sich Pullman an technisch führender Stelle einbringen. Denn sein Vater hatte sich bereits bei der Verbreiterung des Erie-Kanals mit der Anhebung und Verschiebung von Gebäuden beschäftigt und dafür sogar eine Maschine erfunden, die er sich 1841 hatte patentieren lassen. Zusätzliches Startkapital erwirtschaftete George Mortimer Pullman 1859 bis 1863 als Goldmakler in Golden, Bundesstaat Colorado.

Schon parallel dazu entwickelte er ab 1858 einen komfortablen Schlafwagen für die Eisenbahn. Ein halbes Jahrzehnt spä-



George Mortimer Pullman Foto: pa

ter meldete er sein Modell „Pionier“ zum Patent an. Das kostete zwar mehr als das Fünffache eines normalen Wagens, aber es verkaufte sich gut. Dabei half ihm, dass die Leiche des 1865 getöteten Präsidenten Abraham Lincoln in einem seiner Wagen von der Bundeshauptstadt Washington zum sogenannten Home of President Abraham Lincoln, Springfield im Bundesstaat Illinois, überführt wurde.

Diese weberkirkame Tour durch den Osten der USA blieb nicht die einzige Verbindung Pullmans mit der Familie Lincoln. Nach Pullmans Tode vor 125 Jahren, am 9. Oktober 1897, in seiner Schicksalsstadt Chicago war es Abraham Lincolns erster und einziger damals noch lebender Sohn, Robert Todd Lincoln, der Pullmans Nachfolge als Präsident der Pullman Palace Car Company antrat.

Mit dem Namen „Pullman“ sind jedoch nicht nur luxuriöse Wagen verbunden, sondern auch der bis dahin größte

Arbeiterprotest in den USA. Wie viele patriarchalische Großunternehmer hatte auch Pullman eine Arbeitersiedlung errichtet. In seinem Falle handelte es sich um eine ganze Industriestadt namens „Pullman“. Neben den Arbeiterunterkünften gehörte auch die Infrastruktur seinem Unternehmen und wurde von diesem betrieben, bestimmte damit auch das Preisniveau in der Stadt.

In der Wirtschaftskrise von 1893 nahm das Unternehmen drastische Lohnkürzungen vor, behielt aber die Preise bei. Das führte zu Streiks und Protesten. Diese wurden gegen den Willen des Gouverneurs von Illinois und des Bürgermeisters von Chicago auf Geheiß des Präsidenten der USA mithilfe Tausender Polizisten, Nationalgardisten und Soldaten der U.S. Army 1894 gewaltsam beendet. Abgesehen von dem Sachschaden kosteten die blutigen Auseinandersetzungen 13 Menschen das Leben, 57 wurden verletzt. M.R.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vom Schutzbereich der Meinungsfreiheit umfasst sind ... Meinungen, das heißt durch das Element der Stellungnahme und des Dafürhaltens geprägte Äußerungen. Sie fallen stets in den Schutzbereich von Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes, ohne dass es dabei darauf ankäme, ob sie sich als wahr oder unwahr erweisen, ob sie begründet oder grundlos, emotional oder rational sind, oder ob sie als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt werden ... Sie verlieren diesen Schutz auch dann nicht, wenn sie scharf und überzogen geäußert werden ... Der Meinungsäußernde ist insbesondere auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen zu teilen, da das Grundgesetz zwar auf die Werteloyalität baut, diese aber nicht erzwingt.“

So urteilte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in Reaktion am 28. November 2011 auf eine Verfassungsbeschwerde anlässlich einer Verurteilung wegen Beihilfe zur Verunglimpfung des Staates gemäß Paragraph 90a des Strafgesetzbuchs.

„Vertrauen erschüttern“ reicht

Knapp zehn Jahre später führte das Bundesamt für Verfassungsschutz einen neuen „Phänomenbereich“ namens „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ ein. Wen das Amt dabei genau im Auge hatte, teilte die Behörde unter anderem in ihrem Verfassungsschutzbericht für 2021 mit: „Die Akteure dieses Phänomenbereichs zielen ... darauf ab, wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Geltung zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates oder seiner Einrichtungen erheblich zu beeinträchtigen. Sie machen demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen von Legislative, Exekutive und Judikative verächtlich, sprechen ihnen öffentlich die Legitimität ab und rufen zum Ignorieren behördlicher oder gerichtlicher Anordnungen und Entscheidungen auf.“

Weiter heißt es in der Definition des Inlandsgeheimdienstes: „Diese Form der Delegitimierung erfolgt meist nicht durch eine unmittelbare Infragestellung der Demokratie als solche, sondern über eine ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung von demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates und ihrer Entscheidungen. Hierdurch kann das Vertrauen in das staatliche System insgesamt erschüttert und dessen Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden. Eine derartige Agitation steht im Widerspruch zu elementaren Verfassungsgrundsätzen wie dem Demokratieprinzip oder dem Rechtsstaatsprinzip. Solche Bestrebungen werden vom Verfassungsschutz in den Blick genommen, unabhängig davon, ob die dahinterstehende ideologische Ausrichtung einem bereits bekannten extremistischen Phänomen eindeutig zuzuordnen ist.“

Laut Gericht nicht dazu befugt

Zwischen diesen beiden Aussagen der Hüter unseres Grundgesetzes liegt eine von der Weltgesundheitsorganisation proklamierte Corona-Pandemie mit zahlreichen Grundrechtseinschränkungen seitens der deutschen Exekutive, welche von der Judikative nicht selten im Nachhinein für unrechtmäßig erklärt wurden. Trotzdem wertet der Verfassungsschutz die „Agitation“ gegen die verhängten freiheitsbeschränkenden Maßnahmen als Beleg für eine „dynamische und demokratiegefährdende Entwicklung“ oder gar einen drohenden „Umsturz der bestehenden politischen Ordnung“ – Zeit also für die „wehrhafte Demokratie“, verstärkt Paroli zu bieten.

Tatsächlich haben Repräsentanten der Exkutive den Staat seit Anfang 2020 selbst delegitimiert, indem sie beispiels-



Im Visier: Protest gegen die Energiepolitik Ende September in Stralsund

Foto: imago/Jens Köhler

FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Der Verfassungsschutz rückt auf immer dünneres Eis vor

„Delegitimierung von Repräsentanten und Institutionen des Staates“ als neuer „Phänomenbereich“: Ist das noch Schutz des Grundgesetzes oder bereits ein Angriff auf die Meinungsfreiheit?

weise die vom Grundgesetz gar nicht vorgesehene Bund-Länder-Konferenz zum mächtigsten Entscheidungsgremium während der Pandemie machten, das im Zuge seiner undurchsichtigen „Corona-Gipfel“ auf autoritäre Art und an den Volksvertretungen vorbei über das Leben der Bürger und die Belange der Wirtschaft bestimmte.

Dennoch wirft der Verfassungsschutz den „Angehörigen des Phänomenbereichs verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ nun vor, unzulässige „Analogien“ zum NS-Regime sowie zur Willkürherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der DDR gezogen und die „Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ... als diktatorisch bezeichnet“ zu haben. Paradoxerweise agiert der Verfassungsschutz unter der Ägide des politischen Beamten und CDU-Mitglieds Thomas Haldenwang dabei aber selbst wie ein lupenreiner Staatsschutz, wenn er mit geheimdienstlichen Mitteln zu verhindern trachtet, dass es zu einem Verlust an „Vertrauen in staatliche Institutionen und seine Repräsentanten“ kommt – wozu er laut Bundesverfassungsschutzgesetz überhaupt nicht befugt ist.

Verschwörungstheorie zum Ahrtal

Weiterhin tut der Verfassungsschutz etwas, das er gerne seinen neuen Beobachtungsobjekten unterstellt. In der „Corona-Protestszene ... werden Verschwörungstheorien“ verbreitet, heißt es auf der Internetseite des Inlandsgeheimdienstes. Doch was ist beispielsweise mit dessen eigener Behauptung, es zeuge von der Absicht, den Staat zu delegitimieren, wenn jemand „sich zusammen mit weiteren Angehörigen des Phänomenbereichs“ in die

Flutregion im Ahrtal begeben, „um ohne Absprache mit staatlichen Stellen des Zivilschutzes Unterstützung vor Ort zu leisten“ sowie Geld und Sachspenden an die Betroffenen zu verteilen? Es ist ja gerade der Wesenskern faktenfreier Verschwörungstheorien, hinter jeder Tat (und sei sie auch noch so gut) eine finstere Absicht zu wittern.

Hantieren mit Extremismus-Begriff

Dazu kommt der Versuch, „Angehörige des Delegitimierungs-Spektrums“ als Extremisten hinzustellen. Wie das Bundesverfassungsgericht in Reaktion auf die Verfassungsbeschwerde eines zu Publikationsunterlassung verurteilten Deutschen am 8. Dezember 2010 urteilte, sei die Frage, inwiefern eine Position als extremistisch „einzustufen ist, ... eine Frage des politischen Meinungskampfes und der gesellschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzung. Ihre Beantwortung steht in unausweichlicher Wechselwirkung mit sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Kontexten und subjektiven Einschätzungen.“

Mit anderen Worten: Der Verfassungsschutz geht juristisch über sehr dünnes Eis, sobald er mit dem Extremismusbegriff operiert. Und wenn die „Querdenker“ selbst dann sogar noch diejenigen sind, welche bei ihren Aktionen auf die Einhaltung des Grundgesetzes pochen und anwesenden Polizisten ausgewählte Passagen daraus vorlesen, dann trägt dieses Eis mit Sicherheit keine einzige Sekunde.

Auch sonst klafft eine riesige Strafbarkeitslücke im Hinblick auf das Verhalten der angeblichen Staats-Delegitimierer. Worin bestanden denn ihre konkreten

bisherigen Vergehen in der Regel? Im Ignorieren von – oftmals unsinnigen oder sogar rechtswidrigen – „Corona-Schutzmaßnahmen und Auflagen der Versammlungsbehörden“? Das waren lediglich Ordnungswidrigkeiten. In der öffentlichen Ansprache der zuständigen Politiker? Ja, haben diese den Bürgern denn nicht Rechenschaft über ihr Tun zu leisten? In einer „konfrontativen Haltung gegenüber den eingesetzten Angehörigen von Polizei und Ordnungsbehörden“?

Niemand weiß, wie viele V-Leute oder andere staatlich besoldete Provokateure sich unter die Demonstranten mischten. Denn die Bundesregierung verweigerte jegliche Antwort auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der AfD. Letztlich basiert der gesamte neu eingeführte Phänomenbereich auf völlig vagen Kriterien, womit er nicht den Anforderungen eines Rechtsstaates entspricht.

Experte: „Eine Nebelkerze“

Das ist auch das Fazit von Marcus Lutterbeck, Oberregierungsrat und Referent in der Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales: Die Verwendung des Begriffs der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ sei „eine Nebelkerze, die überdies im Sinne des Demokratieschutzes auch noch kontraproduktiv wirkt“. Nun nämlich verstärkte sich bei vielen Bürgern „das diffuse Gefühl, nicht sicher zu sein, ob man sich mit seiner geäußerten Meinung nicht irgendwelchen Sanktionen aussetzt“.

Ansonsten identifizierte der Verfassungsschutz auch schon die Staatsfeinde

von morgen: „Lange Zeit war die Coronapandemie das bestimmende Thema im Phänomenbereich der ‚Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates‘, der sich zukünftig aber auch auf neue und sich ggf. überlagernde Themen konzentrieren dürfte. Insbesondere gesellschaftliche Krisensituationen, etwa signifikante Einschränkungen im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen (sic!) oder eine wirtschaftliche Rezession infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, können instrumentalisiert werden, um Institutionen und Repräsentanten des Staates systematisch zu delegitimieren und das demokratische System insgesamt zu diskreditieren.“

Befürchtungen offenbar bestätigt

Insofern hatten die Kritiker der Corona-Maßnahmen offenbar recht, als sie angesichts der plötzlichen Übergriffigkeit der staatlichen Organe warnten: Wehret den Anfängen! Dabei tut der Verfassungsschutz als Machtinstrument der derzeitigen ampelbunten Berliner Regierung, die nach wie vor einer genuin grünen Agenda folgt, freilich das von ihm Erwartete, wenn er einerseits den Kreis der vorgeblichen Extremisten um ganz nach Bedarf aufzubühende Gruppen erweitert und andererseits den Bürgern signalisiert, wie schnell Kritiker oder Zweifler an der Exekutive heutzutage in den Fokus des deutschen Inlandsgeheimdienstes geraten können. Allerdings muss bezweifelt werden, ob dies das Richtige für unser Land sowie dessen auch und gerade vom Verfassungsschutz zu bewahrende freiheitlich-demokratische Grundordnung ist.

FRIEDLÄNDER TOR

Das Museum wurde verschönert

Das Ausstellungsfläche auf dem Gelände konnte vergrößert werden – Finanzierung aus EU-Mitteln

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In Königsberg wurden vor Kurzem die Arbeiten zur Gestaltung des Bereichs um das Friedländer Tor abgeschlossen, in dem Gegenstände aus dem Alltagsleben Ostpreußens gezeigt werden. Die Backsteinmauer wurde restauriert, das Blockhaus (eine Artilleriebefestigung) wurde instandgesetzt und eine Beobachtungsplattform auf dem Wachthügel eingerichtet.

Das Verschönerungsprojekt wurde nach dem Erhalt eines Zuschusses aus dem EU-Förderprogramm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Jahr 2019 begonnen. Damals erhielt das Museum Friedländer Tor einen internationalen Zuschuss in Höhe von 1,2 Millionen Euro.

Das Museum erhielt diesen Zuschuss aufgrund eines gemeinsamen Antrags mit seinen Partnermuseen aus Elbing, dem Zentrum für Europäische Begegnungen „Swjatowid“ und dem Museum für Archäologie und Geschichte, mit dem das Museum Friedländer Tor bereits in den Jahren 2012 bis 2014 gemeinsame Projekte durchgeführt hatte. Zehn Prozent des Zuschusses müssen von den Kultureinrichtungen selbst getragen werden, und dieser Teil wurde von der Königsberger Stadtverwaltung in Höhe von umgerechnet rund 440.000 Euro beigesteuert.

Sanktionen treffen auch Förderprogramme

Aufgrund der Russland-Sanktionen der EU wurde der letzte Teil des Zuschusses nicht mehr überwiesen, doch der größte Teil der Mittel war noch rechtzeitig angekommen und ermöglichte die Fertigstellung der Verbesserungen wie geplant.

Die Ausfahrt zum Parkplatz von der Österreichischen Straße [Prospekt Kalinina] aus und das Ziegeldach auf der



Museum Friedländer Tor: Blick vom neuen Aussichtspunkt

Foto: J.T.

Backsteinmauer müssen noch fertiggestellt werden. Der Auftragnehmer hat bereits das Mauerwerk des Gebäudes restauriert und einen Fußgängerbereich entlang des Bauwerks angelegt. Hinter der Mauer wurde ein Wächterhügel errichtet, auf dessen Höhe eine Aussichtsplattform mit Bänken und kleinen Lampen installiert wurde. Von dort bietet sich ein Rundblick über das Museumsgelände und die Stadt.

Außerdem wurde der Innenhof des Museums Friedländer Tor verschönert.

Der Boden wurde gepflastert, und es wurden Gehwege aus Pflastersteinen und Bodenfliesen angelegt. Die Bauarbeiter verwendeten auch alte deutsche Bordsteine, die bei Ausgrabungsarbeiten gefunden worden waren. Darüber hinaus wurde das Blockhausgebäude umfassend renoviert.

Erweitertes Angebot

Ein museumspädagogisches Zentrum für Kinder und eine Ausstellungshalle sind bereits im Inneren eingerichtet worden. Das Zentrum befindet sich im Erdge-

schoß, und in der Halle im ersten Stock wurde eine Ausstellung mit Werken des Künstlers Adolf Schewtschenko eröffnet. Die Serie „Fest der Schöpfung“ ist in der Technik des Linolschnitts hergestellt. Für diese Drucke wird Linoleum verwendet, das zugeschnitten und mit Farbe gefüllt wird.

Durch die Verbesserungsarbeiten hat sich das Gelände des Museums beträchtlich vergrößert. Für die Zukunft gibt es nun viel mehr Möglichkeiten für Ausstellungsaktivitäten.

ALLENSTEIN

Sport im Namen des Herrn

Katholische Gesellschaft der Heiligen Familie richtet ein neues Fechtzentrum ein – Training auch für andere Sportarten möglich

Das Fecht- und Sportkulturzentrum Ermland-Masuren in der Wyszyńskiegostraße ist eine neue Investition der katholischen Gesellschaft der Heiligen Familie in Allenstein, die seit Jahren den katholischen Bildungsbereich betreibt, der einen Kindergarten, eine Grundschule und ein allgemeinbildendes Lyzeum umfasst. Insgesamt besuchen über 600 Schüler die katholischen Bildungseinrichtungen.

Bildungskomplex für 600 Schler

Die Gesellschaft der Heiligen Familie arbeitet mit dem Schülersportverein „Hajduczek Olsztyn“ zusammen, der Sporttrainings im Fechten anbietet sowie mit Vereinen, die Schach- und Tischtennisunterricht erteilen. Die geplante Anlage wurde vom Ministerium für Sport und Tourismus als strategisch für die Entwicklung des Fechtensports in der Republik Polen anerkannt. Dies war dank der Beteiligung des polnischen Fechtverbandes an den Bemühungen um den Bau möglich. „Wir beobachten seit Jahren die Entwicklung des Fechtens in Ermland und Masu-

ren. Dank den Bemühungen des Sportvereins Hajduczek wird diese olympische Sportart in der Region immer bekannter. Wir haben es begrüßt, dass die Gesellschaft der Heiligen Familie die Initiative zum Bau des Fecht- und Sportzentrums für Ermland und Masuren in Allenstein

ergriffen hat, das den Sport unter Kindern und Jugendlichen fördern soll. Es ist erwähnenswert, dass die Gesellschaft, die Bildungseinrichtungen betreibt, beabsichtigt, in der entstehenden Sporthalle Sportkurse für verschiedene Sportdisziplinen einzurichten. In der Anlage werden

auch Trainingslager der polnischen Fechtnationalmannschaft sowie zentrale Fechtturniere stattfinden“, so der Ehrenvorsitzende des polnischen Fechtverbandes, Adam Konopka.

Fechter gewannen 14 Medaillen

Der Sportverein Hajduczek existiert seit 2008. Die Säbelfechter aus Allenstein gewannen bis zum Jahr 2022 insgesamt 14 Medaillen bei den polnischen Meisterschaften. Sie sind Mitglieder der Nationalmannschaft und haben dank ihrer Qualifikationen die Republik Polen bei Europameisterschaften und Weltmeisterschaften vertreten. Die Erfolge der jungen Vereinsmitglieder sowie die sichtbaren positiven Auswirkungen der sportlichen Betätigung auf die körperliche und seelische Entwicklung der Kinder veranlassten die Gesellschaft der Heiligen Familie, sich um den Bau einer modernen Sportanlage zu bemühen, die den jungen Sportlern im südlichen Ostpreußen sowie der Schulgemeinschaft des katholischen Schulkomplexes in Allenstein dienen soll.

Um das ehrgeizige Projekt realisieren zu können, erwarb die katholische Gesellschaft, die eine gemeinnützige Organisation ist, im Mai 2019 das Grundstück von der Stadtgemeinde Allenstein. Das Grundstück für den Bau der Halle wurde für ein Prozent des Wertes erworben. Neben der Fechthalle – in der neun Fechtbretter für Training und Turniere fest eingebaut werden – wird es im Obergeschoss eine Sporthalle für verschiedene Ballsportarten geben. In einem weiteren Stockwerk ist ein professioneller Tischtennisraum geplant, der den olympischen Anforderungen entspricht. Wenn man die Schiebewände öffnet, kann dieser Raum auch als Auditorium genutzt werden.

In den oberen Stockwerken sollen sich außerdem die Räume für das motorische Training und die Büros der Physiotherapeuten befinden, die sich um die jungen Sportler kümmern sollen. Die Einrichtung soll zudem vollständig auf Menschen mit Behinderungen eingerichtet sein.



Bauarbeiten: Hier entsteht das Fecht- und Kulturzentrum

Foto: D.K.

MELDUNGEN

Elektrobusse im Test

Allenstein – Bis Ende September hatten die Passagiere des Öffentlichen Nahverkehrs in Allenstein MPK die Möglichkeit, mit einem vollkommen neuen Bus zu fahren. Auf den Straßen der Hauptstadt des südlichen Ostpreußens kursiert ein elektrisch angetriebener Gelenkbus Solaris Urbino. Wie alle anderen Elektrofahrzeuge mit grünen Kennzeichen versehen fuhr er zuletzt auf der Trasse zwischen Grieslienen und Allenstein. Versehen war das Gefährt mit Rampen, die das Einsteigen mit Rollstühlen oder Kinderwagen erleichtern. Seine Batterien mit einer Ladekapazität von 240 Kilowattstunden haben unter den Bedingungen des Stadtverkehrs eine Reichweite von etwa 200 Kilometern. Das Laden bis zum Maximum dauert etwa sechs Stunden. Die Stadt hat im Rahmen des Regierungsprogramms für strategische Investitionen „Polnische Ordnung“ finanzielle Unterstützung für den Kauf von 20 Elektrobusen beantragt. U.H.

Neue Grenz-Sperranlage

Allenstein – In diesem Jahr soll mit dem Ausbau neuer Grenz-Sperranlagen entlang des Flusses Bug und des Grenzabschnitts zum nördlichen Ostpreußen begonnen werden. Derzeit werden Überwachungskameras aufgestellt. Aktuell gibt es sechs Beobachtungstürme an der Grenze zum Königsberger Gebiet. Die Grenzschutzeinheit des südlichen Ostpreußens hat derzeit 1300 Beamte. Die Zahl der Mitarbeiter des Grenzschutzes soll innerhalb von vier Jahren um 750 erhöht werden. Die meisten neuen Funktionäre werden den östlichen Grenzschutzgruppen zugewiesen, einschließlich der Zweigstellen Ermland und Masuren. D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Armbruster, Herta, geb. **Piechottka**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Pikies, Gertrud, geb. **Niedenthal**, aus Neuhof, Adlig Wolla, Kreis Lötzen, am 8. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Busse, Hildegard, geb. **Manneck**, aus Backeln, Kreis Fischhausen, am 1. Oktober
Freitag, Dr. Max, aus Groß Altenhagen, Kreis Mohrunen, am 1. Oktober
Missun, Charlotte, geb. **Trucks**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Grikschat, Paul, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hindersin, Lieselotte, geb. **Bubritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Stolzke, Waltraud, geb. **Friedel**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fritz, Gertrud, geb. **Pellenat**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober

Heinrich, Helene, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Kuster, Paul, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Seutter, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Taplacken, Kreis Wehlau und aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böhnke, Dorothea, geb. **Reuter**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Dzienian, Werner, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Häring, Wilhelm, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Karow, Joachim, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Kottler, Hedwig, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 10. Oktober
Kreuzberger, Eva-Maria, geb. **Janzyk**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Renner-Kruska, Therese, aus Lyck, am 8. Oktober
Will, Toni, geb. **Hoefert**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartsch, Ernst, aus Dollkeim, Kreis Fischhausen, am 5. Oktober
Falk, Anneliese, geb. **Städter**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober
Hammermeister, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Kosowski, Horst, aus Rostken, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Krüger, Artur, aus Lyck, Stradauner Chaussee 13, am 13. Oktober
Kurschinski, Alfred, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 13. Oktober

Lindner, Gertrud, geb. **Lange**, aus Kuppen, Kreis Mohrunen, am 11. Oktober
Müller, Kurt, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 11. Oktober
Rozyński, Käthe, geb. **Behrend**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Lücken, Gerda, geb. **Müller**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Pankewitz, Fritz, aus Willnau, Kreis Mohrunen, am 8. Oktober
Sulewski, Auguste, geb. **Butkus**, aus Regeln OT Regelnhof, Kreis Lyck, am 11. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Daniele, Ursula, geb. **Makossa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Dietze, Ellinor, geb. **Katkus**, aus Windberg, Kreis Ebenrode, am 9. Oktober
Enzenbach, Reingard, geb. **Willuhn**, aus Iwenheide, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Gabel, Helga van de, geb. **Feyera-bend**, aus Kalkstein, Kreis Fischhausen, am 2. Oktober
Gorzolke, Waltraud, geb. **Fische**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Heine, Gisela, geb. **Kapitzki**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Höpping, Waltraud, geb. **Winski**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 12. Oktober
Matzeit, Horst, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Mlinarzik, Elsbeth, aus Schwenntainen, Kreis Treuburg, am 7. Oktober

Panzyck, Brunhilde, geb. **Windisch**, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 5. Oktober
Schadwinkel, Franziska, geb. **Knieper**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Schmidt, Erika, geb. **Helmke**, aus Transsau, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Stubbe, Gisela, geb. **Buttgereit**, aus Wehlau, am 10. Oktober
Stümpert, Gertraud, geb. **Krischik**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Sulz, Brigitte, geb. **Palluck**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Winkler, Gerhard, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrunen, am 10. Oktober
Zachow, Helga, geb. **Enskat**, aus Heilbrunn, Kreis Ebenrode, am 11. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Donde, Eva, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Gerwien, Rudi, aus Leißnien, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Hellwich, Hans, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Juschka, Hilda, geb. **Kurreick**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Kanarski, Christel, geb. **Goebel**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Knafla, Alfred, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober
Lehmann, Elisabeth, geb. **Artischewski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Murach, Gotthold, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Pretorius, Ortwin, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 11. Oktober
Rehagel, Helga, geb. **Pieper**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Rydzewski, Gerhard, aus Lyck, am 10. Oktober
Stephan, Hildegard, geb. **Krupinski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Wieprecht, Astrid, geb. **Jeschonowsk**, aus Treuburg, am 10. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Burchert, Irmgard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Dietrich, Werner, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Gresch, Lieselotte, geb. **Hesterberg**, aus Neidenburg, am 7. Oktober
Harder, Waltraud, geb. **Hübner**, aus Leitwarren, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober

Hochmuth, Erika, aus Richau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Klapschuweit, Dieter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Knoth, Adelheid-Maria, aus Lyck, am 10. Oktober
Kornitzki, Kurt, aus Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 1. Oktober
Koschorrek, Herbert, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg und aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 8. Oktober
Krups, Leonhard, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Rohloff, Dr. Prof. Alfred, aus Ebenrode, am 9. Oktober
Ruhnau, Benno, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 7. Oktober
Sander, Eva, geb. **Michalowitz**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 4. Oktober
Schulz, Margarete, geb. **Redner**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Stamm, Albert, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Oktober
Thierling, Hannelore, geb. **Offel**, aus Ortelsburg, am 8. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beckner, Günter, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 7. Oktober
Breuer, Gertrud, geb. **Kosowski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 13. Oktober
Brusberg, Karl, aus Groß Perban-ger, Kreis Tilsit-Ragnit, am 13. Oktober
Greve, Bernhard, aus Klein Las-ken, Kreis Lyck, am 11. Oktober
Kaeber, Sieglinde, geb. **Lyhs**, aus Treuburg, am 12. Oktober
Karczewski, Käthe, geb. **Kayka**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Klein, Christel, geb. **Grudinski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Kosowski, Christa, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Mahn, Erika, geb. **Domnik**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Seelinger, Elsa, aus Ebenrode, am 10. Oktober
Suhr, Kurt, aus Kompehnen, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berwein, Irene, geb. **Chlebowitz**, aus Brassendorf, Kreis Lötzen, am 11. Oktober
Dahlhaus, Marga, geb. **Todzi**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Jorzick, Werner, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Kleimann, Anneliese, geb. **Kühn**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Littik, Horst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 7. Oktober

Lonn, Elisabeth, geb. **Knopf**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Lübke, Hildegard, geb. **Tittnack**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Lunkowski, Helmut, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Marchlowitz, Karl-Heinz, aus Ortelsburg, am 12. Oktober
Meier, Elisabeth, geb. **Wischnowski**, aus Masuren, Kreis Treuburg und aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Miefert, Edeltraut, geb. **Kaspe-rowski**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Sakautzki, Roswitha, geb. **Behn**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Schikowsky, Diethart, aus Fritschienen, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Schlimnat, Ehrentraut, geb. **Penski**, aus Klein Warnau, Kreis Lötzen, am 9. Oktober
Schöttke, Horst, aus Schorschehen, Kreis Fischhausen, am 11. Oktober
Wiebold, Christel, geb. **Chmielewski**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Honauer, Heidrun, geb. **Heering**, aus Lötzen, am 9. Oktober
Kubeit, Klaus-Dieter, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Liefer, Sigrid, geb. **Dobat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. Oktober
Riemke, Herbert, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Rienitis, Gisela, geb. **Toman**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Skorloff, Manfred, aus Wartefeld, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Spaltner, Bruno, geb. **Sczapanek**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 8. Oktober
Stadie, Siegbert, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Straach, Marianne, geb. **Becker**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 13. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brusiowski, Doris, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Reckert, Gisela, geb. **Pilz**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 7. Oktober

Kulturhistorisches Seminar über Ost- und Westpreußen



Ost- und Westpreußen – Land, Geschichte, Kultur lautet das Thema des diesjährigen Kulturhistorischen Seminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom

5. bis zum 8. November in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt auf dessen **Programm** Vorträge über die ehemalige Reichsstraße 1, über die deutsche Bevölkerung in der Zweiten Polnischen Republik, über Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Freien Stadt Danzig, über den Verein

zur Erhaltung und Förderung der Zucht des Trakehner Pferdes, über symbolische Ereignisse am Königsberger Dom, über Immanuel Kant, über die Ostseehäfen Danzig und Gdingen in der Zwischenkriegszeit und über die Jagd in Ostpreußen stehen.

Referenten sind Jörn Pekrul, Dr. Beata Dorota Lakeberg, Dr. Bennet Brämer, Dr. Martin Mehrstens, Lars Fernkorn, Dr. Tim Kunze, Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Horst Buschalsky.

Die **Seminargebühr** beträgt 150,-EUR bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,-EUR pro Nacht zu entrichten.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Peter Wenzel, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg oder unter Telefon (040) 414008-25; Fax (040) 414008-19; E-Mail: wenzel@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen



Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen



10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der

Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen,
 Buchtstraße 4,
 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de,
 Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Treffen

Darmstadt/Dieburg - Sonnabend, 22. Oktober: Treffen der LOW Hessen Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg.

Landeskulturtagung/Landesdelegiertenversammlung

Wetzlar - Sonnabend, 22., bis Sonntag, 23. Oktober, Wilhelm-Kempff-Haus 1, 65207 Wiesbaden-Naurod: Landeskulturtagung mit folgendem Programm, Änderungen vorbehalten:

Sonnabend, 22. Oktober, bis 10.45 Uhr: Anreise, 11 Uhr: Begrüßung und Eröffnung durch Ulrich Bonk, 11.15 Uhr: Grußworte der Hessischen Landesregierung, Margarete Ziegler-Raschdorf, 12 Uhr: Mittagessen und -pause, 13 Uhr: Vortrag von Fritz Loseries „Über den Aufbau der Homepage LOW-Hessen.de“, 13.55 Uhr: Vortrag: „Vermittlung der Themen Flucht und Vertreibung im Geschichtsunterricht“ von Bjoern Schaal, 14.45 Uhr: „Stiftung-Zentrum gegen Vertreibungen = Aufgabe und Botschaft“ von Christean Wagner, anschließend Kaffeepause, 16 Uhr: „Ein Leben auf Reisen – Bericht über das Leben von A. E. Johann“ von Rudi Zülch, 17 Uhr: „Der Bromberger Blutsonntag – Eine kurze Darstellung der Ereignisse“ von Ulrich Bonk, 18 Uhr: Abendbrot, 19.30 Uhr: Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen LOW-Kreisgruppen.

Sonntag, 23. Oktober, 7.30 Uhr: Frühstück, 8.30 Uhr: „Der Frieden von Tilsit 1807“ von Gerd-Helmut Schäfer, 9.30 Uhr: „Im Rücken der Geschichte – vom Schicksal der Ostpreußischen Wolfskinder“ von

Bjoern Schaal, 10.15 Uhr: Kaffeepause, 10.30 Uhr: „Der Segen vom Altenberg“ – Erinnerungen an das Königsberger Diakonissenmutterhaus auf Altenberg/Wetzlar, Film-Vortrag von Henriette Piper, 11.30 Uhr: „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ von Ulrich Bonk, 12 Uhr: Mittagessen – anschließend Abreise der Tagungsteilnehmer. 13.15 bis 17 Uhr: Landesdelegiertenversammlung mit Wahl und anschließend Sitzung des Vorstandes der LOW Hessen.

Tag der Heimat

Wetzlar - Sonntag, 9. Oktober, Einlass ab 13 Uhr, Beginn: 14 Uhr, Saal 1, Stadthalle, Brühlsbachstraße 2, 35578 Wetzlar: Festveranstaltung des BdV Orts- und Kreisverband Wetzlar e.V. zum Tag der Heimat „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“ mit Festredner Helge Braun MdB, Schlussredner Michael Hundertmark und folgendem Programm: Begrüßung: Manfred Hüber, Totengedenken: Kuno Kutz, Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“, Egerländer Maderln und Freunde, Egerländer Volkstanzkreis.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Herbsttagung

Landesgruppe - Sonnabend, 8. Oktober, 10 bis 15 Uhr, Haus Union, Schenkendorffstraße, Oberhausen: Herbsttagung (Kultur- und Frauentagung) der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW. Als Referent konnte

Christopher Spatz gewonnen werden. Er wird zwei Vorträge zur Thematik der Wolfskinder sowie zu Friedland halten. Interessierte sind willkommen. Bitte melden Sie sich bei der Landesgeschäftsstelle für die Tagung an.

Programm: 10 Uhr: Eröffnung und Begrüßung. Annahme der Tagesordnung Klaus-Arno Lemke, Begrüßung durch Alfred Nehrenheim, 10.15 Uhr: Kulturelles Bärbel Beutner, 10.30 Uhr: „Nur der Himmel blieb derselbe: Ostpreußens Hungerkinder“ Christopher Spatz, Aussprache, 11.45 Uhr: „Ostpreußische Mundart“ Klaus Lemke, Mittagspause, 13 Uhr: „Heimatlos, Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ Christopher Spatz, Aussprache, 14.30 Uhr: Kaffeepause, 15 Uhr: Schlussworte und Ostpreußenlied, Änderungen vorbehalten.

Heimatsnachmittag:

Bielefeld - Montag, 17. Oktober, 15 Uhr, Gasthaus - Restaurant Bültmanns-Hof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Treffen der Gruppe der Ost-, und Westpreußen zum gemütlichen Plachandern mit Kaffee und Kuchen in fröhlicher Runde zu den Themen: Bericht vom Ostpreußentreffen in Schwerin sowie vorgetragene Gedichte, Erzählungen und Singen. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens.

Der Treffpunkt ist gut erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“. Voranmeldung bitte bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026, oder Gertrud Riede (0520) 5584. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Mit heimatlichen Grüßen
 Der Vorstand

Erntedank

Essen - Freitag, 21. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfsstraße 51, 45144 Essen: Erntedank.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Erntedank

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Erntedank mit Pastorin Ulla Wichmann. Gäste sind herzlich willkommen!

PAZ wirkt!



Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, StadtAllenstein@t-online.de www.heimatsammlungen.de

65. Allensteiner Jahrestreffen

Das Jahrestreffen 2022 feierten Stadtgemeinschaft und Kreisgemeinschaft mit mehr als 120 Besuchern am 16. und 17. September in Gelsenkirchen. Am Freitagnachmittag trat die Stadtversammlung zusammen. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach eröffnete die Sitzung und begrüßte die Stadtvertreter, die Angehörigen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit und besonders deren neuen Vorsitzenden Piotr Dukat. Er

stellte fest, dass die Stadtversammlung ordnungsgemäß einberufen wurde. Von zehn stimmberechtigten Stadtvertretern waren sieben anwesend. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung zeichnete er Thomas Nowack für seine Verdienste um die Stadtgemeinschaft mit der Ehrennadel in Gold aus.

In seinem Bericht wies er darauf hin, dass wir wegen der Einschränkungen durch die Pandemie in den vergangenen zwei Jahren kein Jahrestreffen durchführen konnten und froh sind, in diesem Jahr wieder ein gemeinsames Jahrestreffen von Stadt- und Kreisgemeinschaft begehen zu können. Allerdings mussten wir auf einen anderen Veranstaltungsort ausweichen, da Schloss Horst nach wie vor über keine Gastronomie verfügt. Die Suche nach einem al-

Fortsetzung auf Seite 16



Ostpreußisches Landesmuseum

Steinort wird Sztynort - Ein masurisches Dorf nach 1945, Mittwoch, 12. Oktober, 18.30 Uhr: Vortrag von Dr. Hannah Wadle, Lesung: Ulla Lachauer, Eintritt: 6,- Euro, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Das Steinorter Schloss in Masurien ist der ehemalige Stammsitz der traditionsreichen ostpreußischen Adelsfamilie von Lehn-dorff. Sein letzter Besitzer, Heinrich Graf von Lehn-dorff, war einer der Verschwörer des 20. Juli 1944. Nach dem misslungenen Attentat auf Hitler in der „Wolfsschanze“ wurde er inhaftiert, zum Tode verurteilt und im Sep-

tember 1944 hingerichtet. Steinort ist im Januar 1945 von den Kriegszerstörungen verschont geblieben. Nach längerer Besetzung durch die Rote Armee seit 1945 war im Schloss ab den 1950er Jahren eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (PGR) untergebracht. In den 1990er Jahren haben die Besitzer mehrmals gewechselt und ließen das Schloss stark verfallen. Seit 2009 gehört das Schloss der polnisch-deutschen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz, die sich um seine Rettung bemüht.

In der Veranstaltung im Ostpreußischen Landesmuseum stellt zunächst Anthropologin Dr. Hannah Wadle die Geschichte Steinorts nach 1945 dar. Sie ist Do-

zentin an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen und leitet seit 2017 das Steinorter Sommerfestival. Danach liest Autorin und Journalistin Ulla Lachauer einige Biographien, die sie im Rahmen des Projekts „Steinorter/Sztynorter Migrationsgeschichten“ geschrieben hat. Sie erzählen von Polen, Ukrainern und Belarussen, die nach 1945 in die Häuser der vertriebenen Steinorter zogen, die meisten ihrerseits Vertriebene aus dem Vorkarpatenland, aus Wolhynien und dem Wilna-Gebiet. Wie die wenigen Masuren, die dageblieben waren, kämpften sie ums Überleben und mussten sich im sozialistischen Polen zurechtfinden. Aus vielen verschiedenen Perspektiven werden Vergangenheit und Gegenwart lebendig.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

A 2-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
 Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

ternativen Veranstaltungsort führte schließlich zum Bistro AufSchalke, wo wir uns bestimmt wohlfühlen werden.

Unsere Geschäftsstelle und unser Heimatmuseum sind seit Mai nicht mehr regelmäßig geöffnet. Thomas Nowack, der beide Einrichtungen seit mehreren Jahren ehrenamtlich und hervorragend betreut, hat gebeten, ihn von dieser Aufgabe zu entbinden.

prüfers erfolgte die Entlastung des Vorstands. Mit einem geselligen Abend endete der erste Tag des Jahrestreffens.

Der Sonnabend begann mit einem Gottesdienst und der Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel in der Propsteikirche. Anschließend traf man sich im Heimatmuseum „Treudank“.

der Welt um uns ignoriert und würden, um Freiheit und Wohlstand für uns und unsere Kinder zu erhalten, uns in vieler Hinsicht neu orientieren müssen.

Da unser Jahrestreffen im letzten Jahr ausfallen musste, konnten wir auch ein besonderes Jubiläum nicht angemessen würdigen, nämlich den 50. Geburtstag unseres Heimatmuseums „Treudank“.

Bereits 1957 gab es eine bescheidene Heimatstube im Hans-Sachs-Haus. Sie wurde bald zu klein, und die Stadt stellte größere Räumlichkeiten in der Dickampstraße zur Verfügung.

schaft. Ein Schwerpunkt der Ausstellung ist die Geschichte der Stadt, darunter die Gewerbeausstellung von 1910 und die Volksabstimmung von 1920, bei der mehr als 97 Prozent der Einwohner des südlichen Ostpreußens für den Verbleib im Deutschen Reich stimmten.

Das Glanzstück der Sammlung ist das „Goldene Buch“ der Stadt Allenstein. Das von einem Stadtrat gestiftete Buch wurde 1910 anlässlich der Allensteiner Gewerbeausstellung angelegt.

Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied überbrachte Bürgermeister Werner Wöll die Grüße der Stadt Gelsenkirchen.

Gottfried Hufenbach



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; Kas-senverwalter: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

die niedrigen Besucherzahlen bei den Veranstaltungen erfahren konnte. Umso erfreulicher war es, als zwei zusammengelegte Säle im Kongresszentrum Westfalenhalle Dortmund gerade ausreichten, um alle Besucher aufzunehmen.

Die Berichte vom Vorstand über den Ablauf 2021/2022 wurden von der Versammlung interessiert

Hauptkrestreffen

Zugegeben: Gemischte Gefühle machten sich breit, als man überall

Abschiedsabend mit der Stadtschreiberin

Memel – Am 22. September fand im Simon-Dach-Haus ein Abend mit der Stadtschreiberin Sonya Winterberg statt. Es war der Rückblick auf ihre Tätigkeit in den vergangenen fünf Monaten.

land Arūnas Baublys. Der Abschiedsabend wurde als Diskussion, moderiert von der Kulturmanagerin des Vereins der Deutschen in Klaipėda, gedacht, zu der auch die allseits geschätzte Memelländerin und Historikerin Silva Pocyte eingeladen war.

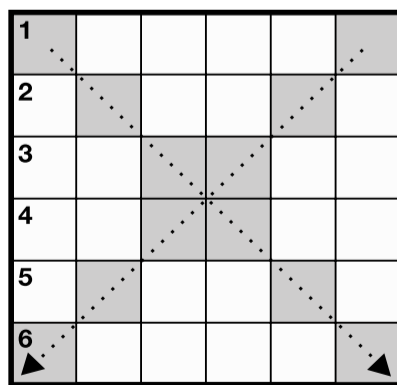
Rätsel

Large crossword puzzle grid with various clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku' and 'So ist's richtig'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.



Diagonalrätsel

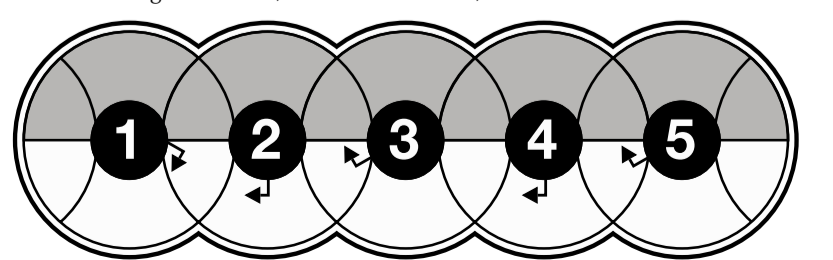
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe zum Thema Pferde.

- 1 Beförderungsgut, Ladung
2 musikalischer Begriff
3 Heimat des Odysseus
4 Hauptstadt der Republik Irland
5 basteln, handwerklich arbeiten
6 Verse bilden

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für amouröse Post.

- 1 tropisches Gewächs, 2 Hieb-, Stoßwaffe (Fechtsport), 3 gut zu entfernen; verständlich geschrieben, 4 Industriebetrieb, 5 Gesichtsschädelknochen



Heimatkreisgemeinschaften

Zusendungen für die Ausgabe 42/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 42/2022 (Erstverkaufstag 21. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 11. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinsen@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

aufgenommen und mit großem Respekt bedacht. Mitgliedspflege, soziale - und humanitäre Arbeit standen im Vordergrund, ebenso aber auch die Betreuung der Deutschen Minderheit und des Deutschen Freundeskreises ROSCH in Johannisburg. Im Rahmen der Betreuungsfahrt konnten mehr als 100 bedürftige deutschstämmige alte und kranke Menschen unterstützt werden.

Auch konnte von der schwerbehinderten jungen Frau berichtet werden, die über unsere internationale Stiftung „Unsere Herzen für Hilfe“ nach 30 Jahren einen neuen Rollstuhl bekam. Ihr Dank war mit Tränen gefüllt. In dem vorgelesenen Bericht von Vorstand Klaus Downar war deutlich zu vernehmen, dass Spenden nachlassen und dringend alle Mitglieder um Aktivitäten gebeten werden. Auch die Spenden an den so wichtigen Deutschen Verein ROSCH, der unschätzbare Hilfe an die bedürftigen deutschstämmigen Menschen leistet, sollten mehr bedacht werden.

Kassenprüfer Erich Bergmann konnte in seinem Jahresbericht von einer gut geführten Kassenverwaltung berichten und feststellen, dass die Kreisgemeinschaft Johannisburg über eine solide Substanz verfügt, so konnten der diesjährigen Betreuungsfahrt wichtige Hilfsmittel auf den Weg gegeben werden. Leider stehen den Mitteln der Bruderhilfe hohe Kosten der Auszahlungsanforderungen entgegen. Auf Antrag der Kassenprüfer wurde dem Kassenverwalter und dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Hoher Besuch aus Johannisburg war unter uns, Pastor Pysz mit seiner Frau hatte sich auf den Weg gemacht, um das Hauptkreistreffen unserer Kreisgemeinschaft in Dortmund zu besuchen. Pastor Pysz schafft ein enormes Pensum der Hilfe in Johannisburg, so kümmert er sich um Sozialstationen, alte und bedürftige Gemeindeglieder und versorgt täglich mehr als 100 behinderte Menschen in der Tagespflege. Ebenso wird die bisher einzige in Masuren verbliebene evangelische Kirche in Weisuhnen durch ihn betreut, die in vielen Teilen saniert und renoviert wird und ist. Zurzeit wird ein Museum angegliedert. Sollten Sie einen Besuch in Johannisburg planen, vergessen Sie diese wunderbare Kirche nicht.

Die willkommenen Grußworte unseres Patenkreises Schleswig-Flensburg, insbesondere übermittelt vom Kreispräsidenten Ulrich Brüggemeier, ließen die Erinnerungen aufleben und festigten den Zusammenhalt zwischen Patenkreis und unserer Kreisgemeinschaft. Auch die Grußworte unseres Deutschen Freundeskreises ROSCH ließen einen Einblick in die Arbeit von ROSCH zu und ließen erkennen, wie wichtig die dort gestellten Hilfeleistungen nach wie vor sind. Der Vorstand Dietmar Leymanczyk konnte leider krankheitsbedingt in diesem Jahr nicht nach Dortmund kommen,

Vorstandsmitglied Irena Solenski-Stankiewicz übernahm die Vertretung und trug Bericht und Grußworte in freundlicher und souveräner Weise vor, wofür sich alle Anwesenden dankbar zeigten.

Pastor Pysz bereicherte die Veranstaltung mit einer seelenerwärmenden Predigt und beeindruckte mit geistlichen Worten in deutscher Sprache. Wir durften dann verdiente und treue Mitglieder auszeichnen und ehren, wobei für die Zukunft zu überlegen ist, wie besonders langjährige, verdiente aktive Mitglieder geehrt werden können, in diesem Punkt fehlt was!

Unser Hauptkreistreffen wurde, wie seit vielen Jahren, von den Freundinnen und Freunden des Chores umrahmt.

Nach dem Schlusswort durch Benedikt Downar und dem Lied Land der dunklen Wälder und der Nationalhymne, ging es zum gemeinsamen Mittagessen mit Königsberger Kloppen, Kartoffeln und roten Beeten über. Mit Kaffee und Kuchen dauerte unser Hauptkreistreffen bis in die späten Nachmittagsstunden an. Harmonie und Heimatgefühle ließen ein gefestigtes Miteinander deutlich erkennen. Also, mit Mut ins nächste Jahr!

KD



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg.
Patenschaftsbüro: Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Patenschaftsjubiläum

Duisburg – Freitag, 14. Oktober, 14 bis 18 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg und Duisburger Stadtmuseum: Festveranstaltung zum 70-jährigen Patenschaftsjubiläum Duisburg-Königsberg.

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 15. Oktober, 11 bis 15 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg: Satzungsmäßige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen zum Vorstand.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stell. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Ausfall Treffen in Bremen

Bremen – Aufgrund der ungewissen Entwicklung der Corona-Epidemie fällt das Lycker-Treffen in Bremen in diesem Jahr aus. Ich habe es bisher elfmal nacheinander

veranstaltet und jetzt in jüngere Hände gelegt. Ab 2023 wird es von der Bezirksvertreterin von Stradaunen und Kassenwartin der Kreisgemeinschaft Lyck, Heidi Mader, durchgeführt. Kontaktadresse: Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, E-Mail: heidimader@gmx.de, Telefon (0421) 67329026.

Ich bedanke mich für Eure bisherige Teilnahme und wünsche dem Lycker-Treffen in Bremen unter der Leitung von Heidi Mader weiterhin viel Erfolg.

Euer Landsmann Wilhelm Norra



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Erntedankfest

Dortmund – Sonnabend, 8. Oktober, 13 Uhr, Deutsche Heimatstube, Landgrafenstraße, Ecke Märkische Straße, Eingang Märkische Straße 1-3: Erntedankfest. Anmeldungen bitte beim 1. Vorsitzenden Gerhard Schickschnus unter Telefon (0231) 62836900, mobil (0173) 8103050, E-Mail: g.schickschnus@web.de.

Treffen

Köln – Sonnabend, 22. Oktober, 13 Uhr, Brauhaus, Dellbrücker Hauptstraße 61, Köln-Dellbrück: Treffen der Memellandgruppe Köln mit Gelegenheit zum Mittagessen, danach Programm mit Geistlichem Wort und Berichten zu 770 Jahre Memel, Meeresfest unter Beteiligung der Memelländer, Ausstellungseröffnung zum Stadtjubiläum in unserem Archiv in der Simonaites Bibliothek, Besuch der Baptisten Kapelle in Messteln und weitere Informationen. Anmeldung erbeten unter Telefon (0170) 8315959 beim 1. Vorsitzenden Herbert Jaksteit. Anreisehinweis: Vom Hauptbahnhof Köln mit der Straßenbahnlinie 18 Richtung Thielenbruch bis zur Haltestelle Dellbrücker Hauptstraße.



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführer:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Reise der Kreisgemeinschaft

Für das nächste Jahr ist eine Reise vom 25. Juni bis 4. Juli geplant und führt über Breslau und Warschau. Änderungen vorbehalten. Bei Interesse melden Sie sich bei Christel Sender per E-Mail: ch.sender@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de oder unter Telefon (0209) 207614 oder bei Nischik unter Telefon (02366) 936916, per E-Mail: j.nischik@t-online.de

Starke Farben – Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2023“

Der neue Kunstkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2023 erscheint erstmalig im DinA3-Format.

Der Kalender enthält für jeden Monat ein Blatt mit großem Motiv aus der ostpreußischen Farbwelt. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen Rot leuchten, regionale Feiertage sind in einem blassen Rot gehalten.

Die Motive zeigen Szenen aus der Flora, Fauna und der Lebenswelt Ostpreußens.

„Starke Farben“, schreibt der Kurator des Ostpreußischen Landesmuseum in seinem Vorwort für diesen Kalender, „haben die ostpreußischen Maler nach 1945 eingesetzt, um die Erinnerungen an die verloren gegangene Heimat festzuhalten, so dass man sie sich immer wie-

der vor Augen führen kann, wenn die inneren Bilder drohen zu verblassen.“

Künstler wie Eduard Bischoff, Ernst Mollenhauer, Alexander Kolde und Heinrich Bromm sind in diesem Kalender unter vielen anderen Malern mit Werken vertreten.

Der Kalender kostet 22,- Euro, einschließlich Portokosten und kann bestellt werden bei: **typeart satz&grafik GmbH**, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax unter (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de



Julius Freymuth: Ernte im Oberland, Öl, 1928

Foto: OL

Deutsche Kulturforum östliches Europa – Stadtschreiber

Stadtschreiber/Stadtschreiberin Temeswar/Timișoara – Kulturhauptstadt Europas

2023. Das Deutsche Kulturforum östliches Europa schreibt in Zusammenarbeit mit der Stadt Temeswar/Timișoara und dem Demokratischen Forum der Deutschen im Banat ein von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien dotiertes Stipendium einer Stadtschreiberin/eines Stadtschreibers in Temeswar (Rumänien) aus.

Wer deutsch schreibt oder deutschsprachig ist und bereits schriftstellerische oder journalistische Veröffentlichungen vorweisen können, ist eingeladen, sich um das Stipendium in Temeswar zu bewerben. Insbesondere werden solche Autorinnen und Autoren angesprochen, die

sich auf die Wechselwirkungen von Literatur und historischem Kulturerbe der Stadt, der Region und des Landes einlassen wollen.

Das Stadtschreiber-Stipendium hat als Ziel, das gemeinsame kulturelle Erbe der Deutschen und ihrer Nachbarn in Regionen Mittel- und Osteuropas, in denen einst (auch) Deutsche gelebt haben und heute noch leben, in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen sowie herausragendes Engagement für gegenseitiges Verständnis und interkulturellen Dialog zu fördern.

Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber soll am kulturellen Leben der Stadt Temeswar teilnehmen und Themen der gemeinsamen Kultur und Geschichte in der Stadt in ihrem oder sei-

nem Werk thematisieren und reflektieren sowie breiten Kreisen anschaulich vermitteln. Die literarischen Annäherungen an die Stadt und deren Kulturlandschaft sollen laufend in einem Internet-Blog dokumentiert werden, der auch ins Rumänische übersetzt wird.

Interessenten senden bis zum 28. Oktober 2022 (Datum der E-Mail) ihre Bewerbungsunterlagen in elektronischer Form an das Kulturforum: deutsches@kulturforum.info

Sonya Winterberg (siehe oben) war von Mai bis September 2022 Stadtschreiberin in Memel. Ihr Blog ist unter www.stadtschreiberin-memel.de einsehbar. Auch die neueste Ausgabe des KK-Magazins erzählt von dieser Stadt.

ANZEIGE

Warm oppm Kopp

Mütze mit aufgestickter Elchschaufel.

Innen: Thinsulatefutter. Außen: ostpreußisch. In den Farben blau und schwarz erhältlich. Je Strickmütze: 15,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 15,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

FIRMENGESCHICHTE

Ein Erfolgsrezept aus Ostpreußen

Der Drogerist Robert May aus Elbing erzielte mit seinem „Staesz Pfefferkuchengewürz“ für Lebkuchen einen großen Markterfolg

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Lebkuchen, Pfefferkuchen und Honigkuchen sind Variationen oder aber nur verschiedene Bezeichnungen für das braune Gewürzgebäck, das zu den typischen Süßspeisen der Weihnachtszeit gehört und oft mit lieben Kindheitserinnerungen verknüpft ist. Nicht wegzudenken sind auch die Lebkuchenherzen auf Jahrmärkten. Die Geschmacksrichtung des Lebkuchens wird von verschiedenen Gewürzzutaten wie Zimt, Anis und Ingwer bestimmt, die zumeist aus tropischen Ländern importiert werden.

Auch in Ost- und Westpreußen hat der Lebkuchen eine lange Tradition. Hier etablierten sich im Mittelalter die Zünfte der „Pfefferkuchler“. Diese boten ihre begehrte Ware auf den städtischen Jahrmärkten an, hielten aber ihre Rezepte wegen der großen Konkurrenz geheim. Obwohl in der Gründerzeit die industrielle Herstellung des Lebkuchens einsetzte, wurde dieser in den meisten Haushalten vor Weihnachten weiterhin selbst gebacken.

Florierende Geschäfte in Elbing

In den 1920er Jahren erzielte der Drogist Robert May als Inhaber der Drogerie J. Staesz jun. in Elbing einen großen Markterfolg mit seinem „Staesz-Pfefferkuchengewürz“ für Lebkuchengebäck. Dank einer geschickten Unternehmenspolitik florierete sein Geschäftshaus für Drogeriewaren mit eigener Gewürzmühle, Mineralwasser, Kosmetika und Farben sowie einer abgespaltenen Firma für die Lackproduktion. Der Verdener Lokalhistoriker Heinrich Lohmann hat die Unternehmensgeschichte der Firma J. Staesz jun. in Elbing und an ihrem späteren Standort in Loxstedt/Nesse bei Bremerhaven akribisch erforscht.

Daraus entstand ein attraktiv gestaltetes, reich bebildertes Band mit dem Titel „Staesz-Pfefferkuchengewürz & Hayma



Ursprünglich aus einzelnen Zutaten abgepackt, hielt das Ehepaar May bald Tütchen mit Pfefferkuchengewürz bereit: Beispiel einer solchen Tüte (r.)

Foto: Shutterstock/Produktabbildung (r.)

Neunerlei. Der Drogist Robert May, seine Familie und die Lebkuchengewürze aus Westpreußen und Schlesien“. Die Darstellung des Zeitabschnitts bis zum Kriegsende 1945 enthält zahlreiche Ansichten der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Architektur Elbings sowie Familienfotos und Abbildungen der Produkte von J. Staesz jun.

Alles begann im Oktober 1912 in Elbing, als der Kaufmann und approbierte Drogist Robert May die von dem Apotheker Jacob Staesz 1880 in der Wasserstraße gegründete Drogerie J. Staesz jun. übernahm. Vor Weihnachten florierete der Verkauf von Pfefferkuchengewürzen, die jeweils einzeln abgewogen und abgepackt

werden mussten. Diesem Bedarf kam das Ehepaar May nach, indem Bündel aus jeweils acht Tütchen mit Pfefferkuchengewürzen in großer Zahl vorgehalten wurden. Das Produkt mit dem Namen „May's guter Gedanke“, später „Staesz-Pfefferkuchengewürz“, wurde zum Verkaufsschlager in Ostpreußen, Pommern und Schlesien.

Robert May war als wohlhabender Unternehmer oft auf Reisen. Im Berliner Hotel „Adlon“ war stets dasselbe Zimmer für ihn reserviert. Im August 1944 gelang es ihm, einen Teil der Betriebsmittel und Rohstoffe aus Elbing wegzuschaffen und an Aufbewahrungsorte im inneren Reichsgebiet zu verfrachten. In Nesse bei Bre-

merhaven, wohin es ihn nach dem Krieg verschlug, gründete er 1949 erneut eine Gewürzmühle mit dem Namen J. Staesz jun. Das gut eingeführte „Staesz-Pfefferkuchengewürz“ fand wieder Abnehmer im Lebensmittelgroß- und Einzelhandel. 1978 übernahm sein Schwiegersohn Werner Krause den Betrieb.

Konkurrent aus Schlesien

Der Buchtitel verweist auch auf das ursprünglich in Schweidnitz (Schlesien) ansässige Hayma-Werk, das seit den 1920er Jahren und später in der Nachkriegszeit in Westdeutschland mit dem Pfefferkuchengewürz „Hayma Neunerlei“ in Konkurrenz zu J. Staesz jun. stand. Die Witwe

des Lebensmittelhändlers Karl Hayn, Friederike Hayn, verkaufte die Rechte zur Herstellung und Vertrieb von „Hayma Neunerlei“ an Gustav Assmann in Bückeburg. 1982 übernahm J. Staesz jun. die Bückeburger „Hayma-Werke Hermann Galle's Nachfolger“.

Werner Krause baute die Produktpalette für die Fisch- und Fleischverarbeitung aus und gründete einen weiteren Produktionsstandort im holsteinischen Bramstedt. Der Schwerpunkt lag zuletzt auf der Herstellung von Gewürzpräparaten teils in Bio-Qualität sowie Hilfsstoffen für das fleischverarbeitende Gewerbe und die Industrie. Die Hälfte der Erzeugnisse war für die Exportmärkte in Europa und Asien bestimmt. Bis 2006 war die Familie May/Krause in vierter Generation mit dem mittelständischen Unternehmen Gewürzmühle Nesse verbunden. Es wurde zuletzt von dem international tätigen Unternehmen Frutarom mit Sitz in Israel übernommen. Mit der detailliert ausgearbeiteten Firmen- und Familienchronik liegt ein Beitrag zur Unternehmensgeschichte der Unterweserregion vor, der den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands in der Nachkriegszeit durch die Risikobereitschaft von Unternehmerpersönlichkeiten aus den deutschen Ostgebieten beleuchtet.



Heinrich Lohmann: „Staesz-Pfefferkuchengewürz & Hayma Neunerlei. Der Drogist Robert May, seine Familie und die Lebkuchengewürze aus

Westpreußen und Schlesien“, Edition Falkenberg, Bremen 2022, gebunden, 254 Seiten, 32 Euro

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Spaziergang am Ostufer der Neiße

Philip Kiril von Preußen könnte als Vermittler an der deutsch-polnischen Grenze neue Türen öffnen

Philip Kiril von Preußen steht vor der Halle, die sein Urgroßvater Wilhelm II. vor 120 Jahren – am 28. November 1902 – einweihete. Die Oberlausitzer Ruhmeshalle am heute polnischen Ostufer von Görlitz [Zgorzelec] ähnelt optisch dem Berliner Reichstag und wurde der Öffentlichkeit am 1. Juni 1904 als Kaiser-Friedrich-Museum übergeben. Die Familienerinnerung hat im heute polnischen oder russischen Osten des Reiches viele Anknüpfungspunkte. Es gab die Jagden im oberschlesischen Pless [Pszczyna] oder in der Rominter Heide [Puszczyna Romincka] in Ostpreußen, das Tal der Schlösser im Riesengebirge oder die kaiserliche Sommerresidenz im ostpreußischen Cadinen [Kadyny].

Doch Philip Kiril findet auch in der heute teils zu Sachsen und hier am Ostufer zur Republik Polen gehörenden Neißestadt den Nenner, der sein Leben trägt: „Das Wichtigste ist für mich, dass wir hier keine bleibende Heimat haben, sondern auf dem Weg sind in unsere himmlische Heimat und von daher ein großes Hängen an den Dingen nicht angebracht wäre. Das habe ich stark verinnerlicht. Aber auf der menschlichen Ebene ist es für mich schon schmerzhaft, wenn ich mir bewusst mache – fast egal in welche Stadt ich komme –,

was alles verloren gegangen ist. Wenn mich jemand aus Polen einlädt und es in den zeitlichen Rahmen passt, dann komme ich auch gerne – solche Anfragen hatte ich bislang noch nicht.“

„Friedensgrenze“ von 1950

Ob er hier schon einmal in der geteilten Stadt gewesen sei, kann er Ende September im ersten Anlauf gar nicht einmal mit Sicherheit sagen. Auf Hochzeitsreise sei er mit seiner Frau auch in Breslau gewesen, diese habe ihn aber aufgeklärt, dass beide entgegen seiner Annahme damals doch nicht in Görlitz gewesen seien.

Der Gang zum imposanten Bau aus wilhelminischer Zeit, wo die DDR 1950 den Vertrag über die „Friedensgrenze“ zur Volksrepublik Polen schloss, ist ein Nebenprodukt eines Vortrages im Rahmen der Glaubenskonferenz bei der Freien evangelischen Gemeinde Görlitz. Philip Kiril, der seinem Vetter Georg Friedrich die Führung des Hauses Hohenzollern-Preußen überlassen muss, weil Philip Kirils Vater von Großvater Louis Ferdinand von Preußen aufgrund der bürgerlichen Ehe von der Führung des Hauses ausgeschlossen wurde, betont, dass seine Vermittlerrolle im Grunde eine andere sei: die



Vor der Oberlausitzer Ruhmeshalle: Philip Kiril von Preußen

Brücken zu Gott hin zu überqueren. „Damit hatte ich bislang alle Hände voll zu tun. Hinzu kommt noch mein Herzenthema, der Schutz des ungeborenen Lebens dazu, und die eigene Familie soll ja auch nicht zu kurz kommen“, sagt der Vater von sechs Kindern.

Philip Kirils beruflicher Werdegang als Pfarrer und Grundschullehrer habe sicher auch etwas mit seinem persönlichen Status zu tun. „Ja, ich bin mir sicher, dass dies ein Grund ist. Nicht umsonst läßt Jesus die zu sich, die mühselig und beladenen sind (Matthäus 11,28). Und die nicht so auf

der Sonnenseite des Lebens stehen, die sind für so etwas viel empfänglicher als die, denen es immer gut geht und die Gott – scheinbar – nicht brauchen.“

Bei der Glaubenskonferenz konnte man erneut einen fast immer lächelnden Prinzen kennenlernen, der seine innere Ausgeglichenheit gefunden hat und diesen Weg auch anderen eröffnen möchte.

Die Oberlausitzer Ruhmeshalle ist kurz vor ihrem 120. Geburtstag am 30. September jedoch erst einmal verschlossen, es muss beim Blick von außen bleiben. Die polnische Stadtverwaltung, die hier das städtische Kulturhaus untergebracht hat, lässt ausgerechnet jetzt Renovierungsarbeiten durchführen. Aber Pfarrer Eugen Böhler von der einladenden Freien evangelischen Gemeinde hat einen hervorragenden Draht zum polnischen Bürgermeister. Und er hat Philip Kiril für einen Nachfolgebuch mit der ganzen Familie eingeladen. Damit könnte vielleicht die erste Vermittlerrolle mit polnischen Amtsträgern ganz unverhofft doch bald eintreten. In ihrer Standhaftigkeit gegen den unchristlichen heutigen Zeitgeist sind Eugen Böhler und Philip Kiril jedenfalls ganz und gar aus demselben Holz geschnitten. Till Scholtz-Knobloch

INDUSTRIE GEGEN TOURISMUS UND UMWELTSCHUTZ

Vom Ostseebad zum Industriestandort

Ein neuer Bauboom in Osternothafen-Swinemünde [Chorzelin-Swinoujście] auf der Insel Wollin

VON ERWIN ROSENTHAL

Als das frühere deutsche Ostseebad Osternothafen, rechts der Swinemündung, auf der Insel Wollin gelegen, erinnert heute nur noch wenig. Man findet dort weder Wohnhäuser noch Hotels oder Pensionen. Diese Bauten fielen nach dem Krieg der Abrissbirne zum Opfer. Die letzten Bewohner des Ortes wurden Ende der 1960er Jahre wegen der Hafenerweiterung ans Westufer der Swine umgesiedelt. Namensgeber für den Ort war das nahe Hafenbecken gleichen Namens. Das kleine Ostseebad, in dem seinerzeit der Sommerurlaub sehr viel preiswerter war als im mondänen Weltbad Swinemünde, wurde im Jahre 1939 nach Swinemünde eingemeindet.

In der Historie der Stadt Swinemünde nimmt Osternothafen einen besonderen Platz ein. Hier waren im Jahre 1743 die ersten Unterkünfte für die Erbauer und für die Beschützer des Hafens errichtet worden: Eine Baracke für die Zivilisten und eine für die Soldaten, denn den Schweden war der Hafen ein Dorn im Auge. Die 75 Fuß langen und 16 Fuß breiten Unterkünfte waren die ersten

Gebäude des Ortes. Im 19. Jahrhundert errichteten die Preußen hier die bedeutendsten Bauwerke Swinemündes: Die mehr als 1000 Meter lange Ostmole, die nach ihrer Fertigstellung wie ein Weltwunder bestaunt wurde und den 68 Meter hohen Leuchtturm, ein Wahrzeichen der Stadt. Neben diesem Primus an der Ostseeküste steht seit mehr als 150 Jahren trutzig die „Ostbatterie“, heute Fort Gerhard, eine der vier Festungen Swinemündes.

Einst Beschützer des Hafens

Auch in neuerer Zeit macht der Ort von sich reden. Im Jahre 2011 begann man hier mit dem Bau eines Flüssiggasterminals dessen Baukosten mit 950 Millionen Euro veranschlagt worden waren. Das Terminal mit seinen drei Speichern ist für die Aufnahme von bis zu 5 Milliarden Kubikmetern Erdgas im Jahr ausgelegt worden.

Für das neue LNG-Terminal wurde nordöstlich der alten Hafeneinfahrt ein neuer, bis 14,5 Metern tiefer, von kilometerlangen Molen eingerahmter Außenhafen gebaut. Dort können Schiffe mit einem Tankvolumen von 216.000 m³ und einer Länge von 315 Metern anlegen. Der



Der neue Hafen, in dem die LNG-Tanker anlegen, links ist die alte Mole zu sehen

Foto: Rosenthal

erste Flüssiggastanker aus Katar löschte hier im Dezember 2015 seine Ladung. Das Land will damit unabhängiger von russischen Importen werden und setzt auch auf Gas aus Norwegen und den USA.

Nord Stream 1 und Nord Stream 2 verlaufen nicht ohne Grund durch die Ostsee. Ausschlaggebend für die Linienführung der russischen Pipeline von Wyborg zum pommerischen Lubmin war der Wunsch Russlands, sich von Transitländern wie der Ukraine und Polen unabhängig zu machen. Jene Probleme, die es immer wieder mit der alten Pipeline gab, sollten der Vergangenheit angehören.

Geplant: Containerhafen

Das Terminal soll nicht das letzte große Bauvorhaben in Osternothafen sein, es gibt bereits neue weiterreichende Pläne. Im Gespräch ist der Bau eines gigantischen, östlich des Gasterminals angelegten Containerhafens. Mit einer Kapazität von zwei Millionen Standardcontainern im Jahr würde er zu den größten Häfen

seiner Art an der Ostsee gehören. Ein Investor für das Projekt konnte augenscheinlich noch nicht gewonnen werden.

Auf deutscher Seite befürchtet man durch den geplanten Hafen eine Belastung der Umwelt und den Kollaps des Straßenverkehrs auf der Insel Usedom. In Schwerin denkt man bereits über die Sperrung der Insel für Schwerlasttransporte nach. Betreffen könnte das vor allem die Bundesstraße 110, die an der deutsch-polnischen Grenze bei Garz beginnt und in Rostock-Süd an der A 19 endet. Schon die für 2023 geplante Öffnung des Swinetunnels, der die Inseln Usedom und Wollin verbindet, wird die seit Jahrzehnten unveränderten Usedomer Straßen überfordern.

Industrie gegen Tourismus

In Swinemünde existiert seit Jahrzehnten ein Konflikt zwischen der Hafenwirtschaft und dem Tourismus. Der polnische Journalist Bartosz Turlejski schreibt, dass in der Stadt die Interessen

des Tourismus und der Seewirtschaft manchmal unvereinbar zu sein scheinen. Östlich der Swine, auf der Insel Wollin, entwickeln sich der Hafen und die Industrie sehr dynamisch, während man gleichzeitig am linken Swineufer mit dem breitesten und schönsten Sandstrand auf der Insel Usedom und mondänen Hotels um Gäste buhlt.

Der geplante Containerhafen ist dennoch nicht von vornherein abzulehnen, denn er könnte sowohl der polnischen als auch der deutschen Wirtschaft Impulse geben. Nicht ohne Grund fordern jedoch deutsche Politiker, gemeinsam mit den polnischen Nachbarn die Umweltverträglichkeit des neuen Projekts zu prüfen, ist doch die geschundene Ostsee ein sehr sensibles Binnenmeer.

Und nicht nur die Swinemünder Hoteliers, sondern auch die von Swinemünde aus in Sichtweite liegenden deutschen Kaiserbäder Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin sollten bei dem neuen Projekt ein Mitspracherecht haben.



Osternothafen auf einer Postkarte von 1915, die Mole rechts, mehr als 1000 Meter lang, galt damals als spektakulär

DER TRAUM VOM FLIEGEN

Beginn der Segelfliegerschule auf der Lontzke Düne

Einst die Segelfliegerparadiese in Ostdeutschland: Die Lontzke Düne in Hinterpommern und die Kurische Nehrung in Ostpreußen

Das große Interesse am Segelfliegen ging zurück auf das Verbot der Motorfliegerei durch die Siegermächte des I. Weltkrieges. Im Jahre 1929 begann man auf der Lontzke Düne mit eigenen Konstruktionen mit dem Segelfliegen, doch leider schlugen die Versuche fehl. Aber der Vater der Segelfliegerei auf der Lontzke Düne, der Kurhausbesitzer Maximilian Nitschke aus Leba, war unermüdlich. Es war im Jahre 1930, als er dort eine Halle für Segelflugzeuge errichten ließ. Im selben Jahr entstand auch eine Wohnbaracke.

Am 31. August 1930 war es soweit, Maximilian Nitschke hat sein Ziel erreicht. In einer Feier in dem neuen Lager dankte er allen, die ihn bei seinen Bemühungen unterstützten. Die Pommerische Segelflugschule Leba wurde vom Präsidenten des Deutschen Luftfahrtverbandes, Reichsminister a.D. Dominikus, eingeweiht. Und bald darauf begann der regelmäßige Schulbetrieb. Es gab nicht nur Flugschüler aus dem Umkreis, sie kamen



Auf den Dünen am Möwenhaken auf der Kurischen Nehrung in Ostpreußen 1934

aus ganz Deutschland und teilweise aus ganz Europa zur Lontzke Düne, um hier zu lernen und zu fliegen. Ein Kurs dauerte ca. 14 Tage. Schon 1931 war der Andrang so

groß, dass noch zusätzlich eine Baracke für Unterkünfte gebaut wurde.

Nun hieß es immer wieder: „Ausziehen, laufen, los! – Hol's der Teufel!“. Im

September 1931 wurde im Dauersegelflug von 5 Stunden mit einem „Grünau Baby“ der Pommerrekord durch Fluglehrer Kroll aufgestellt. Hans Settgast brach diesen Rekord durch 17 Stunden. 1937 wurde dieser Rekord nochmals von Richard Manz gebrochen, durch eine Zeit von 18 Stunden. Vom 22.-24. September 1943 flog Ernst Jachtmann den Deutschland-Dauerrekord im Einsitzer „Weihe“ mit 55 h 52 min 60 sec in Brüsterort/Ostpreußen.

Segelflug in Stolp

In Zusammenarbeit mit dem Ostpommerischen Verein für Luftfahrt gründeten 27 Mitglieder die Stolper Segelfliegergruppe. Die ersten Flugübungen wurden mit diesen Schülern am 3. April 1932 auf dem Stolper Flughafen aufgenommen. Auf diesem zu Segelflugübungen wenig geeigneten Gelände war es jedoch nicht möglich, die Gruppe am Leben zu halten. Durch tatkräftige Unterstützung des 1.

Vorsitzenden gelang es, ein passendes Gelände östlich vom Stadtgut St. Georg zu finden. Auf diesem Gelände schulte die Gruppe bei günstigem Wetter jeden Sonntag mit einem Gleitflugzeug Typ „Zögling“. Im Winterhalbjahr beschäftigten sie sich mit dem Bau von Segelflugzeugen. Sie war dem Ostpommerischen Verein für Luftfahrt angeschlossen.

So manche Anekdote blieb in Erinnerung. Gerald Gräfe schrieb: Im Kreis der angehenden Piloten, die gemeinsam Kartoffeln schälen, ist Frieda Klück aus Klücken in Erinnerung. Sie wird von 1933 bis 1935 als „tüchtige und energische“ Wirtschafterin der „Liliput-Küche“ der Segelflugschule Leba genannt. Späterhin ehelicht die 1899 Geborene den Schreinermeister Alwin Lietz in Leba felde und verstirbt 1979 im hessischen Hamm.

Man muss nicht erwähnen, dass es nach 1945 keinen Segelflug mehr in den Lontzke-Dünen und in Stolp gibt.

Wolfgang Noffke (†)

„Derzeit ist alles auf Konfrontation ausgerichtet“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die PAZ am Wochenende aufzuschlagen tut einfach nur gut“

Silke Meier, Magdeburg



Ausgabe Nr. 38

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EUROPA ZEIGT UNS DEN VOGEL

ZU: ERFOLG DURCH SCHEITERN (NR. 39)

Zu Wirtschaftsminister Habeck ist alles geschrieben: eine inkompetente Niete. Stopp! Ich meine, eher ein Bauernopfer der Atomgeister, die er und die Seinen riefen. Nehmen wir ihn in Schutz, denn die Geschichte ist ganz anders: 2011, als das japanische Atomkraftwerk Fukushima „weg-tsunamit“ wurde, sind die Grünen wegen „Atomkraft, nein danke!“ in Umfragen auf 30 Prozent geschossen, und die damalige Kanzlerin Angela Merkel, opportunistisch, machtsüchtig, rücksichtslos, hat der CDU das Messer in den Rücken gerammt mit dem Turbo-Atomausstieg, um die Grünen wieder klein-zukriegen.

Das war der Anfang vom Ende jeglicher verantwortungsvollen Politik in diesem Land, und nur deswegen sind solche, die grün hinter den Ohren sind wie Habeck, Baerbock, Lang, jetzt am Drücker. Wir sind selber schuld! Die immer schön brav wiedergewählte Merkel hat alle konservativen CDU-Positionen aus Opportunismus aufgeben lassen, bis die Volkspartei CDU kaputt war und die enttäuschten Anhänger zur AfD und den Nichtwählern gegangen sind. Heute zeigt uns ganz Europa den Vogel wegen unserer politischen Ampel, Unfähigkeit und Blödsinn, während sich Gasmann Putin (hoffentlich) totlacht. *Jens Richter, Leipzig*

MIT PUTIN REDEN

ZU: „HEISSER HERBST“ SPALTE DIE LINKSPARTEI (NR. 37,) UND: AUFGESCHNAPPT (NR. 37) SOWIE: WER WIRKLICH SCHULD IST AM GASMANGEL DER DEUTSCHEN (NR. 36)

Letztlich muss der russische Angriffskrieg beendet werden, und dazu könnte der Westen – nachdem er schon 2014 (bei der Besetzung der Krim, d. Red.) nicht reagiert hat – zunächst unter anderem ein Teil der Sanktionen aufheben, dann den Russen die Krim überlassen und zumindest erst einmal einen Waffenstillstand veranlassen (alles war schon mal angedacht). Wer aber findet das Gespräch auf Augenhöhe mit Putin? *Günter Algrner, Berlin*

Auch wenn die Linke nicht in unsere demokratischen Vorstellungen passt, sollte man die Aussagen von Sahra Wagenknecht wohlwollend prüfen, denn schließlich und endlich werden wir langfristig eine Verständigung mit den Russen brau-

chen. Ohne Putin zu hofieren wäre es strategisch sinnvoll, mittels Wandel durch Annäherung Russland mehr an den Westen zu binden, um es nicht vollends in die Arme von China zu treiben, dem kommenden Weltherrscher, auch weil Russland unendlich viele Rohstoffe hat und wir die Technologie (sehr zum Leidwesen der USA).

Derzeit ist alles auf Konfrontation ausgerichtet, und Sanktionen schaden beiden Seiten, wahrscheinlich dem Westen/Europa mehr als der anderen Seite. Und schließlich dürfen wir nicht in ein wirtschaftliches Chaos abrutschen, dazu müssen alle Entscheidungen zum Nutzen des deutschen Volkes überprüft werden.

Es gibt wohl fünf Pipelines mit unterschiedlichem Zugang, aber jeder versucht, für sich das Beste herauszuholen, zumal die osteuropäischen Länder separate Verträge mit den Russen haben und abhängiger sind, doch Ungarn erhält von Gazprom mehr Lieferungen.

Nun ist unsere Energieversorgung gefährdet, obwohl wir Gas unter anderem aus Norwegen und den Niederlanden erhalten. Und auch der größte deutsche Gasversorger Uniper wird verstaatlicht, während milliardenschwere Entlastungspakete für die Bürger diskutiert werden.

Unter „Aufgefallen“ schreiben Sie von Ausfalltagen infolge der Corona-Sommerwelle. Hier fallen Sie kurzzeitig, im sonst

LEICHT ERKÄLTET

ZU: ENDE EINES FRAGWÜRDIGEN EXPERIMENTS (NR. 35)

guten Beitrag, ins flache „Klabauterbachschema“ ab. Früher sagte man dazu Sommergrippe, also eine Erkältung in den Sommertagen, verursacht durch unterschiedliche Erreger. Inwieweit irgendwelche C-Viren dabei sind, kann erst nach einer Kreuzdiagnose festgestellt werden. Also Vorsicht mit irgendwelchen opportunistischen Begriffen! Was sein kann, ist die Tatsache, dass durch teilweise geschwächte Immunsysteme der mit der experimentellen Substanz injizierten Bürger die Erkältungswelle in diesem Jahr besonders hoch ausgefallen sein könnte.

Selbst in Medien wie „Sky Bundesliga“ oder dem „Kicker“, so ist es mir aufgefallen, haben die Fußballspieler und Trainer in letzter Zeit kein Corona mehr, sondern sie haben eine Erkältung oder einen Schnupfen oder ein Unwohlsein. Dies stimmt doch optimistisch, oder? Ansonsten ist alles gut. *Udo Schmidt, Dessau*

will. Eine Erinnerung könnte für ihn bedeuten, dass sein Job als Kanzler flöten geht. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

Jetzt ist also der Müll dran. Jahrzehnte hat man den Müllverbrauch gefördert. So nach dem Motto: „Viel Müll bedeutet Reichtum.“ Da wurden Menschen ausgelacht, die auf den immensen Müll aufmerksam gemacht und gefordert haben, dass das reduziert werden muss. Aber hier geht es ja nicht nur darum, dass sich möglicherweise die Müllpreise erhöhen. Sondern über die Müllverbrennung werden auch Haushalte mit Fernwärmepumpe (Warmwasser und Heizung) versorgt. Das bedeutet dann auch, dass Haushalte, die diese Versorgung haben, über die CO₂-Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen eine weitere Erhöhung hinnehmen müssen. Bei uns gibt es eine solche Müllverbrennungsanlage, und wir sind froh, dass sie da ist. Die Schadstoffbelastung ist im Laufe der Jahrzehnte geringer geworden. Kohle, Gas und Öl sind schlechter.

ZIEMLICH VERGESSLICH

ZU: OMERTÀ AN DER ELBE? (NR. 32)

Omertà bezeichnet im engeren Sinne die Schweigepflicht der Mitglieder der Mafia und ähnlicher krimineller Organisationen gegenüber Außenstehenden und ist ein Teil des Ehrenkodex der Organisation.

Wie singt die Folkloregruppe „Haindling“ aus Bayern in ihrem Lied: „I hob vagessn“? „I hob vagessn, dass i so vagesslich bin und bin auf's Radl aufegschdieng und einfach losfahrn. I hob vagessn, dass i so vagesslich bin, bin auf mei Radl aufegschdieng, jez d stäh i do!“ (Übersetzung: Ich habe alles vergessen, bin trotzdem losgeradelt, und jetzt steh ich da ganz blöd in der Gegend herum).

Wenn der Kanzler sagt, er könne sich an nichts erinnern (im Fall des Cum-Ex-Skandals, d. Red.), dann ist er entweder wirklich ganz vergesslich geworden, oder er ist gar dement. Vielleicht gibt es bei Scholz so eine Art „Dazwischen-Krankheit“, das könnte bedeuten, dass er sich partout an nichts mehr erinnern kann oder sich einfach nicht mehr erinnern

TEURE SCHLAMPEREI

ZU: TEUERUNGSTREIBER STAAT (NR. 29)

Unser Staat hat uns schon immer abgezockt. Es gab immer einen Grund, dem Bürger das Geld aus der Tasche zu ziehen. Denn wenn man weniger Gas, Wasser und Strom verbraucht hat, bedeutete das noch lange nicht, dass man im Folgejahr auch weniger Abzahlungen zu leisten hatte. Denn zwischenzeitlich kamen so viel Erhöhungen, dass die Ersparnis beim Verbrauch oft keine Wirkung hatte.

Diese Art der Versorgung ist nicht unbedingt günstiger, denn in der Regel müssen wir alle sechs Monate mit einer Preiserhöhung rechnen. Und die Verbraucher haben keine Möglichkeit, den Anbieter zu wechseln. Das bedeutet: Wir sind ohnehin schon benachteiligt.

Die Androhung der CO₂-Abgabe auf Benzin und Gas zeigt doch auch hier nur, dass wir die Schlampe von Jahrzehnten jetzt teuer bezahlen müssen. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

ANZEIGE

Expertenratschläge, die im Ernstfall Ihr Überleben sichern!

■ Durch die desaströse Energiepolitik und die erschreckende Inkompetenz der Bundesregierung lautet die Frage schon lange nicht mehr, ob es zu einem Blackout kommen wird, sondern nur noch wann.

Bereiten Sie sich jetzt vor!

Was erwartet Sie, wenn das Stromnetz zusammenbricht?

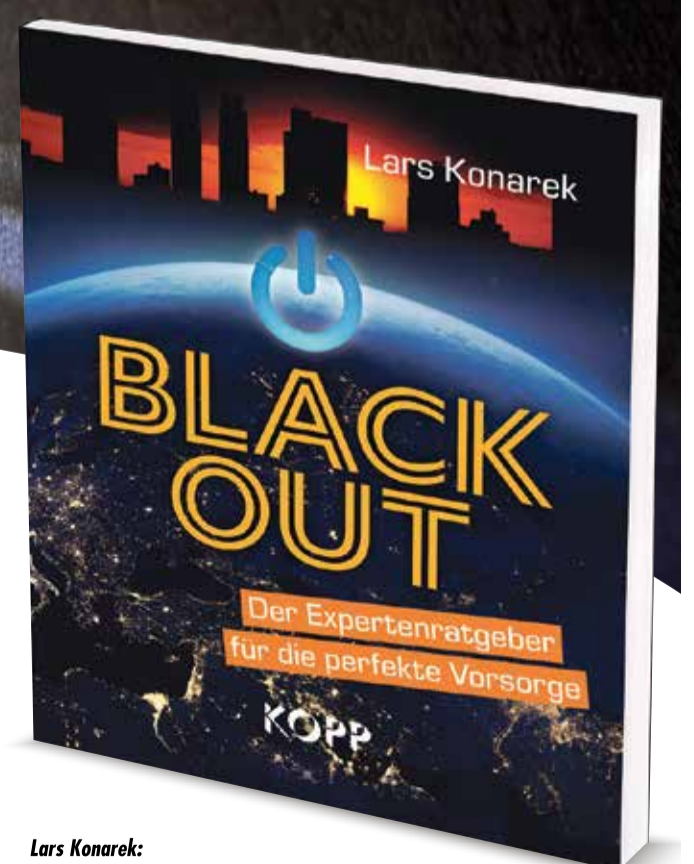
Von staatlicher Seite können Sie keine rasche Hilfe erwarten. Schon begrenzte Stromausfälle in anderen Ländern haben gezeigt, dass es bereits nach wenigen Stunden zu Plünderungen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen kann. **Das bedeutet im Klartext: Sie und Ihre Familie sind erst einmal komplett auf sich allein gestellt und auf Selbstversorgung angewiesen.**

»Deutschland ist auf einen Blackout überhaupt nicht vorbereitet!«

Der auf Krisen- und Katastrophenfälle spezialisierte Überlebensrater und Survival-Experte Lars Konarek gibt in seinem neuen Ratgeber daher wertvolle Tipps, wie eine perfekte Blackout-Vorsorge aussieht und wie Sie sich in einer solchen Situation verhalten sollten. Profitieren Sie von seinem tiefen Expertenwissen und erfahren Sie,

- warum Sie unbedingt einen persönlichen Notfallplan brauchen;
- welche »strombezogenen« Maßnahmen Sie jetzt schon ergreifen sollten;
- wie Sie lernen, mit einer Notausrüstung umzugehen;
- wie Sie sich auch mental auf einen Blackout vorbereiten;
- welche Überlebensprioritäten am wichtigsten sind;
- wie eine sinnvolle Bevorratung mit Nahrungsmitteln aussieht;
- weshalb eine »Komprimatverpflegung« so wichtig ist;
- welche alternativen Energiequellen es gibt und wie Sie sie am besten nutzen;
- wie Sie noch an Informationen kommen, auch wenn Internet und Handy nicht mehr funktionieren;
- welche Tauschmittel bei einem längeren Blackout wichtig sind;
- welche Medikamente Sie bevorraten sollten;
- was Sie in Bezug auf Babys und Kleinkinder beachten sollten;
- wie Sie sich vor Eindringlingen und Plünderern schützen;
- wie Sie trotz Treibstoffmangel mobil bleiben;
- welche Vorsorgemaßnahmen Sie für Ihre Haustiere treffen müssen und vieles mehr.

Lars Konarek zeigt Ihnen anhand zahlreicher Praxisbeispiele, wie Sie und Ihre Familie einen Blackout unbeschadet überstehen können.



Lars Konarek: **Blackout – Der Expertenratgeber für die perfekte Vorsorge** Paperback • 175 Seiten • durchgehend farbig illustriert Best.-Nr. 986 000 • 12,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

STADTGESCHICHTE

Haltet den Dieb!

Raubkunst der anderen Art – Der Dresdner Gänsebiebbrunnen basiert auf einem realen Vorfall. Dessen Schöpfer starb vor 100 Jahren

VON MARTIN STOLZENAU

Das stoffliche Motiv des Gänsebiebs klingt nach einem Märchen der Brüder Grimm. Mit der „goldenen Gans“ hat die Entstehung des Gänsebiebbrunnens in der Dresdener Altstadt allerdings nichts zu tun. Vielmehr basiert die Geschichte auf einer realen Untat, die für die Stadt dann doch zu einem durchaus goldenen Ergebnis wie im Märchen führte. Das Motiv wurde zu einer Touristenattraktion.

Geschaffen hat den heute in der Weißen Gasse gelegenen Gänsebiebbrunnen der vor 100 Jahren gestorbene Bildhauer Robert Diez. Zu sehen ist auf dem steinernen Sockel oberhalb des Wasserbeckens der Bronzeabguss eines fahrenden Schülers, der eine Gans an der Gurgel gepackt hält. Unterhalb davon befinden sich zwei weitere Gänse mit ausgebreiteten Flügeln, als würden sie gerade davonfliegen. Rund um den Brunnen befinden sich in der Fußgängerzone heute Cafés und Restaurants mit Außenbestuhlung.

Der Schöpfer des Kunstwerks wurde am 20. April 1844 im thüringischen Pößneck geboren. Sein Vater fungierte in der Stadt als Erster Bürgermeister und gab den zeichnerisch begabten Jungen schon früh nach Meiningen in die Obhut seines Bruders Samuel Friedrich Diez, der als Hofmaler unter Herzog Bernhard II. von Sachsen-Meiningen in der Residenzstadt fungierte. Vom berühmten Onkel bestens auf eine Künstlerlaufbahn vorbereitet, wechselte Diez 1863 er an die Akademie der Künste in Dresden, wo er sich endgültig für die Bildhauerei entschied und in die Obhut von Johannes Schilling kam, einem anderen damals bedeutenden Dresdener Bildhauer. Dieser Meister gab



Tatort inmitten von Dresden: Der Gänsebiebbrunnen in der Weißen Gasse

Foto: imago images/Sylvio Dittrich

Diez den letzten Schliff, bevor er ab 1873 in Dresden als freischaffender Bildhauer mit seinen Werken eigenes Aufsehen erregte. Das trug ihm dann den Auftrag für den bis heute berühmten Gänsebiebbrunnen ein. Am 11. Februar 1879 gaben die Stadtväter ihre Zustimmung für das recht spezielle Brunnenprojekt, das sich auf einen überlieferten Vorfall aus dem Jahre 1512 bezieht.

Demnach weilten damals mittellose Studenten aus der Schweiz in Dresden,

die für ihr Abschiedsmahl vor der Heimkehr in ihre Heimat mehrere Gänse stahlen. Der Diebstahl wurde untersucht. Doch da weilten die Übeltäter schon nicht mehr in Dresden. Thomas Plattner, einer der Gänsebiebe, fungierte später in Basel als Rektor der Lateinschule und allgemein anerkannter Gelehrter der Reformation.

Der Dresdner Bericht über den Vorfall, der dann von Plattner in seiner eigenen Lebensbeschreibung bestätigt wurde, ging in die Dresdner Stadtgeschichte ein

und rechte Jahrhunderte später als Kuriosum zur Gestaltung eines entsprechenden Brunnens an. Diez bekam den Auftrag, und er schuf nach dem ersten Brunnen, der am 20. April 1880 am Ferdinandsplatz eingeweiht wurde, noch eine zweite und eine dritte Version.

Der Brunnen erhielt auf der Kunstausstellung in München die „Große Goldmedaille“ und machte seinen Schöpfer deutschlandweit bekannt. Die Zweitfassung wurde im Hof der städtischen Feuer-

wache in der Schlüterstraße aufgestellt. Eine weitere Replik bekam am Fuße der Augustusburg bei Chemnitz ihren heutigen Standort.

Mit dem Ruhm des Gänsebiebbrunnens nahm die Karriere von Diez Fahrt auf. Er wurde Professor an der Kunstakademie, fungierte als Nachfolger von Hänel, war dann Mitglied des Akademischen Rates, prägte seinerseits zahlreiche Schüler und glänzte mit weiteren Bildhauerwerken. Das reichte vom Bismarck-Denkmal sowie dem Brunnen „Stürmische Wogen“ in Dresden bis zum Bechsteinbrunnen im Englischen Garten von Meiningen.

Zwischendurch heiratete der Aufsteiger die überaus reiche Dresdner Kaufmannstochter Luise Calberla, die dann die umfangreichen Calberla-Besitzungen erbe. Dazu kamen Ehrungen wie die Ernennung zum Geheimrat und die Erlangung der Ehrendoktorwürde. Diez schwamm lange auf einer Erfolgswelle, lebte dann aber zuletzt angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen im großen Familienanwesen in der Calberlastraße in Dresden-Loschwitz eher zurückgezogen und starb nach einem längeren Siechtum am 7. Oktober 1922 in seinem Refugium, 13 Jahre vor seiner Frau. Seine letzte Ruhe fand der Künstler auf dem Familiengrabplatz der Familie Calberla auf dem Inneren Neustädter Friedhof.

Der Brunnen am Ferdinandsplatz überstand das Bombeninferno in Dresden im Februar 1945 und wurde später in die Weiße Gasse umgesetzt, wo er nach Renovierung bis heute beeindruckt. 1979 wurde er von der Deutschen Post der DDR in einer Sonderbriefmarke verewigt. Pößneck als Vaterstadt von Diez erwarb zudem eine Kopie des geschichtsträchtigen Brunnens.

BAUGESCHICHTE

Bitte ducken

Ein Puppenhaus ist geräumiger – Das kleinste Haus in Wernigerode

Dass Menschen vergangener Jahrhunderte mit weit weniger auskommen mussten als wir heute, ist bekannt. Oftmals waren nicht nur schwere Arbeit und Hunger alltäglicher Begleiter der Bevölkerung, sondern auch sehr beengte Wohnverhältnisse. Wer in der Bilderbuchstadt Wernigerode im Harz durch die Gassen spaziert, wird mit Sicherheit auch an diesem Ort vorbeikommen, dem sogenannten „kleinsten Haus“.

Neben Rathaus und Schloss gehöre es zu den berühmtesten Gebäuden Wernigerodes, steht eindrucksvoll auf der Eintrittskarte geschrieben, denn im Haus ist heute ein winziges Museum beheimatet. In der Kochstraße 43 schmiegte es sich nun seit 1792 zwischen zwei weitere Häuser, denn eigene Giebelwände hat es nicht. Errichtet wurde das kleine Gebäude im ehemaligen Handwerkerviertel, ganz nahe der Stadtmauer. Im Laufe der Zeit wohnen in dem Viertel Täschner, Tuchmacher, Röhrenbohrer und Schuhmacher, die sich hier nach und nach ansiedelten und auch in dem Häuschen wohnten.

Dass dieses Bauwerk überhaupt errichtet wurde, lag an einer 2,95 Meter breiten Baulücke zwischen zwei bereits bestehenden Gebäuden. Hier hinein quetschte man, sicher aus Sparsamkeitsgründen, das Haus mit einer Traufhöhe von 4,20 Meter und einer Eingangstür von grade mal 1,70 Meter Höhe. Wer sich beim Eintreten nicht den Kopf angestoßen hat,

erblickt schmerzfrei im Erdgeschoss eine Diele und eine winzige Küche, im ersten Stock folgt ein etwa zehn Quadratmeter großer Raum, der als Wohnraum diente, und im Dachgeschoss befand sich der Schlafraum.

Es ist für heutige Verhältnisse fast unvorstellbar, aber zeitweise wohnten hier zehn Menschen gleichzeitig, denn laut Museumsführer hatte die Familie auch noch einen Untermieter im Haus. Sie schliefen auf Matratzen, da die Höhe des

Hauses es nicht erlaubte, auch noch Betten aufzustellen. Seit 1885 sind die Bewohner urkundlich belegt. So diente das Häuschen in den 1920er Jahren der Familie eines Oberschaffners mit seiner Frau und sieben Kindern als Behausung. Die Decken sind maximal 1,90 Meter hoch und – wie nicht anders zu erwarten in der damaligen Zeit – sucht man die Toilette im Haus vergeblich. Die nämlich befand sich draußen im Hinterhof.

Der Hinterhof ist, sicher wie damals, auch heute noch vollgestellt mit Dingen, die man zum Leben brauchte. In einer Ecke das Holzklo, in das die Museumsausstatter eine lebensgroße Puppe hineinsetzten, um es anschaulicher zu machen. Des Weiteren steht da ein Stumpfen Holz mit einer Axt, womit die Bewohner sich Holzscheite für den Winter hacken konnten. Sicher gab es damals auch Tiere wie Hühner im winzigen Hof, um die große Familie zu ernähren, und ein immer noch dort stehender Holztrog lässt vermuten, dass man vielleicht tatsächlich manchmal auch noch ein Schwein dort hielt.

Noch bis 1976, also zu Zeiten der DDR, war das Haus bewohnt. In dem Jahr verstarb die letzte Nutzerin in sehr hohem Alter. Das Haus ist heute Eigentum der Stadt, und wer sich einmal ansehen möchte, wie unsere Vorfahren lebten, bekommt hier einen bemerkenswerten Einblick, und das für einen Eintritt, der so klein ist wie das Haus: einen Euro. *Silvia Friedrich*



Eingequetscht in der Kochstraße 43

KOSTÜMGESCHICHTE

Das lange Schwarze

Mode des 19. Jahrhunderts in Auguste Amalies Haus

Das Schlossmuseum Ismaning bei München macht mit der Sonderausstellung „Auge in Auge mit der herzoglichen Familie von Leuchtenberg“ Geschichte besonders anschaulich. Das Schloss war die Sommerresidenz vom Stiefsohn Napoleons, Eugène de Beauharnais, und seiner Gemahlin Auguste Amalie, Tochter des Bayerischen Königs Max I. Joseph, als Herzog und Herzogin von Leuchtenberg. Auguste Amalie war die Halbschwester von Königin Elisabeth von Preußen.

Im Spiegel der graphischen Porträtsammlung Helmut Friedl, Pfreimd, und der Mode des 19. Jahrhunderts erwacht die bayerisch-europäische Familie noch bis zum 30. Oktober hier wieder zum Leben. Die zehn nachgeschneiderten Kostüme, keine historischen Originale, acht für Damen, zwei für Herren, kommen aus der Sammlung der Französin Nathalie Harran. Dazu Hüte, Taschen und weitere Accessoires, alle eingebettet in Szenarien mit Großfotos und einigen historischen Schlossmöbeln. Die Schau ergänzt damit zwei Kostüme der Dauerausstellung, gefertigt nach zwei Gemälden, die Auguste Amalie und Eugène um 1810 als Vizekönige im Schlosspark von Monza zeigen.

Das Atelier La Dame d'Atours von Nathalie Harran fertigt Kostüme aller Epochen für verschiedenste Zwecke an. Ein Teil wird regelmäßig in Frankreich in Ausstellungen gezeigt. Auch in den USA und in der Schweiz (Arenenberg) waren sie schon zu sehen. Für Deutschland ist dies die erste Ausstellung. Für seine hochwertige Arbeit wurde dem Atelier für die Pflege des lebendigen historischen Erbes 2017 von der französischen Regierung das Prädikat „Entreprise du Patrimoine vivant“ verliehen. *Helga Schnehagen*



Kostüm aus der Zeit um 1815

● Schloßstraße 3a, 85737 Ismaning, geöffnet Dienstag bis Sonnabend 14.30 bis 17 Uhr, sonntags 13 bis 17 Uhr. Eintritt: 2 Euro. www.schlossmuseum-ismaning.de

● FÜR SIE GELESEN

Erweitert
und ergänzt

Seit 2014 beschäftigt sich der Diplom-Volkswirt Horst W. Gömpel mit amerikanischen Kriegsgefangenenlagern in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs. Anhand von Zeitzeugenberichten und Archivunterlagen zeichnet er ein Bild der unmenschlichen Bedingungen, unter denen deutsche Gefangene teils schutzlos unter freiem Himmel leben mussten.

Die vorliegende 4. Auflage des Buchs wurde um eine Liste politischer Umerziehungslager ergänzt, die auf der Auswertung von 4000 Durchschriften von Zeitzeugenberichten beruht. Den Besitzern gefährlich erscheinende Personen der Öffentlichkeit wie Bürgermeister, Lehrer und Parteifunktionäre, auch weibliche, wurden unter denselben unmenschlichen Bedingungen eingepfercht wie die Kriegsgefangenen. MRK

Horst W. Gömpel: „Rheinwiesen-Lager und Politische Lager 1945–1948. Ein Trauerspiel in Deutschland“,

Schwalmstadt-Ziegenhain 2022, Bezug: horstgoempel@gmx.de, Telefon (06691) 21562, broschiert, 302 Seiten, 22,50 Euro plus Versandkosten 3 Euro



WANDERFÜHRER



Unterwegs an der Kleinen Plateau

In 25 anstrengenden und weniger schweißtreibenden Wanderungen die Höhepunkte eines riesigen Wandergebiets zu erleben, ermöglicht Hans-Jürgen Fuß mit seinem Wanderführer

Natur und Kultur kann man in Mecklenburg und Brandenburg zur Genüge antreffen. Wer gerne per pedes unterwegs ist, dem sei der ausführliche Wanderführer aus dem Verlag grünes herz, der auch Kartenmaterial

bereithält, empfohlen. Die Touren führen durch eine wasserreiche Landschaft und zu zahlreichen Sehenswürdigkeiten wie etwa Schloss Rheinsberg oder die Klosterkirche Himmelfort. MRK

Hans-Jürgen Fuß: „Mecklenburgisch-Brandenburgische Kleinen Plateau. Ein Wanderführer“, Verlag grünes herz, Ilmenau 2022, broschiert, 168 Seiten, 12,95 Euro

BIOGRAPHIE

„Mir hat das Leben
immer Spaß gemacht“

Liselotte Kugler aus Berlin schrieb nach Dokumenten, die sie im Nachlass ihrer Familie gefunden hatte, und mithilfe von Tonaufnahmen ihres nach Australien ausgewanderten Onkels dessen Lebensweg auf

VON DAGMAR JESTZEMSKI

Erzählt wird die abenteuerliche Lebensgeschichte von Günter Karkoska aus dem Dorf Milucken in Masuren, der seine Heimat in Ostpreußen verlor und in Australien ein neues Zuhause fand.

Die Autorin der spannenden Biographie mit dem Titel „Eisbruch und Wüstensturm“ ist Liselotte Kugler aus Berlin, Günter Karkoskas Nichte zweiten Grades. Kugler ist mütterlicherseits eine Urnenkelin von Günters Großmutter Henriette Kaminski aus Milucken (polnisch Miluki, Powiat Elcki, Woiwodschaft Ermland-Masuren). Nach ihrer Pensionierung fand sie beim Ordnen von Akten und Fotoalben Unterlagen zu ihrer Familiengeschichte und zur Auswanderung ihres Onkels nach Australien im Jahr 1959. Darüber wollte Kugler mehr erfahren, da der Kontakt zwischen ihrer Familie und Günter nach seiner Auswanderung nicht abgebrochen war.

Geplant als Geschenk

Nach Absprache lieferte Günter ihr ausführliche mündliche Informationen über sein bewegtes Leben auf Audiodateien für mp3-Abspielgeräte. Aus dem ursprünglich als Geburtstagsgeschenk geplanten Manuskript wurde schließlich ein zweisprachiges Buch mit einem deutschen und einem englischen Textteil, das Günter auch in seinem Wohnort Mount Isa verkaufen möchte. Mount Isa liegt im nordwestlichen Outback des Bundesstaates Queensland und verfügt über eines der weltweit

größten Vorkommen an Kupfer, Zink und Silber.

Als schön und friedlich, ja fröhlich wird das Leben der ostpreußischen Familie auf dem Bauernhof in Milucken sogar noch während der letzten Kriegsjahre beschrieben. Monatelang waren die Verwandten aus dem Ruhrgebiet in jedem Sommer zu Besuch und halfen bei der Ernte.

Glückliche Tage in Milucken

Kurz vor Weihnachten 1944 flüchtete der damals siebenjährige Günter mit seiner Mutter Minna, der damals 78-jährigen Großmutter und vier Geschwistern aus seinem Heimatdorf. Weil der mitgenommene Proviant nicht reicht, fährt die Mutter mit dem Pferdewagen zurück nach Milucken, um mehr Nahrungsmittel zu holen. Ihre Familienangehörigen werden sie nicht mehr wiedersehen.

Auch seinen Vater Ewald verlor Günter in den Wirren bei Kriegsende, wie dessen Bruder später erfuhr. Unterdessen brach die Ostfront am 12. Januar 1945 auf breiter Linie zusammen. Die Kinder wurden Zeugen unfassbarer Gräueltaten, begangen von russischen Soldaten. Trotz Krankheit und Mangelernährung schafften es die Großmutter und ihre Enkelkinder, sich von einem Evakuierungsort nach Pillau durchzuschlagen, von wo aus sie schließlich im März mit einem Schiff über die Ostsee nach Swinemünde gelangten. Kurz zuvor war Swinemünde schwer bombardiert worden.

Nach seiner Rettung durchlebte der psychisch und physisch schwer angeschlagene verwaiste Flüchtlingsjunge in Nieder-

sachsen viele weitere Jahre mit fortwährenden Traumata. Schutzlose Kinder wie er wurden oftmals Opfer von Ausbeutung. Ein Bauer in Nordenholz nutzte ihn als Arbeitskraft aus, behandelte ihn dabei „wie einen Aussätzigen“.

Schutzlose Kinder
wie er wurden
oftmals Opfer von
Ausbeutung. Ein
Bauer aus
Nordenholz
behandelte ihn „wie
einen Aussätzigen“

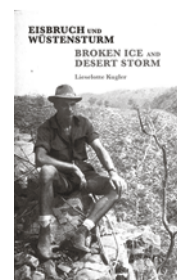
Den verpassten Lernstoff in der Schule konnte er nicht mehr nachholen. 1951 holte ihn sein neuer Vormund, der Onkel Kugler aus Castrop-Rauxel, beim Bauern ab. Nach Castrop-Rauxel zogen auch seine vier Brüder und die älteste Schwester. Auf der Zeche „Erin“ begann Günter eine Lehre als Bergmann. Nach einer großen Enttäuschung, da der Vater seiner Auserwählten ihn als Schwiegersohn nicht akzeptierte, wanderte Günter im Alter von 22 Jahren mit einem Passagierschiff nach Australien aus.

Detailreich und einfühlsam schildert die Autorin auch die wichtigen Stationen

und Erlebnisse Günters in Australien. Wie alle Einwanderer musste er mit den extrem hohen Temperaturen des südlichen Sommers zurechtkommen, mit Wassereinbrüchen, Wüstenstürmen, der Gefahr durch giftige Tiere, aber auch mit manch einem Betrug vermeintlicher Freunde.

Seinen Lebensunterhalt verdiente er mit harter Arbeit, zunächst in einer Ofenfabrik, danach bei einem Farmer und viele Jahre als Minenarbeiter. Für das Be- und Entladen der Lkw mit Weizen erfand er ein spezielles Förderband.

Mit seiner Frau Rosi aus einer ungarndeutschen Familie teilte Günter das Hobby des „Steinesuchens“. An den Wochenenden fuhren sie ins Gebirge, um Opale und andere Edelsteine zu suchen, die sie dann zu Hause schleiften und verkauften. Durch das Gesteinsmehl entstanden wunderbare Farben, mit denen Günther entzückende Bilder schuf, die er ebenfalls verkaufte. Seine geliebte Rosi starb 2000 nach jahrelangem Leiden. Günter ist mit seinen 85 Jahren ein zufriedener Mensch. Er sagt: „Mir hat das Leben immer Spaß gemacht.“



Liselotte Kugler: „Eisbruch und Wüstensturm. Broken Ice and Desert Storm“, Printed in Poland by Amazon Fulfillment 2022, broschiert, 211 Seiten, zahlreiche s/w-Fotos, 9,65 Euro

FÜR SIE GELESEN

Krimi ohne
Höhepunkt

In Schweden gibt es ein ganz besonderes Polizeidezernat – dass für heikle Fälle. Dort landen Verbrechen, die nicht spektakulär sind, bei denen aber ein besonderes Spitzengefühl im Umgang mit Tätern oder Opfern benötigt wird. In dem Krimi „Der talentierte Herr Varg“ versucht Kommissar Ulf Varg Kriminalfälle zu klären, die scheinbar gar keine sind. Der Arbeitstag plätschert so dahin, bürokratische Arbeit muss erledigt werden, und der Feierabend bietet außer dem Gassigehen mit dem Hund Martin keine Höhepunkte.

Als Anna ihren Kollegen Varg darum bittet, ihren Mann wegen des Verdachts auf einen Seitensprung zu beschatten, hofft er auf Erfolg, denn er ist heimlich in sie verliebt. Mit seinem drögen Kollegen beobachtet er, wie Annas Mann sich mit einer anderen Frau trifft. Kleinigkeiten werden geklärt, doch ein Fall nach dem anderen verpufft. Es kommt der Verdacht auf, dass alle Mitarbeiter dieses Dezernats aufs Abstellgleis geschoben worden sind, wo sie als Beamte weiter beschäftigt werden, aber eigentlich nur Unwichtiges erledigen.

Varg schildert sein ereignisloses Leben flüssig und mit leichtem Humor. In der Tat gibt es in diesem Roman wirklich keinen Höhepunkt. Wer es als Entspannung lesen mag, wird es vielleicht dennoch mögen. A. Selke



Alexander McCall Smith: „Der talentierte Herr Varg. Neues aus dem Dezernat für heikle Fälle“, Knauer Verlag, München 2022, Taschenbuch, 300 Seiten, 11,30 Euro

OSTPREUSSENREISE

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Mit zwei Jahren Verspätung reiste die Gruppe Birth, Kreis Pr. Eylau, über Umwege durch Masuren ins Memelland

Die Gruppe Birth, seinerzeit hervorgegangen aus der Canditter Gruppe, Kreis Pr. Eylau, hatte in der Zeit vom 16. bis zum 25. Juni dieses Jahres eine äußerst interessante, aber auch mit einigen Hindernissen gespickte Busreise nach Warschau, Ostpreußen und Litauen unternommen.

Geplant war die Reise bereits für das Jahr 2020. Diese musste aber wegen der Corona-Pandemie zunächst auf 2021 und dann noch einmal auf 2022 verschoben werden. Der Bus war bei allen drei Fahrten jeweils mit 52 Personen voll belegt. Da wir nicht in das Königsberger Gebiet einreisen durften, mussten wir Anfang 2022 die Reiseroute ändern und einen Umweg über Masuren und Wilna [Vilnius] in Litauen wählen. Daraufhin sprangen einige Teilnehmer ab. Dann kam der 24. Februar mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Dieses Mal stornierten weitere Teilnehmer die Reise aus Sorge um die Sicherheit während der Fahrt durch die Republiken Polen und Litauen. So blieben lediglich noch 30 Personen übrig. In Abstimmung mit der Reisefirma wagten wir die Reise trotzdem.

Zwischenstopp in Posen

Die Fahrt begann in Bielefeld und führte uns über den Berliner Ring weiter über die Grenze bei Frankfurt/Oder bis in die Nähe von Posen zur Zwischenübernachtung und dann weiter bis Warschau. Die im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht fast völlig zerstörte Stadt ist im Laufe der Jahrzehnte wieder aufgebaut worden, zum Teil mit einer neuen Straßen-Architektur und einer völlig neuen Innenstadt mit zahlreichen Wolkenkratzern. Die neue Skyline dieser Stadt war beeindruckend.

Unser Hotel befand sich in der Innenstadt. Von hier aus unternahmen wir die Stadtbesichtigung per Bus und zu Fuß. Zunächst besuchten wir den Sächsischen Garten, eine wunderschöne Parkanlage, an die sich das Grabmal des unbekanntenen polnischen Soldaten anschloss. Es ist eine Gedenkstätte für die im Ersten Weltkrieg gefallenen polnischen Soldaten, erweitert mit einem ewigen Licht für die auf den anderen Schlachtfeldern gefallenen polnischen Soldaten. Zur vollen Stunde erlebten wir hier die Wachablösung der dort als Ehrenwache stehenden Soldaten – ein ganz besonderes Zeremoniell. Gleich hinter der Gedenkstätte schließt sich der Pilsudski-Platz mit dem übergroßen Pilsudski-Denkmal an.

Besichtigung Warschau

Auf unserer weiteren Besichtigungstour gelangten wir zur Chopin-Bank und zur neu aufgebauten Altstadt mit der berühmten Johanneskirche, der Krönungskirche der polnischen Könige. Einige Schritte weiter befanden wir uns bereits am ebenfalls neu errichteten Königlichen Schloss. Von hier aus hatten wir einen weiten Blick über die Weichsel in den Ostteil der Stadt mit der herrlichen St. Michaeliskirche und dem neuen Stadion. Wir waren nun mitten in der Altstadt, wo der Puls der Stadt schlägt. Hier herrschte ein reges Treiben, in dem sich Touristen, Schulklassen und einheimische Besucher tummelten und eine beachtliche Außen-Gastronomie die Menschen anlockte.

Am nächsten Tag besichtigten wir in der Warschauer Altstadt das Königliche Schloss. Es ist nach dem Krieg nach den alten Vorbildern wiederaufgebaut worden. Das Schloss enthält zahlreiche und wunderschöne Säle im wiederhergestellten Barockstil und eine Vielzahl von großartigen Gemälden. Wir waren überwältigt von dieser Pracht und Vielfalt.



Zwischenstation mit Besuch Allensteins: Blick auf das Rathaus

Foto: G. Birth

Ein unbedingtes Muss für uns war der Besuch des ehemaligen jüdischen Wohnbezirks in Warschau, wo 1943 der Ghetto-Aufstand der polnischen Juden stattfand, der von der deutschen SS brutal niedergeschlagen wurde. Ein elf Meter hohes Mahnmal erinnert an das entsetzliche Ereignis von damals. Einige Schritte weiter zeigt eine Bronzetafel vom Kniefall des Bundeskanzlers Willy Brandt 1970 vor dem Ehrenmal.

Weitere Ausflugsziele an diesem sonnigen Nachmittag waren der wunderschöne Łazienki-Park im Süden Warschaus und die Aussicht vom 30. Stockwerk des 237 Meter hohen Kulturpalasts auf die gesamte Stadt.

Am vierten Tag unserer Reise verabschiedeten wir uns von Warschau und fuhren in Richtung Norden nach Ostpreußen. Unterwegs legten wir noch einen

dreistündigen Stopp in Allenstein ein, wo wir bei sonnigem Wetter einen gemütlichen Rundgang durch die Altstadt machten, dann einige Schritte weiter auf das Copernicus-Denkmal trafen und schließlich zur Burg Allenstein gelangten. Wir setzten unsere Reise fort und trafen gegen Abend im Hotel in Heilsberg [Lidzbark Warminski] ein, wo wir für drei Tage blieben.

Rundgang durch Allenstein

Am Vormittag des nächsten Tages unternahm die Reiseleiterin mit uns einen Rundgang durch die 700-jährige Stadt Heilsberg. So gelangten wir zunächst zum Schloss und zur Burg, dem ehemaligen Sitz der ermländischen Bischöfe, ferner zur Peter- und Paulkirche und einige hundert Meter weiter zum Hohen Tor und zur evangelischen Kirche.

Am Nachmittag ging es nach Canditten [Kandyty], wo eine kleine Feierstunde zum Gedenken an unsere verstorbenen Landsleute auf dem dortigen Ehrenfriedhof vorgesehen war. Aber aus Witterungsgründen mussten wir diese Feierstunde in die Räume der Deutschen Gesellschaft Natangen in Landsberg [Górowo Iławeckie] verlegen. Anschließend gab es bei der Deutschen Minderheit noch Kaffee und Kuchen mit geselligem Beisammensein.

Danach wurde es Zeit aufzubrechen, um nach Schewecken [Żywkowo] zu gelangen. Dort hatte man die Gruppe zu einem zünftigen Grillabend eingeladen. Schewecken liegt an der polnisch-russischen Grenze und ist durch die vielen Störche bekannt. Für uns alle war der dortige Aufenthalt ein gelungener Höhepunkt.

Der folgende Tag stand zur freien Verfügung. Aber auf allgemeinen Wunsch hin machten wir einen Ausflug zur Barockkirche in Heilgelinde [Święta Lipka], wo wir die herrlichen Inneneinrichtungen bestaunen und einem kurzen Orgelkonzert beiwohnen konnten. Der Nachmittag wurde für private Besuche und Ausflüge genutzt.

Bezauberndes Masuren

Wir verließen das Hotel in Heilsberg und fuhren die etwa 450 Kilometer lange Strecke durch die bezaubernde Landschaft Masurens nach Wilna, der Hauptstadt Litauens. Nach einigen Stunden Fahrt erreichten wir hinter der polnischen Stadt Suwalken (Suwałki) die polnische-litauische Grenze. Bei diesem Grenzabschnitt handelt es sich um die weltbekannte „Suwałki-Lücke“, für viele wegen der schmalen Grenze zwischen Polen und Litauen als der „gefährlichste Ort der Welt“ bezeichnet.

In Wilna angekommen, bezogen wir ein ausgezeichnetes Hotel in der Innenstadt. Von hier aus starteten wir am Folgetag mit dem Reiseleiter bei ziemlich heißem Wetter eine äußerst informative Besichtigungstour durch die Innenstadt. Die imponierende Kirche Peter und Paul, die gotische Backsteinkirche St. Anna, die Literatengasse in der Altstadt und viele andere Kleinode in dieser Metropole waren beeindruckende Momente für uns. Am Nachmittag folgte abschließend noch ein Informationsbesuch bei der 25 Kilometer entfernten Wasserburg Trakai.

Besuch der Kurischen Nehrung

Nach zwei Übernachtungen verließen wir Wilna und fuhren nordwärts nach Memel [Klaipėda]. Dort stieg die heimische Reiseleiterin zu, die uns auf der Kurischen Nehrung durch den Märchenwald und anschließend noch zur „Toten Düne“ am Kurischen Haff führte. Den Abschluss dieses Tages bildete ein Rundgang durch die Altstadt von Memel mit dem Nationaltheater und dem davorstehenden weltberühmten Standbild des Ännchen von Tharau.

Abends war Boarding auf der Fähre, die uns über Nacht und am Folgetag über die Ostsee nach Kiel brachte. Von Kiel aus traten wir dann die Heimreise an. Eine Reise mit vielen nachhaltigen Eindrücken ging zu Ende. Gerd Birth



Fröhliche Gesichter: Die Reisegruppe beim „Familienfoto“ in Heilsberg

Foto: U. Birth

● AUFGESCHNAPPT

Am 19. Oktober beginnt die Frankfurter Buchmesse, die neuerdings für „Diversität“ steht. Da man nicht vorsichtig genug sein kann, gibt es vorab einen „Code of Conduct“ („Verhaltenskodex“). Hier heißt es: „Wir tolerieren keinerlei Belästigungen, Übergriffigkeiten oder unangebrachte Äußerungen gegenüber unseren Besucher*innen, Aussteller*innen, Partner*innen oder Teammitgliedern.“ Belästigend etwa sei „jede Form von unangebrachten, diskriminierenden verbalen Äußerungen in Bezug auf sexuelle Orientierung, Geschlecht, Geschlechtsidentität, körperliche oder mentale Beeinträchtigungen, Alter, Aussehen, Ethnie, Nationalität oder Religion.“ Wer belästigt werde oder Belästigungen anderer feststelle, solle dies „unverzüglich“ melden – ansprechbar sei neben dem Sicherheitspersonal auch das „Awareness-Team“ (etwa: „Team für das richtige Bewusstsein“). Nicht nur die physische, auch die „psychische Unversehrtheit der Messe-Teilnehmenden“ habe für die Veranstalter „oberste Priorität“.

E.L.



Streckbetrieb

● STIMMEN ZUR ZEIT

Hannes Hofbauer zeigt sich irritiert von der Art der Tätersuche hinsichtlich des mutmaßlichen Anschlags auf die Nord-Stream-Gasleitungen. Auf „rubikon.news“ (1. Oktober) schreibt er:

„Was Moskau dazu veranlassen sollte, seine eigene Pipeline, die ihm eine gewisse Verhandlungsmacht gegenüber der Europäischen Union und insbesondere Deutschland beließ, zu sprengen, darüber kamen die seltsamsten Theorien zum Vorschein.“

Auch Urs Gehriger zweifelt daran, dass Russland die Pipelines sabotiert hat und spekuliert in der Schweizer „Weltwoche“ (29. September) über einen anderen Verdächtigen:

„Wem nützt dieser Anschlag? Da fällt einem eigentlich nur ein Land ein: Die Ukraine. Sie steht bereits im Krieg ... Bis am Wochenende sah die Lage so aus: Sollte ein Frieden zustande kommen, besteht die Chance, dass die Pipeline wieder geöffnet wird. Das ist jetzt nicht mehr möglich ... Hinzu kommt, dass Russland die Infrastruktur der Ukraine angreift. Da ist die Schwelle für die Ukrainer nieder, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.“

Der bekannte US-Ökonom Jeffrey Sachs äußert bei „Bloomberg“ (3. Oktober) sogar einen klaren Verdacht:

„Die Nord-Stream-Pipeline, denke ich, war eine Aktion der USA, vielleicht auch USA und Polen.“

Polens früherer Außenminister Radek Sikorski hat unmittelbar nach dem Pipeline-Vorfall getwittert:

„Thank you, USA.“

Jacques Schuster sieht die Kontrahenten im Ukrainekrieg „gefangen in der Eskalationsspirale“ und warnt in der „Welt“ (30. September):

„Man beschäftigt sich kaum noch mit der Diplomatie und hält militärische Antworten für ausreichend – vor allem weil Moskau starrsinnig bleibt ... Man kann nur hoffen, dass beide Seiten sich auf die Regeln der Realpolitik und des Kalten Krieges nach der Kuba-Krise besinnen. Haben sie diese vergessen, wird dieser Krieg kaum noch einzudämmen sein.“

Kolumnist Gunnar Schupelius vermutet in der „B.Z.“ (25. September), dass die jugendlichen „Klimakämpfer“ immer noch nicht begriffen haben, in welche Lage das Land und die Wirtschaft, und damit auch sie, gerade schlittern:

„Frisch geföhnt, gut gekleidet, gut ernährt und gut gelaunt gehen sie auf die Straße. Sie leben gut, weil es in diesem Land noch genug Strom und Wärme gibt, die mit Kohle, Kernkraft und Gas erzeugt werden. Sie wissen gar nicht, wie eine Industrialisation allein mit Sonnen- und Windkraft funktionieren soll. Sie fordern es trotzdem. Sie merken gar nicht, dass es in diesem Herbst ans Eingemachte geht. Sie sind so gefährlich weltfremd.“

● WORT DER WOCHE

„Man ist machtlos. Wir können nicht mehr.“

Andrea Schütze, Inhaberin der Bio-Bäckerei Schütze, die nach 40 Jahren wegen der hohen Energiepreise schließen muss, zur „Braunschweiger Zeitung“ vom 22. September

DER WOCHENRÜCKBLICK

„Wumms“ oder wenig?

Warum wir Putin möglicherweise überschätzt haben, und wie die Grünen einfach immer weitermachen

VON HANS HECKEL

Da sind sich alle Seiten einig: Es war kein Unfall, die Nord-Stream-Pipelines sind Ziel eines Anschlags geworden. Und einige Experten waren sich ebenso schnell sicher, dass es die Russen waren, welche die Löcher in die Leitungen gebombt haben.

Ex-BND-Chef August Hannig meint, dass wir die Wahrheit sehr bald erfahren werden. Die Ostsee sei das am besten überwachte Gewässer der Welt. Nun wachen wir jeden Morgen auf in der Erwartung, dass uns jemand den rauchenden Colt präsentiert. Bis dahin können wir nur spekulieren.

Sollte sich tatsächlich Russland als Urheber erweisen, dann haben wir Putin wahrlich maßlos überschätzt. Denn dämlicher ginge es kaum. Angeblich habe er damit eine „Machtdemonstration“ oder „Drohgebärde“ abliefern wollen. Na bravo: Die Leitungen gehören doch irgendwie auch Russland, oder? Sollte Russland die Dinger attackiert haben, um uns zu zeigen, wozu es in der Lage sei, wäre das so, als schösse ich mir ins eigene Knie, um Ihnen zu zeigen, dass ich schießen kann. So bescheuert muss man erst mal sein.

Strategisch hätte sich Moskau auch keinen Gefallen getan, um es zurückhaltend auszudrücken. Im Kreml hat man sehr genau registriert, dass die Deutschen mit ihrer Energiepolitik kurz davor stehen, gegen die Wand zu krachen. Ein flächendeckender Stromausfall im wichtigsten Land der EU wäre für Putin so etwas wie ein Sechser im Lotto. Nach, sagen wir mal, zwei Wochen komplett ohne Strom bräche hier das Chaos aus, die Bundesrepublik als geordnetes Staatswesen hörte in weiten Teilen praktisch auf zu existieren. So sehen es jedenfalls die düsteren Szenarien von Fachleuten, die hierzulande die Runde machen.

Nicht undenkbar, dass die Bundesregierung in so einer Situation nach jedem Strohalm greift, sei er auch noch so vergiftet. Den Halm könnte Moskau reichen, indem es schnellstmöglich wieder Gas durch die Ostsee-Pipelines pumpt. Damit wäre das westliche Bündnis faktisch gespalten – welch ein Triumph für den Kreml. Der soll nun selbst dafür gesorgt haben, dass ihm diese einmalige Chance aus der Hand geschlagen wurde? Wenn er das wirklich getan hat – wie gesagt: siehe oben. Blöder geht es nicht. Oder habe ich etwas übersehen?

Warten wir's ab. Wenn Hannig recht hat, dauert es ja nicht mehr lange, bis wir Klarheit erhalten.

Selbst bei einer etwas längeren Wartezeit wird uns nicht langweilig werden, es gibt genug zu tun. Wobei die Unterhaltung nicht zu kurz kommen muss, nicht einmal in diesen riskanten Tagen. Das weiß auch der Bundeskanzler und erheitert uns mit seinem neuesten Hit – dem „Doppelwumms“. Solche Wörter kannten wir bislang aus der Comicsprache. „Wumms“ macht es, wenn Obelix die Fäuste schwingt. Nach dem „Piks“ zur Corona-Abwehr nun also den „Wumms“ zur Rettung der deutschen Wirtschaft und der Haushalte vor ruinösen Energiekosten. In Kindersprache gepackt klingt das alles doch viel netter.

Kam trotzdem nicht überall gut an, der „Wumms“. Die Bundesländer sollen wohl irgendwie mitbezahlen, waren aber gar nicht gefragt worden. Die EU-Partner zeigten sich ebenso überrascht vom deutschen Vorstoß. Von dort heißt es, gerade ärmere Staaten scheuten Alleingänge und wollten lieber eine „gemeinsame“ europäische Lösung. Mit anderen Worten: Die wollen Geld von uns.

Aber um wie viel Geld handelt es sich überhaupt? 150 bis 200 Milliarden Euro, hat Scholz gesagt. Nachdem die Länderchefs so sauer reagiert haben, hat Finanzminister Lindner gesagt, dass er eigentlich viel weniger Geld ausgeben wolle als die von Scholz genannte Summe. Ach so.

Das hätten sie wissen können

Ach ja? Schließen sich „Wumms“ und „wenig“ nicht gegenseitig aus? Keine Ahnung. Bislang wissen wir ja noch gar nicht, wie der „Wumms“ konstruiert sein soll, wem er genau hilft und in welcher Höhe jeweils. Das Beste ist: Die Regierung weiß es auch nicht, erst bis Mitte Oktober will sie es herausgefunden haben. Mit anderen Worten: Da hat man bloß mal so eine Summe und ein Schlagwort rausgehauen, und dann schaut man mal. Riecht ganz schön nach der „Gasumlage“, finden Sie nicht? Wollen wir hoffen, dass das diesmal anders läuft.

Woraus wir diese Hoffnung schöpfen, wissen wir allerdings selbst nicht. Konzernchefs verzweifeln an Habecks Wirtschaftsministerium und stecken das mittlerweile sogar den Medien – anonym, versteht sich. Interessant: Bis vor ein paar Monaten tanzten deutsche Wirtschaftskapitäne noch jede grüne

Pirouette voll aufgesetzter (oder sogar ehrlicher?) Begeisterung mit. Nun plötzlich lägen ihre „Nerven blank“ wegen der Figuren, die im Hause Habeck das Sagen haben, seit die Grünen den Hausherrn stellen. „Wir verhandeln mit NGOs“, soll einer der Manager gespöttelt haben, schreibt die „Welt“. Was hatte er denn erwartet?

Hier zeigt sich: Selbst für Millionen verdienende Topmanager kann es sich auszahlen, wenn sie sich gelegentlich für Politik interessieren. Hätten sie das schon früher getan, wären sie nicht im Mindesten überrascht von dem, was die Grünen ausmacht und wohin diese Partei unser Land treiben will.

Gerade erst hat Grünen-Chefin Ricarda Lang begeistert verkündet, dass der Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorverlegt worden sei. Alternativen wird es bis dahin ganz sicher nicht geben. Der „Wumms“, wenn er denn klappt, wird nur eine teure Brücke ins Nichts sein, denn außer Träumen von grünem Wasserstoff und Co. ist ja nichts da. Fracking bleibt verboten, ein klein wenig Kernkraft soll nur ein ganz kurzes Weilchen länger laufen als von der Merkel-Regierung einst festgezurret, und die Kohle kann nun auch nicht schnell genug vom Netz – der Letzte muss noch nicht einmal das Licht löschen, es geht dann ganz von selber aus.

Nun aber nicht so negativ! Lasst doch erst mal den Realitätsschock wirken, danach kommen die schon zur Vernunft. Oder? Wie man in grünen Kreisen mit der Realität umgeht, illustriert ein Vorfall in Köln.

Bei einer Demo von „Fridays for Future“ (FFF) hat ein dunkelhäutiger Mann versucht, zwei Demonstranten zu beklauen. FFF hat den Kerl der Polizei gemeldet, was man kurz darauf bitter bereute. Der Dunkelhäutige sei bei der Polizei „nicht sicher“, weshalb das Melden des Diebes „rassistisch“ gewesen sei, so FFF mit gesenktem Haupt.

Das erinnert an einen Vorfall vor Jahren in Berlin. Dort war eine „Flüchtlingshelferin“ von einem ihrer Schützlinge vergewaltigt worden. Als sie den Übergriff nach wochenlangem Zögern zur Anzeige brachte, drehten sie ihre Gesinnungsgenossen verbal durch den Wolf: Rassismus!

Heilung durch Realitätsschock? Da friert eher die Sonne zu. Nein, sie werden weitermachen, immer weiter. Bis er am Ende wirklich kommt, der große „Wumms“. Der wird aber ganz anders aussehen, als es Olaf Scholz versprochen hat.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de